Die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Westfalen zur Zeit der französischen Revolution.

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen Philosophischen u. Naturwissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

Eingereicht von

Theophil Campmann

aus Elberfeld
(Rheinprovinz)

Witten 1914

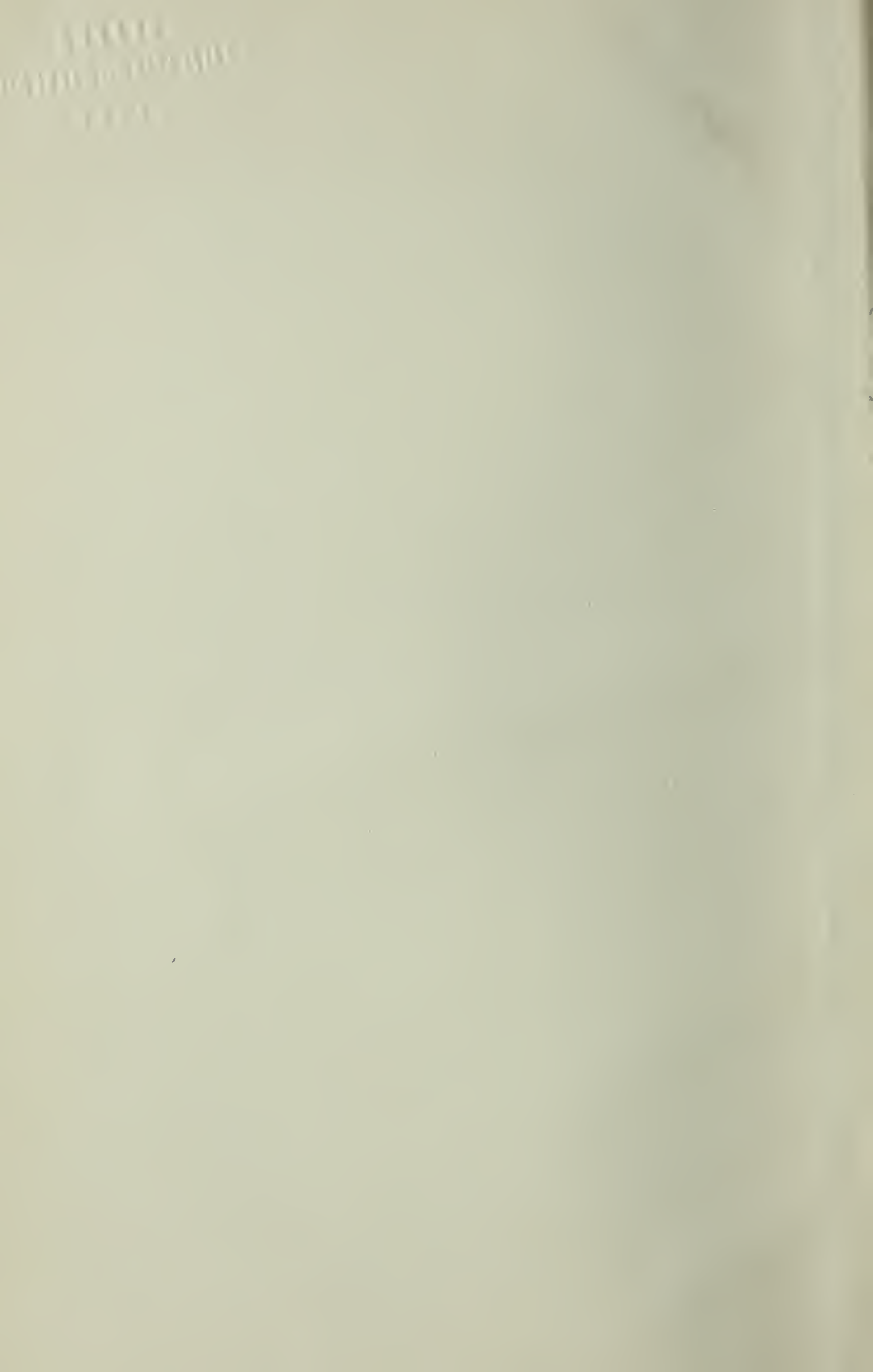
Märkische Druckerei und Verlags-Anstalt Aug. Pott, Witten.

Referent: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Erler.

Dekan: Prof. Dr. Ehrenberg.

Die vorliegende Dissertation bildet einen Teil einer größeren Abhandlung, die in dem Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatskunde der Grafschaft Mark, sowie als Broschüre im Buchhandel erscheinen wird.

Meiner lieben Mutter!



Inhalt.

Literatur.

Die Allgemeine deutsche Biographie.

Arndts, Gedanken über Krieg und Frieden, O. O. 1797.

Becker, Die Anfänge der Tagespresse in Dortmund. Dortmunder Anzeiger 1869. Neu veröffentlicht von K. Rübel in den Beiträgen zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. XX 44 ff.

Berger, Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. Leipzig 1891. (Zitiert: Berger.)

Berghaus, Deutschland seit hundert Jahren. Leipzig 1855—62.

Berghaus, Weltfahrt durchs Leben. 9 Bde. Leipzig 1862. (Zitiert: Berghaus.)

Bessen, Geschichte des Bistums Paderborn. 2 Bde. Paderborn 1820.

Biedermann, Deutschlands politische, materielle und soziale Zustände im 18. Jahrhundert. Leipzig 1881.

Bodelschwingh, Freiherr von Vincke. Berlin 1853. (Zitiert: Bodelschwingh.)

d' Ester, Das Zeitungswesen in Westfalen von den ersten Anfängen bis zum Jahre 1813. In den Münsterschen Beiträgen zur neuen Literaturgeschichte. Herausgegeben von J. Schwering. I. und II. Heft. (Zitiert: d' Ester.)

Dohm, Denkwürdigkeiten meiner Zeit, oder Beiträge zur Geschichte von 1778 bis 1806. 5 Bde. Hannover und Lemgo 1814—19.

Erler, Die Denkschrift des Reichsfreiherrn Clemens August Maria von Kerkerink zur Borg über den Zustand des Fürstbistums Münster im Jahre 1780. In der Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde (Zitiert: W. Zt.) Bd. LXIX 403 ff.

Goethe, Dichtung und Wahrheit. In den gesammelten Werken. Herausgegeben von Karl Heinemann. 15. Band. Leipzig und Wien.

Gruner, Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung, oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustandes Westfalens am Ende des 18. Jahrhunderts. 2 Teile. Frankfurt a. M. 1802.

Hardewig, Die Tätigkeit des Freiherrn Franz von Fürstenberg für die Schulen des Fürstbistums Münster. Münst. Diss. Hildesheim 1912.

Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes. 4 Bde. Leipzig 1852.

Hechelmann, Westfalen und die französische Emigration. W. Zt. XLVI, II 33 ff.

Heigel, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrich des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches. Stuttgart 1899.

Höcker, Rede zur frohen und dankbaren Zurückerinnerung an die Gegenwart Friedrich Wilhelms II. Gehalten in der evangelisch-lutherischen Kirche zu Altena am 8. Juli 1789. Hamm.

Hüffer, Rheinisch-Westfälische Zustände z. Zt. der französischen Revolution. Briefe des Kurkölnischen Geh. Rats Johann Tillmann von Peltzer aus den Jahren 1795—98 Bonn 1873.

Janssen, Friedrich Leopold, Graf zu Stolberg. Sein Entwicklungsgang und sein Wirken im Geist der Kirche. Freiburg i. Br. 1902.

Lamprecht, Deutsche Geschichte. 9. Bd. Berlin 1907.
Lehmann, Freiherr vom Stein. 3 Bde. Leipzig 1902.
Lepping, Mitteilung aus einer kurz gefaßten Chronik der Jahre 1794—1832. Münster 1883.
E. v. Meier, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwickelung Preußens im 19. Jahrhundert. 2 Bde. Leipzig 1907 und 08.
Meinecke, Das Zeitalter der deutschen Erhebung. Bielefeld und Leipzig 1906.
Meyer zu Stieghorst, Die Verhandlungen der Landstände des Fürstbistums Münster z. Z. der französischen Revolution. 1789—1802. Münst. Diss. Hildesheim 1911.
Oncken, Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege. 2 Bde. Berlin 1882.
Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein, 6 Bde. Berlin 1849—55.
Philippson, Geschichte des preußischen Staatswesens vom Tode Friedrichs des Großen bis zu den Freiheitskriegen. 2 Bde. Leipzig 1882.
Richter, Geschichte der Stadt Paderborn. Paderborn 1899.
Richter, Der Uebergang des Hochstifts Paderborn an Preußen. W. Zt. LX, II 163 ff, LXIII, II 1 ff,
Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. Leipzig 1907.
Snethlage, Ueber die Umschaffung lateinischer Schulen in Realschulen. Hamm 1800.
Stoecker, Die Wahl Maximilian Friedrichs von Königsegg-Rottenfels zum Erzbischof von Köln und Bischof von Münster 1761/62. Münst. Diss. Hildesheim 1910.
Stoffers, Das Hochstift Paderborn zur Zeit des Siebenjährigen Krieges. W. Zt. LXIX, II 1 ff, XLX, II 68 ff.
H. v. Sybel, Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1800. 5 Bde. Düsseldorf, 1853.
Taine, Das vorrevolutionäre Frankreich. Uebersetzt von L. Katscher, Leipzig 1877.
W. v. Unger, Blücher. 2 Bde. Berlin 1907.
Wenck, Deutschland vor hundert Jahren. Politische Meinungen und Stimmungen bei Anbruch der Revolutionszeit. Leipzig 1887.

Zeitungen und Zeitschriften.

Bibliothek für die Geschichte, Erd-, Staats- und Erwerbskunde des niederrheinischen Deutschlands. Von D. A. C. Borheck. Köln und Paderborn 1801.
Magazin für Westfalen. Herausgegeben von Dr. Arnold Mallinkrodt. Dortmund 1796—99.
Münsterisches Gemeinnütziges Wochenblatt.
Münsterisches Intelligenzblatt.
Münsterische Monatsschrift. Herausgegeben von Korff und Gertz. 1785—86.
Westphälischer historisch-geographischer Nationalkalender zum Nutzen und Vergnügen auf das Jahr 1804. Von P. Fl. Weddigen.
Westphälischer Anzeiger. Dortmund 1798—1809. Herausgegeben von Dr. Arnold Mallinkrodt.
Westphälisches Jahrbuch 1804. Herausgegeben von P. Fl. Weddigen.
Westphälisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik, 1786—94. Herausgegeben von P. Fl. Weddigen.
Neues fortgesetztes Westphälisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik. Herausgegeben von P. Fl. Weddigen.
Die benutzten Akten, betreffend die Landtagsverhandlungen in Kleve-Mark, Münster und Paderborn, entstammen dem Staatsarchiv zu Münster. (Zitiert: St. A. M.)

Die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Westfalen zur Zeit der französischen Revolution.

Erstes Kapitel.

Allgemeiner Charakter des öffentlichen Geistes in Deutschland vor der französischen Revolution. — Westfalen beim Tode Friedrichs des Großen.

Von einer öffentlichen Meinung in dem Sinne, den die Gegenwart damit verbindet, kann im 18. Jahrhundert keine Rede sein. Denn ein Volk nach heutigen Begriffen gab es ja nicht, sondern nur Stände, Adel, Bürger, Bauern, die meist scharf geschieden nebeneinander standen. Was die Bauern nun anlangt, so konnte von irgend welchen öffentlichen Interessen bei ihnen nichts erwartet werden. Waren sie doch tatsächlich Staatsbürger zweiter Klasse, die meist nur durch die Person ihres Gutsherrn Beziehungen zum Staate hatten. Sie wußten, daß sie zum Bezahlen gut waren, sonst aber keine Ansprüche machen durften, und waren daher froh, wenn sie wirtschaftlich zu einer einigermaßen gesicherten Existenz gelangten. Sie lebten in Unwissenheit und Roheit.

Das Bürgertum[1]) war wieder in sich mannigfach gespalten. Immer noch setzten sich die Bürgerschaften der Städte aus den Geschlechtern, den Gilden und Zünften zusammen. Auch in früheren Zeiten, als die Städte noch selbständig Politik hatten treiben können, war diese stets von Sonderinteressen diktiert gewesen, nicht anders wie die des hohen und niedern Adels im Reiche. Auch von den Bürgern konnte man nicht erwarten, daß sie andern als persönlichen oder ständischen Gesichtspunkten zugänglich gewesen wären.

Der privilegierte Adel endlich wollte im allgemeinen nur von Rechten, nie aber von Pflichten, die ihm der Staat auferlege, wissen.

Als nun in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts vielfach, besonders auch in Westfalen, eine Verwischung der scharfen Grenzlinien, die die Stände schieden, eintrat, und gleichzeitig die Bewegung der Aufklärung hervortrat, die alle „Gebildeten" für sich gewann, diese neue Gesellschaftsklasse, die sich immer mehr ausbreitete, deren Angehörige bald

---

[1]) Vgl. K. Biedermann, Deutschlands politische, materielle und soziale Zustände im 18. Jahrhundert. 168 ff, 181 ff.

adeliger, bald bürgerlicher, mitunter sogar bäuerlicher Herkunft waren[2]), da war die Grundlage zu einer neuen Gesellschaft gegeben, in der nun erst eine „öffentliche Meinung" überhaupt möglich wurde und in der Tat sich rasch ausbildete.

Es war natürlich, daß diese öffentliche Meinung, soweit sie praktischen Zielen zustrebte, sich zunächst auf neutralem Boden bewegte. In Sachen der „Politik" durfte der Untertan nicht hineinreden, der Edelmann so wenig wie der Bürger. Diese blieb den Regierenden überlassen. Wenn aber jetzt der Ruf nach Bildung und Schulen, nach Tolerierung der Konfessionen, nach Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte laut wurde, so wußte man sich darin einig mit den Herrschern und Regierenden, die, ebenfalls von den neuen Ideen erfüllt, diese Bestrebungen der Untertanen nur begrüßen konnten. Denn daran, etwa die Grundlagen der bestehenden Ordnung nach den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, praktisch neuzubilden, dachte doch niemand. Im Gegenteil, man lebte in Deutschland vor Ausbruch des Revolutionszeitalters mit einem gewissen Behagen in den althergebrachten Formen, wie es Goethe in Dichtung und Wahrheit schildert[3]). „Von dem Höchsten bis zu dem Tiefsten", erzählt er, „von dem Kaiser bis zu den Juden herunter", bestand „die mannigfaltigste Abstufung aller Persönlichkeiten", die diese jedoch „anstatt sie zu trennen zu verbinden schien". Goethe legt dar, welch große Begünstigungen die „altgegründeten Familien" des hohen und niedern Adels „in Stiftern, Ritterorden, Ministerien, Vereinigungen und Verbrüderungen" genossen. Dabei sei dieser Stand, dessen Glieder ja seit Jahrhunderten die diplomatische oder militärische Laufbahn einschlugen, auch im Besitze einer hohen Bildung gewesen. Selbst der modernen „Literatur und Philosophie" hatten sie sich in hohem Grade bemächtigt.

Ungeachtet dessen, sagt Goethe, war es „in Deutschland noch kaum jemand eingefallen, jene ungeheure privilegierte Masse zu beneiden, oder ihr die glücklichen Weltvorzüge zu mißgönnen. Der Mittelstand hatte sich ungestört dem Handel und den Wissenschaften gewidmet und hatte freilich dadurch, sowie durch die verwandte Technik sich zu einem bedeutenden Gegengewicht erhoben; ganz oder halbfreie Städte begünstigten diese Tätigkeit, so wie die Menschen darin ein gewisses ruhiges Behagen empfanden. Wer seinen Reichtum vermehrt, seine geistige Tätigkeit besonders im juristischen und Staatsfache gesteigert sah, der konnte sich überall eines bedeutenden Einflusses erfreuen. Setzte man doch bei den höchsten Reichsgerichten und auch wohl sonst der adeligen Bank eine Gelehrtenbank gegenüber. Die freiere Uebersicht der einen mochte sich mit

---

[2]) Z. B. war Joh. Heinr. Voß der Sohn eines mecklenburgischen Pächters. Allg. d. Biogr. XL 334.

[3]) Werke XIII 284 ff.

der tieferen Einsicht der andern gerne befreunden, und man hatte im Leben durchaus keine Spur von Rivalität; der Adel war sicher in seinen unerreichbaren, durch die Zeit geheiligten Vorrechten, und der Bürger hielt es unter seiner Würde, durch eine seinem Namen vorgesetzte Partikel nach dem Scheine derselben zu streben. Wenn man die gewöhnlichen Schwankungen des Tages nicht beachten will, so schließt Goethe, so dürfte man wohl sagen, es war eine Zeit eines reinen Bestrebens, wie sie früher nicht erschienen, noch auch infolge äußerer und innerer Steigerungen sich lange erhalten konnte[4])."

Die zahlreichen geselligen Vereinigungen, in denen man sich in dieser Zeit zusammenfand, die zunächst den Zwecken der Erholung und Unterhaltung, dann der weiteren geistigen Ausbildung dienten, die bald den Resonanzboden der literarischen Bestrebungen des Zeitalters abgaben, mußten aber auch die erste Pflanzstätte politischer Interessen werden. Man erhielt doch durch die Zeitungen bereits regelmäßige Nachrichten von den Ereignissen in aller Welt, von Kriegen, Unglücksfällen, von großen Plänen, Unternehmungen, glänzenden Festen. „Für die Menge, sagt wieder Goethe, ist wohl kein erfreulicheres Lesen, als die öffentlichen Blätter . . . Der ruhige, wohlbehaltene Bürger übt daran auf eine unschuldige Weise den Parteigeist, den wir in unserer Beschränkung weder los werden können noch sollen"[5]). Nur natürlich war es, daß man die Weltereignisse in den Gesellschaften besprach, daß Meinungen für und wider zu Tage traten. Freilich war das alles damals noch unfruchtbar. Goethe, der doch seine Erinnerungen so viel später niedergeschrieben hat, hielt offenbar sehr wenig von diesem Politisieren. Aber auch in der Zeit selbst wurde es oft von Aufklärern und Nützlichkeitspredigern bekämpft[6]). So klagt Gruner über die Gesellschaften der Münsteraner, in denen „gegessen, getrunken, gespielt, über Stadtneuigkeiten, die Chronik skandaleuse gesprochen oder gekannengießert werde". In anderen Städten ist es sicher nicht anders gewesen. Aber an alledem, davon man vernahm, den Ereignissen der großen und kleinen Welt, nahm man eigentlich keinen persönlichen Anteil. Gleichsam wie ein großes interessantes Schauspiel betrachtet man jene Vorgänge[7]). Wie ein Theater nahm man Partei für seinen Helden. „Löbliche Absichten" erhielten den verdienten Beifall, aber auch „glänzende Erfolge rissen zur Bewunderung hin" für die, „deren Grundsätze man getadelt haben würde"[8]).

An erster Stelle, wenn wir nochmals Goethe folgen, waren aller Augen noch immer auf Friedrich II. gerichtet, der „auf seiner Kraft ruhend, noch immer das Schicksal Europas und der Welt abzuwägen

---

[4]) Goethes Werke XIII 284/5.
[5]) Werke XIII 282.
[6]) Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung, II 59.
[7]) Vgl. Meinecke, Das Zeitalter der deutschen Erhebung, 18 ff.
[8]) Goethes Werke, XIII 282.

schien". In Rußland breitete die große Kaiserin Katharina ihre Macht aus. Wenn sie die Türken schlug, wenn „diese Unchristen zu Tausenden fielen", so konnte das selbst in dieser Zeit noch allgemeine Freude hervorrufen. Oder daß der neue König Gustav III. von Schweden die Aristokraten seines Reichs niederhielt, Bürger und Bauern begünstigte, hörte man mit Vergnügen und einer gewissen Schadenfreude, daß es den stolzen Edelleuten auch einmal irgendwo schlecht erging[9]). Als dann die Nachrichten von dem Freiheitskampf der Amerikaner kamen, von der Erklärung der Menschenrechte, da machte dies wohl durch das neue ungewöhnliche zunächst größeres Aufsehen. Besonders Dichter und Schriftsteller, auch Gelehrte, gefielen sich in Deklamationen von Freiheit und Tyrannenhaß[10]). Aber wie harmlos war das damals noch alles! Im Ernste dachte kein Mensch an einen Umsturz der bestehenden Ordnung, an Revolution[11]). Man erfreute sich in aller Behaglichkeit der Friedenszeiten und pries sich glücklich, so einsichtsvolle und aufgeklärte Fürsten zu besitzen, wie die Herrscher von Preußen und Oesterreich, wie einen Max Friedrich von Königsegg, einen Franz Ludwig von Erthal, Minister wie Franz von Fürstenberg oder Heinitz.

Als gar auch in Frankreich ein Thronwechsel eintrat, der einen „wohlwollenden König" ans Ruder brachte, da, so sagt Goethe, „verbreitete sich die heiterste Hoffnung über die ganze Welt, und die zutrauliche Jugend glaubte sich und ihrem Zeitgeschlecht eine schöne, ja herrliche Zukunft versprechen zu müssen"[12]).

So friedlich die Zeit dem ruhigen Bürger erscheinen mochte, der, den Staatsangelegenheiten fern, sich allein seinen Geschäften hingab, so wenig war sie es in der Tat. Die politischen Gegensätze, die der durch das Emporkommen Preußens im Reiche geschaffene Dualismus hervorgerufen hatte, bestanden ungeschwächt fort. Nur die tiefste beiderseitige Erschöpfung hatte vormals die Kämpfenden getrennt. Seit in Oesterreich ein junger, von mannigfachen Entwürfen erfüllter Fürst die Zügel der Regierung ergriffen hatte, war die ganze Lage mehr zugespitzt als jemals. Zwar gelang es der Staatskunst eines Friedrich, durch ein mächtiges Bündnis der bedrohten deutschen Fürsten, die hochfliegenden Pläne Kaiser Josefs zunichte zu machen, keineswegs aber vermochte er den Einfluß Oesterreichs im Reiche überhaupt auszuschalten. Vielmehr war dieser in mancher Richtung noch angewachsen. An einem der wichtigsten Punkte der Interessensphäre Preußens, in Westfalen,

---

[9]) Goethes Werke, XIII 282 ff.

[10]) Wenck, Deutschland vor hundert Jahren, 7 ff.

[11]) Ebd. 19, 20. — Biedermann a. a. O. 154. — Vgl. auch Heigel: Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches, I 325: „Alles in allem: Die große politische Bewegung in Frankreich hatte in Deutschland . . . nur eine geistige Bewegung zur Folge."

[12]) Werke XIII 284.

hatte sich Oesterreichs Macht soeben festgesetzt. Fast zwei Jahrhunderte lang hatten bayrische Prinzen in Köln und oft auch in Münster geherrscht. Nach Kurfürst Clemens Augusts Tode aber waren die Kapitel von ihrer alten Gewohnheit abgewichen, indem sie zu seinem Nachfolger Maximilian Friedrich aus dem reichsgräflichen Hause Königsegg-Rottenfels erst in Köln und dann auch in Münster auf den bischöflichen Stuhl erhoben[13]). Damit trat eine Aenderung in der Politik dieser Stifte ein. Zumal in Münster, wo Franz von Fürstenberg die Regierung leitete, pflegte man jetzt gute Beziehungen zu der norddeutschen Großmacht Preußen. In Fürstenberg, einem Bewunderer und Nachahmer Friedrichs des Großen, erblickten alle den künftigen Nachfolger auf dem münsterischen Bischofssitz. Da aber gelang es im Jahre 1780 der geschickten Diplomatie Oesterreichs durch die Wahl des Erzherzogs Maximilian Franz zum Koadjutor in Köln und Münster[14]) die Macht Preußens in diesem Teile Deutschlands wieder stark zu beschränken. Fürstenberg, der von König Friedrich unterstützte Mitbewerber des Erzherzogs, mußte seine leitende Ministerstellung aufgeben. Preußens Ansehen hatte einen starken Stoß erhalten.

Wir finden nicht, daß alle diese Vorgänge die Aufmerksamkeit breiterer Schichten auf sich zogen, geschweige denn, daß man ihre Bedeutung erkannte. Tätige Anteilnahme trat doch nur bei dem regierenden Stiftsadel zu Tage, innerhalb dessen sich jetzt eine mächtige österreichische und eine schwächere preußische Partei feindselig gegenüber traten und befehdeten. Der Führer der österreichischen Partei, der Reichsfreiherr Clemens August von Kerkerink zur Borg, der noch vor kurzem als Offizier in österreichischen Diensten gestanden und dann als Unterhändler den größten Teil des münsterischen Kapitels für die kaiserlichen Interessen gewonnen hatte, griff in einer Denkschrift[15]), die er wenige Monate nach der Wahl des Erzherzogs diesem zusandte, um ihn über seine künftigen Pflichten als Fürstbischof von Münster zu unterrichten, seinen Gegner Fürstenberg auf das heftigste an. Die Reformen, die Fürstenberg durchgeführt hatte, seien „durch seine übertriebenen Begriffe", so sagte er, teils schädlich, teils lächerlich geworden. Als Beweis für seine Auffassung brachte er freilich nur Fürstenbergs Vorliebe für die Mathematik herbei, die jener, da sie die Grundlage jedes logisch richtigen Denkens sei, selbst bei der Ausbildung der Theologen stark in den Vordergrund rückte[16]). „Vielfältige Proben, erklärte Kerkerink, haben

---

[13]) Stoecker, Die Wahl Maximilian Friedrichs von Königsegg-Rottenfels zum Erzbischof von Köln und Bischof von Münster. Hildesheim 1910.

[14]) C. W. von Dohm, Denkwürdigkeiten meiner Zeit, oder Beiträge zur Geschichte von 1778—1806, Bd. I 295 ff.

[15]) Mitgeteilt von Georg Erler. W. Zt. LXIX, I 403 ff.

[16]) Hardewig, Die Tätigkeit des Freiherrn Franz von Fürstenberg für die Schulen des Fürstbistums Münster, 32 ff.

bewiesen, daß die den abstrakten Wissenschaften sich ergebenden Personen von der Höhe ihrer Gelehrsamkeit auf das übrige menschliche Geschlecht stolz herabblicken und alle diejenigen, so nicht mit ihnen in derselben Karriere arbeiten, als Idioten verachten, welches auf den Dörfern gewiß nicht das so nützliche Zutrauen der Gemeinde gegen ihre Geistlichen und die Zuneigung derselben hervorbringen würde"[17]). Statt daß das Land brauchbare Menschen in den Studierenden gewänne, würde es vielmehr mit der Zeit „mit lauter finstern Mathematikern" erfüllt, die alles andre, nur nicht die wirklich notwendigen Kenntnisse besäßen[18]). Dringend forderte er, daß Fürstenberg seine Ministerstellung entzogen werde[19]). Gegen Preußen empfand der Freiherr, wie natürlich als österreichischer Offizier, die stärkste Abneigung. Despotisch, schrieb er, sei die Bedrückung, die die preußischen Untertanen erführen. Dagegen herrschte im Münsterlande „vollkommene Freiheit im Handel und Wandel", „die geringen Abgaben" machten sich dem Bürger nur wenig fühlbar[20]).

Solche Begriffe mußten unter der Herrschaft eines kaiserlichen Prinzen mehr und mehr auch in das Volk übergehen, das Mißtrauen und der Haß des gemeinen Mannes gegen den preußischen Nachbaren, die religiöse Abneigung gegen die Andersgläubigen immer neue Antriebe empfangen. Hinzu kam, daß Maximilian Franz durch seine Leutseligkeit in Münster bald aller Herzen für sich einnahm. Er erwarb den Ruf eines „strengen Freundes der Wahrheit". Auch den kleinen Leuten zeigte er sich freundlich herablassend, er verließ wohl selbst das Schloß, um Bittschriften persönlich anzunehmen und auf der Stelle Bescheid zu geben. Wir hören, daß selbst der Geringste freien Zutritt zu ihm hatte. Mit Landleuten unterhielt er sich gern über ihre Wirtschaft und machte ihnen Vorschläge zu Verbesserungen. Uebertriebene Ehrfurcht sei ihm verhaßt. Er werde sehr geliebt[21]). Während der 17 jährigen Regierung dieses Fürsten verbreitete sich im ganzen Lande eine starke kaiserlich-österreichische Gesinnung[22]), die noch Jahre danach in den Gemütern haftete[23]).

Die inneren Verhältnisse des Fürstbistums waren seit langem nicht in einem solch geordneten Zustande gewesen, wie in dieser Periode.

---

[17]) Kerkerink-Borg 439.

[18]) Ebd. 484.

[19]) Ebd. 439. — Auch im Volke war Fürstenberg nicht gerade beliebt. Für seine Reformbestrebungen mangelte das Verständnis. Wie andere Aufklärer war auch Fürstenberg geneigt, wenn es Not tat, „mit Gewalt glücklich zu machen". Welche Mißstimmung das erzeugt hatte, zeigen die Aufzeichnungen der Christofer Verloh. Siehe Erler, zwei Quellen zur Gesch. Münsters im 18. Jahrh. W. Zt. LXII, I 184.

[20]) Kerkerink-Borg 418.

[21]) Bericht im Westf. Magazin, II 106 vom 19. September 1784.

[22]) Erler, Zwei Quellen zur Geschichte Münsters im 18. Jahrhundert. W. Zt. LXII, I 178 ff, 182.

[23]) Berghaus, Wallfahrt I 121, 124.

Die wirtschaftliche Lage hatte sich gehoben, Gesittung und Bildung verbreiteten sich, die Wissenschaften waren in Blüte. Unzufriedenheit machte sich nirgendwo bemerkbar. Gern überließ man einer einsichtsvollen Regierung die Sorge für das öffentliche Wohl.

Auch für Preußen zog jetzt eine neue Aera herauf. Wohl selten ist ein Fürst bei seinem Regierungsantritt mit größerer Freude begrüßt worden, als Friedrich Wilhelm II.[24]). Seine ersten Regierungshandlungen erregten den lebhaftesten Enthusiasmus. Der König zeichnete den beliebten Minister Hertzberg durch Verleihung des schwarzen Adlerordens aus. Er bezeigte seine Anteilnahme an dem deutschen Geistesleben und drängte den französischen Einfluß in Berlin zurück. Auf Cäsar, sagte man, sei jetzt Augustus gefolgt[25]).

Wir sehen, daß besonders für Westfalen dieser Regierungswechsel einen Umschwung bedeutete, daß die westlichen Provinzen Preußens mit dem Gesamtstaat jetzt fester verknüpft wurden. Friedrich den Großen hatte das Volk immer verehrt, obgleich es wußte, daß er seine Westfalen nicht leiden mochte und sie gern zurücksetzte. Er blieb auch jetzt „der Abgott der Märker". Seine Taten und gute Regierung blieben unvergessen. Dankbar bewahrte das Volk auch die Erinnerung an einen der besten Minister des großen Königs, dem wenigstens die Grafschaft Mark am meisten verdankte, den Freiherrn von Heinitz[26]). Den „Teutschen, Edlen, Weisen, Guten" nannte ihn der Pfarrer Möller von Elsey. „Er lernte unser Volk kennen, schrieb Möller, und es ward ihm wert. Er sah, wir waren verkannt worden. Er schwieg nicht, wie manche geschwiegen hatten, er übernahm unsere Sache, er sprach, er schrieb für unser Wohl. . . . Das Volk wird seinen Namen noch über Jahrtausende ehren"[27]).

Indessen waren bei dem Regierungswechsel doch mannigfache Klagen und Wünsche laut geworden. Das merkantilistische System König Friedrichs wirkte seit Einführung der Regie im Jahre 1766 immer drükkender. Gerade die allernotwendigsten Lebensmittel wurden stärker und stärker mit Abgaben belastet. Am eingreifendsten und verhaßtesten waren die Staatsmonopole des Salzes, Tabaks und Kaffees[28]). Die westfälischen Provinzen hatten sich von dem Tabaksmonopol für die jährliche Summe von 89,690 Talern freigekauft. Auch so fühlte man sich zu sehr beschwert[29]).

---

[24]) Philippson, Geschichte des preußischen Staatswesens, I 99 ff.

[25]) Ebd. 93.

[26]) Heinitz, 1784 wegen seiner Kritik an der Regie entlassen, wurde von Friedrich Wilhelm II. von neuem zum Minister des westfälischen Departements berufen.

[27]) Westf. Magazin, XIV 171.

[28]) Philippson a. a. O., I 21 ff

[29]) Ebd. I 102.

Als nun im Februar 1787 die Nachricht sich verbreitete, daß der König noch in diesem Jahre seine westfälischen Provinzen bereisen werde, wollte man hier diese, „schon längst gewünschte Gelegenheit“[30]) benutzen, um in einer dem Könige vorzulegenden Denkschrift die Zustände der Provinzen und die wünschenswerten Verbesserungen darzulegen[31]). Die märkischen Stände hielten deshalb eine Zusammenkunft in Unna[32]), beschlossen aber, sich mit den klevischen Ständen in Verbindung zu setzen, um auf einem gemeinsamen Ständetag das notwendige festzusetzen, damit nicht bei getrenntem Vorgehen zwischen den einzelnen Ausführungen Widersprüche entständen. Auf zwei Punkte kam es ihnen dabei besonders an, die Erhöhung des Stempelpapiers und die jährliche Gestellung von 40 Artillerierekruten[33]).

Infolge einer Reise ihres Direktors, des Grafen Quadt, erhielten die klevischen Stände aber von dem Wunsche der Märker erst Kenntnis, als sie bereits selbständig in Berlin wegen der Landesbeschwerden vorstellig geworden waren[34]). Sie hatten dabei zunächst auf die allgemeine Lage ihrer Provinz hingewiesen, die noch viele hunderttausend Taler Schulden verzinsen müsse, da allein der Siebenjährige Krieg dem Lande neun Millionen gekostet habe. Gleichwohl seien nach dem Friedensschluß die Abgaben nicht ermäßigt, sondern im Gegenteil Steuern und Zölle noch erhöht worden. Eine weitere schwere Last bildeten das Kohlenmonopol und die Tabaksregie. Außer 15 000 Talern Werbegelder müsse die Provinz noch 40 Artillerierekruten stellen. Alles das habe dem Lande großen Schaden getan. Sehr nachdrücklich brachten die Stände bei dieser Gelegenheit einmal wieder ihre alten verbrieften Rechte bei der Krone in Erinnerung. Keine der genannten Maßregeln, so erklärten sie, habe „zufolge der von Ihro jetzt regierenden Kgl. Majestät noch neulich allergnädigst konfirmierten Landesrezesse und Privilegien ohne Vorwissen und Einwilligung der Landstände geschehen mögen“. Weiter verlangten sie, daß nicht länger mehr die städtische Accise, „wider alle Landesrezesse, Privilegien, Vergleiche und von selbst einleuchtende Billigkeit“, auf das platte Land ausgedehnt werde, das schon unter der schwersten Schatzungslast seufze. Sie beantragten Aufhebung des „Landesrezeßwidrigen“ Tabaksimposts und der Artillerierekrutengelder. Dadurch, daß der Bedarf ihrer eigenen Manufakturwaren in den östlichen Provinzen untersagt sei, sie dagegen gezwungen würden, alles von dort zu beziehen, sei „der wechselseitige Handel und Verkehr fast gänz-

[30]) Worte des Freiherrn von Romberg in einem Schreiben vom 13. Februar 1787. St. A. M. Märk. Ldtgs.-Akten Nr. 293.

[31]) Schreiben des Präsidenten von Buggenhagen vom 4. Februar und Schreiben Rombergs vom 13. Februar 1787. St. A. M. Landtags-Akten Nr. 293.

[32]) Am 19. Februar.

[33]) A. a. O.

[34]) Kurtzes Tableau von dem Zustande der Provinz Kleve. St. A. M. Landtagsakten Nr. 293.

lich aufgehoben". Durch „die scharfen und erhöhten Accisesätze, den aufgehobenen Salzhandel sei Handel und Industrie aus den Städten des klevischen Landes, die doch gerade dazu durch ihre Lage am Rheinstrom äußerst geeignet seien, fast gänzlich verschwunden und habe sich in die benachbarten Gebiete gezogen.

Das Ersuchen der Stände um „Aufhebung der bisherigen Tabaksfabrikationsgelder" und Befreiung ihrer Provinz von der Erhöhung des Stempelpapiers wurden auf Befehl des Königs von dem Ministerium abschlägig beschieden. Es könne auf die „zu den Staatsbedürfnissen erforderliche Revenue", aus der Erhöhung des Stempelbogens nicht verzichtet werden. Was den andern Punkt anlange, so seien die westfälischen Provinzen, verglichen mit den andern Staatsgebieten, sogar noch zu niedrig angeschlagen[35]).

Die Nachricht von dem einseitigen Vorgehen der Klever erregte in der Mark großen Unwillen. Man sah ein, daß es nun vor der Hand nicht mehr angängig sei, den König mit denselben Wünschen, die er soeben abgeschlagen hatte, zu behelligen. Außerdem stand es jetzt fest, daß in diesem Jahre die Reise des Königs nach Westfalen noch nicht stattfinden werde. „Bei allen diesen Stücken, schrieb der Syndikus der Stände, Then Bergh, kommt weiter nichts heraus, als daß die Hoffnung des goldenen Zeitalters sich sehr zu verringern scheint"[36]).

Auf der nächsten Deputationsversammlung zu Kleve am 19. Juli 1787 gaben dann die märkischen Stände eine förmliche Erklärung über die Beschwerden ihres Landes ab ,deren Hauptpunkte sie bereits im Februar zu Unna festgelegt hatten. Es sind im wesentlichen dieselben, die schon die Eingabe der Klever enthielt. Auch die Märker beriefen sich auf die Verfassungswidrigkeit vieler Maßregeln der Regierung. Besonders nachdrücklich bezeichneten sie die Mängel, die das Rekrutierungswesen mit sich brachte. Sie verwarfen die Accise auf dem platten Lande und „die dem Landmann aufgebürdete Verbindlichkeit, alle Viktualien aus den Städten zu holen". Es sei wünschenswert, daß die Krone dem Lande zur Tilgung seiner Schulden eine größere Summe auf eine Reihe von Jahren und gegen niedrige Zinsen vorschieße[37]).

Ein großer Teil der ständischen Wünsche fand in den nächsten Jahren seine Erfüllung. Die Regie wurde aufgehoben, der Handel mit den Provinzen rechts der Weser freigegeben. Das Accisewesen erfuhr

---

[35]) Schreiben vom 27. März 1787. St. A. M. Märkische Landtags-Akten Nr. 293

[36]) Schreiben des märkischen Landsyndikus Then Bergh vom 23. April 1787 a. a. O.

[37]) St. A. M. Märkische Landtags-Akten Nr. 293. — Vergl. Lehmann, Freiherr vom Stein, I 125.

unter Steins Leitung eine gründliche Neuordnung zur Zufriedenheit des Landes[38]).

So feierte man denn auch in Westfalen den neuen Monarchen mit größter Ueberschwenglichkeit. „Elend zu mildern, so schrieb Pfarrer Möller von Elsey, Menschenglück zu mehren, ist sein einziges Geschäft. Ausländer nennen ihn den gütigen Menschenfreund. Sein Volk in dieser Mark heißet ihn den Allgeliebten. Wenn Könige gut sind, sollte dann ihr Volk nicht dankbar sein"[39])? Als jetzt seit Jahrzehnten zum ersten Mal sich wieder Preußens König in seinen westfälischen und rheinischen Landen zeigte, war die Begeisterung unbeschreiblich. „O angenehme Erinnerung an den festlichen Tag der königlichen Gegenwart", so ruft der Pfarrer Höcker zu Altena aus[40]). „Du sollst uns und unseren Nachkommen immer heilig, ehrwürdig und unvergeßlich sein!" Besonders rechnete man es dem Könige in der Mark hoch an, daß er selbst die Mühe der beschwerlichen Reise in die sauerländischen Berge nicht gescheut, daß er das Volk bei seiner Arbeit in Fabriken und Werkstätten aufgesucht hatte. „Wir sahen ihn, den Vielgeliebten, schrieb Höcker, erhaben über Fürstenstolz . . . in unsere Arbeitsstätten . . . hineingehen, um unsere Fabriken und Fabrikate, um unseren Fleiß, unsere Geschicklichkeit, Berufsmühe, unsere Altenaischen Nahrungsquellen mit königlichen Blicken zu bewundern, und Industrie, Mut und Unverdrossenheit unter unseren Fabrikanten zu vermehren. . . . Wir hörten das gnädige, huldreiche Versprechen aus seinem Munde: Ich will ein Kornmagazin anlegen lassen, um die Fabrikanten vor Teurung zu sichern und ihnen die Befriedigung ihrer vornehmsten Bedürfnisse zu erleichtern, welches in unserer blos durch Fabriken bestehbaren Stadt unbeschreibliche, frohlockende Freude verbreitete." Auch der Stolz auf Preußens machtvolle Stellung unter den Völkern, die man in dem Herrscher verkörpert sah, „dem Gebieter über so viele Tausende, über ein großes und mächtiges Kriegsheer, über das Leben und den Tod seiner Untertanen", kam einmal zum Ausdruck. Höcker feierte Friedrich Wilhelm als „den Beförderer der Ruhe und des Friedens in Europa, den Erhalter des Gleichgewichts der Mächte, den Monarchen, dessen Größe, Gewalt, Einfluß auf andere und Verbindung mit anderen so vieles bewirken und entscheiden kann." „Feurigste Liebe, dankbarster Gehorsam und unveränderliche Treue", sagte er, gebührten einem so guten Fürsten[41]). Dank

---

[38]) Lehmann, Freiherr vom Stein, I 128 ff.

[39]) Westf. Magazin, XIV 172.

[40]) Rede zur frohen und dankbaren Zurückerinnerung an die Allerhöchste Gegenwart Friedrich Wilhelms II., des Durchlauchtigsten Kronprinzen usw., womit unsere Stadt am 8. Juni 1788 begnadigt worden.

[41]) A. a. O. Vorrede.

[42]) Philippson a. a. O. I 176. — Wenck, Deutschland vor hundert Jahren. 163 ff.

der „energischen und großartigen“ auswärtigen Politik Hertzbergs[42]) hatte Preußen bis jetzt sein Ansehen unter den Großmächten aufrecht erhalten, ja noch vermehrt. Das stolze Bewußtsein, diesem Staate anzugehören war noch in der letzten Bauernhütte lebendig. Bald sollte eine Zeit kommen, da es einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt wurde.

Zweites Kapitel.

Erste Wirkungen der Revolutionskriege.

Die Revolution, die im Jahre 1789 in Frankreich ausbrach und dies Reich bis in seine Tiefen aufwühlte, schlug ihre Wellen bald bis in die deutschen Länder. Die Gebildeten, ja die Regierungen waren hier schon längst Anhänger der Ideen, die zum Ausbruch der Revolution beigetragen hatten. Tiefgehend aber war diese Bewegung nicht. Die Masse des Volkes blieb davon unberührt. Es fehlte eben in Deutschland der wichtigste Faktor, der allein eine Revolution ermöglicht, der nicht mehr zu ertragende Notstand und die Unzufriedenheit des gesamten arbeitenden Volkes, die für die letzte Zeit des ancien régime in Frankreich charakteristisch ist[43]). So blieb der öffentliche Geist in Deutschland zunächst noch der alte. Nur unter den Bauern wurde es vereinzelt hier und da unruhig[44]). Eine stärkere Erregung verursachte dann aber der Ausbruch der Revolutionskriege im Jahre 1792. Die Gefahr der unmittelbaren Berührung mit den von revolutionären Antrieben erfüllten Scharen der Sanskulotten rückte unvermutet im Herbst dieses Jahres auch für Westfalen in die bedrohlichste Nähe. Als im August die Heere Preußens und Oesterreichs sich in Bewegung setzten und in Frankreich eindrangen, da hatte wohl niemand an einem glänzenden Erfolge der verbündeten Waffen gezweifelt. Um so größer mußte dann der Eindruck ihrer Niederlage sein. Gleichzeitig mit dem Rückzug des Herzogs von Braunschweig aus der Champagne erfolgte der Einfall Custines in die Pfalz, Dumouriez' in Belgien. Speier, Mainz, Frankfurt gingen verloren und wurden von den Feinden rücksichtslos gebrandschatzt. Die Oesterreicher unterlagen bei Jemappes und räumten Belgien. Bald standen die Franzosen an der Maas, der Niederrhein, ja selbst Westfalen waren gefährdet.

Die Behörden von Kleve-Mark erbaten in diesem bedrohlichen Momenten von dem Könige Verhaltungsmaßregeln und wurden angewiesen, im Falle einer feindlichen Invasion alle Kassen und Archive nach Magde-

---

[43]) H. Taine, Das vorrevolutionäre Frankreich, 342 ff. — Nach 1790 schrieb Georg Förster, es „fehle freilich auch in Deutschland nicht an Mißbräuchen und Unterdrückung, aber auszuhalten sei es überall.“ Heigel a. a. O. I 324.

[44]) Ebd. I. 307.

burg zu retten. Dorthin sollten auch sämtliche Kollegien verlegt werden[45]).

Wäre diese Kabinettsorder allgemein bekannt geworden, sie hätte zweifellos die Aufregung und Furcht noch bedeutend gesteigert. Westfalen hätte wahrscheinlich dieselben Vorgänge erlebt, wie sie sich in den rheinischen Fürstentümern abgespielt hatten, Flucht der Behörden und besitzenden Klassen, indes die Aermeren schutzlos den Feinden preisgegeben zurückblieben[46]). Um das zu verhüten, bat der Regierungspräsident von Rohr zu Kleve in einem Schreiben den Direktor der märkischen Stände, Freiherrn von Hövel, mit dafür zu sorgen, daß niemand außer den Ständen Kenntnis von dem Inhalt der königlichen Verordnung erhalte. Man müsse den König bitten, vielmehr „alle denkbaren Sicherheits- und Beruhigungsmaßregeln" zu veranlassen. Vor allem müßten Regierung und Kammer zu Kleve, oder doch einige Mitglieder dieser Kollegien, im Lande bleiben, um dieses, wie einst im siebenjährigen Kriege, gemeinsam mit den Ständen zu regieren. Zunächst sei jedenfalls eine gemeinsame Zusammenkunft der klevisch-märkischen Stände notwendig, und zwar, „je eher, je lieber", da Gefahr beim Verzuge sein könnte[47]).

Inzwischen empfing man über die Fortschritte der Franzosen wieder beruhigendere Nachrichten, sodaß die außerordentliche Ständeversammlung zu Kleve nicht mehr notwendig erschien. Man beschloß die Ausschreibung des ordentlichen Landtags, die unmittelbar bevorstand, abzuwarten[48]).

Plötzlich aber änderte sich die Lage. Man vernahm, die französischen Truppen seien über die Maas in das klevische Gebiet vorgedrungen, die Hauptstadt selbst bereits bedroht[49]). Unter solchen Umständen war ein Landtag in Kleve natürlich unmöglich.

Angesichts der dringenden Gefahr, daß auch in der Mark der Einmarsch der Feinde erfolgte, wünschte die Kriegs- und Domänenkammer zu Hamm eine gesonderte Konferenz mit den märkischen Ständen zu halten[50]). Diese fand am 28. Dezember in Hörde statt.

Inzwischen war auch die Regierung nicht untätig geblieben. Der Wunsch des Präsidenten von Rohr[51]), der sich direkt an den König gewandt hatte, daß die Behörden in der Gefahr auf ihrem Platze bleiben möchten, fand günstige Aufnahme. Alle Land- und Steuerräte, Magi-

---

[45]) Vergl. für dies und das folgende St. A. M. Märkische Landtagsakten 1792—94 Nr. 320.

[46]) Ludwig Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes. I 481 ff.

[47]) St. A. M. Märkische Landtags-Akten Nr. 320.

[48]) Schreiben v. Hövels an die märkischen Stände. Ebd.

[49]) Mitteilung v. Hövels an die Stände. Ebd.

[50]) Schreiben der Kreis- und Domänenkammer an v. Hövel. Ebd.

[51]) Schreiben v. Rohrs an den König vom 20. Nov. 1792, betr. die Kabinettsordre vom 16. November. Ebd.

strate, Jurisdiktionsrichter und Rezeptoren wurden jetzt in einem von der Regierung und Landständen gemeinsam erlassenen Rundschreiben ermahnt, unter keinen Umständen ihren Posten zu verlassen, vielmehr den Untertanen nach Kräften beizustehen. Die Magistrate der Städte sollten die Tore mit sicheren Bürgern besetzen, kein „Gesindel, Marrodeurs, unkommandierte einzelne Soldaten, überhaupt niemand, der keinen ordentlichen Paß habe, einlassen. Auf dem Lande müßten Patrouillen von zuverlässigen Leuten umhergehen und etwaige Exzesse von marodierenden Soldaten oder sonstigem Gesindel verhindern[52]). Gleichzeitig erging ein beruhigender Aufruf[53]) an die Bevölkerung. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Gefahr doch noch nicht so nahe sei, wie es scheine, daß jedenfalls aber die Kammer im Verein mit den Landständen die nötigen Maßnahmen „zur Erleichterung des Landes" bereits getroffen habe, oder doch treffen werde. Deshalb werden „alle Untertanen und Eingesessenen" ermahnt, „sich nicht durch ungegründete Gerüchte oder bösgesinnte Personen ohne Not in Unruhe bringen zu lassen, sondern sich bei den Ihrigen ferner ruhig und stille zu verhalten, ihre Berufsgeschäfte wie bisher fortzusetzen und zu vertrauen, daß das Dienliche von der Landesobrigkeit gehörig werde vorgekehrt werden." Im Falle einer feindlichen Besetzung des Landes aber soll man sich gegen die feindlichen Truppen „standfest und gelassen" und „auf die beste Weise" verhalten in dem Vertrauen, daß diese die Sicherheit der Personen und des Eigentums achten werden. Die Kriegs- und Domänenkammer, die Landstände, alle Beamten würden auf ihrem Platze bleiben und den Untertanen mit Rat und Tat beistehen. Das Vertrauen zu den Behörden müsse durchaus erhalten bleiben. Wer besonderen Schaden leide, den werde der König nach dem Kriege entschädigen. Es sei zwar bei solchen Zeiten nun einmal nicht zu vermeiden, „daß nicht hie und da fremdes Gesindel ins Land komme, oder böse Menschen aufstehen sollten, welche aus gewinnsüchtigen oder andern schlechten Absichten Unruhen und Meutereien zu stiften, oder beim Einmarsch fremder Truppen Plünderungen und Unfug zu begehen suchten.". Deswegen wird „jeder getreue Untertan" aufgefordert, auf solche Acht zu geben und sie den Behörden anzuzeigen. Von den Franzosen sei nach ihrem bisherigen Benehmen zu erwarten, daß sie sich allem, „was auf Plünderung und Verheerung des Eigentums ausgehe", widersetzen würden. So suchte die preußische Regierung durch stete Fürsorge für das Wohl ihrer Untertanen, durch strengste Pflichterfüllung allen volksverführerischen Umtrieben von vornherein einen festen, unüberwindlichen Damm entgegenzustellen.

---

[52]) Gedrucktes Zirkulare vom 20. Dezember 1792 bei den Akten a. a. O.

[53]) Gedrucktes „Publikandum zur Beruhigung sämtlicher Untertanen bei den zu besorgenden Kriegsunruhen" vom 20. Dezember 1792.

Schneller fast, als es gekommen, zog das Unwetter des Krieges wider ab. Eben waren die ständischen Deputierten in Hörde beisammen, als sie erfuhren, daß die Franzosen Kleve schon wieder geräumt hatten. Dazu kam vom Präsidenten Buggenhagen die beruhigende Meldung, daß ein preußisches Truppenkorps im Anmarsch nach dem Niederrhein sei, um die dortigen preußischen Provinzen zu decken. Da die Kürze der Zeit die Anlage von Verpflegungsmagazinen nicht gestattete, so machte Buggenhagen im Einverständnis mit dem Freiherrn vom Stein den Ständen, von deren patriotischer Gesinnung er überzeugt war, den Antrag, daß die Grafschaft Mark zum Unterhalte dieser Truppen die monatliche Lieferung von 3000 Malter Hafer, 4200 Zentner Heu und 5700 Zentner Stroh übernehme. Er bat darum, alles dies an die schiffbaren Flüsse Ruhr und Lippe zu schaffen. Die Stände bewilligten die Bitte gern. Einen Teil der Lieferung legten sie den Befreiten und den zur Grundsteuer verpflichteten Bauern auf. Das übrige gaben sie nach Steins Wunsch an kleine Lieferanten. So ging alles nach Wunsch[54]).

Dagegen baten sie nun, der Provinz die Kosten der Mobilmachung der Weselschen Regimenter zu erlassen, da sie kaum imstande sei, nur das Mansteinsche Regiment auf Kriegsstärke zu bringen. Zudem sei auch die Notwendigkeit vorhanden, die Festung Wesel mit einer ausreichenden Besatzung zu versehen, wozu die dort stehenden Regimenter am besten gebraucht würden, da diese keine Kantonnierung hätten und deswegen meist aus unsicheren Leuten beständen.

Besondere Sicherheitsmaßnahmen schienen bei der gegenwärtigen Lage nicht erforderlich. Nur wandte man sich an den Kommandanten der Festung Wesel, Obersten von Tschirschky, mit der Bitte, alle etwa auf dem jenseitigen Ufer des Rheinstroms noch vorhandenen Fahrzeuge und Kähne im Interesse der Sicherheit der Provinz zu entfernen. Tschirschky antwortete, er tue alles, um den Wunsch der Stände zu erfüllen. Die Flußstrecke von Wesel bis Duisburg werde beständig von eine Kompagnie österreichischer Ulanen abpatrouilliert.

König Friedrich Wilhelm fühlte sich gedrungen, seinen getreuen märkischen Ständen für ihren patriotischen Eifer zu danken. Er werde immer alles tun, um die Mark gegen feindliche Einfälle zu schützen[55]).

Dann wurde im Februar 1793 ein Aufruf „An Preußens Patrioten"[56]) in sämtlichen Provinzen des Staates verbreitet. Er wurde den Domkapiteln, den ständischen Versammlungen, Magistraten, Gilden, Zünften, den Gemeinden und einzelnen besonders „würdigen Patrioten"

[54]) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 320. Verhandlungen der Landstände zu Hörde am 28. Dezember 1792 und zu Unna am 5. Januar 1793. — Lehmann, Freiherr vom Stein, I 147 ff.

[55]) Schreiben des Königs an die Märkischen Stände aus dem Hauptquartier zu Frankfurt a. M. vom 10. Januar 1793. A. a. O.

[56]) Bei den Akten, a. a. O.

zugesandt mit der Bitte um weitere Bekanntmachung. „Wenn Friedrich Wilhelm, so hieß es darin, im Gefühl des großen Berufes preußischer Könige als erster Glieder des Reichs der deutschen Nation Beschützer zu sein, für die Unteilbarkeit unseres deutschen Staatskörpers, . . . für das Eigentum so vieler Bürger in selbigem aus allen Ständen, für das Ansehen gesetzlicher Ordnung und Obrigkeit an der Spitze seiner Krieger hineilet, wo List und Gewalt gegen jenes sich vereiniget, — wenn er, seiner Preußen Vater, nicht um den Ruhm eines Eroberers, sondern zum Schutze der unterdrückten Deutschen am Rhein den Frieden dem Kriege aufzuopfern gezwungen, jede Mühseligkeit, jede Gefahr seines Heeres auch zu der seinigen macht, wenn endlich ihm und seinen Preußen das große Ziel gesteckt wäre, einem Königreiche den Segen bürgerlicher Eintracht und des Ansehens der Gesetze wieder zu geben, welches durch innere Unruhen zerrissen der Raub einer Rotte Verschworener zum Untergang alles dessen, was Menschen verehrlich und heilig, geworden, die nun von Schandtat zu Schandtat fortschreiten. — Was tun wir dann, die wir im Getümmel des Krieges frei von jeder Last desselben geblieben sind, die er über andere Länder verbreitete, indessen so mancher unserer Brüder für Vaterland und Recht siegend fällt? Wir legen auf den Altar des Vaterlandes unseren freiwilligen Beitrag, so viel ein jeder vermag, zum Unterhalt derer, welche der Heldentod des Gatten, des Vaters zu Witwen und Waisen macht, zur Belohnung für ausgezeichneten Mut, endlich zur Führung eines Krieges selbst, der, wenn je einer, die Sache der Völker war. So denkt jeder biedere Preuße von der Ostsee bis zur Elbe und am Rhein, und könnte nie an Liebe für sein Vaterland und seinen König dem Bürger irgend eines Staates den Vorrang gönnen"[57]).

Dieser Aufruf verfolgt offenbar den Nebenzweck, die Politik Preußens, den als Angriffskrieg begonnenen Kampf gegen Frankreich, vor dem Volke zu rechtfertigen. Denn die allgemeinen Sympathien hatten in den ersten Jahren der Revolution doch durchaus auf Seiten der Neuerer gestanden[58]). Die Emigranten, die bald in den westlichen Grenzlanden, in Rheinland und Westfalen, erschienen, hatten diese Stimmung eher noch verstärkt[59]). Der Hinweis auf die Unteilbarkeit des deutschen Reiches, zu dessen Beschützer Preußen in erster Linie berufen sei, konnte kaum auf einen lebhaften Widerhall im Volke rechnen. Denn nicht im Kampfe für, sondern gegen das Reich war Preußen groß geworden. Bei Roßbach war nicht nur die französische, sondern auch

[57]) Alle Beiträge, heißt es weiter, würden dem Staatsrate in Berlin eingehändigt werden. Wieviel in jeder Provinz einkomme, solle monatlich bekannt gegeben werden.

[58]) Philippson, Rückwirkung der Revolutionskriege auf die inneren Verhältnisse Preußens, in Gesch. des preuß. Staatswesens II 1. Wenck, Deutschland vor hundert Jahren, 193 ff. — Heigel a. a. O. I 275.

[59]) L. Häusser a. a. O. I 476. — Hechelmann: Westfalen und die französische Emigration. W. Zt. XLVI, II 36 ff.

die Reichsarmee auseinander gesprengt worden, und das war es, was auch im Bewußtsein des gemeinen Mannes haftete[60]). Dazu kam, daß Preußen noch vor wenigen Jahren überall für die Volksrechte gegen die Bedrückung der Herrschenden eingetreten war. Es hatte die Lütticher gegen ihren Bischof, die Belgier gegen Oesterreich geschützt[61]). Preußen erschien als der eifrigste Verfechter des Fortschritts in Europa. Dazu stand der Krieg mit Frankreich jedoch in starkem Gegensatz. Er war von vornherein unpopulär. Freilich war man nun längst in die Verteidigung gedrängt, und wo die Heere der Revolution gewesen waren, da ließen sie meist Haß und Abscheu zurück. Die Schilderungen, die darüber bekannt wurden, riefen in kurzem auch da, wo bisher die Franzosen sich noch nicht gezeigt hatten, einen völligen Umschwung in der öffentlichen Meinung hervor[62]).

Am 27. Februar konnte endlich wieder der ordentliche Landtag in Kleve abgehalten werden. Man fühlte sich zwar immer noch nicht frei von aller Gefahr. Als es verlautete, daß das Wasser der Maas zwischen Gennep und Mook wieder gefallen sei — man stand am Ende des Winters — und daß die Gefahr sich vergrößert habe, daß französische Truppen diesen Fluß überschritten und die Stadt Kleve überfielen, da baten die Stände eiligst den Herzog von Braunschweig-Oels, der hier mit einem preußischen Korps die rechte Flanke der Oesterreicher deckte[63]), den Befehl zu geben, daß diese Maasstrecke so bald wie möglich durch Kavallerie geschützt werde[64]).

In kurzer Zeit mußte jedoch jede Furcht schwinden. Am 1. März rückte der Prinz von Koburg in Belgien ein. Er siegte bei Neerwinden über Dumouriez und erreichte bald Flandern und das nördliche Frankreich. Die Preußen nahmen Mainz wieder und gewannen die ganze Pfalz. Der Weg nach Paris war frei.

Wie weit die öffentliche Meinung an den Kämpfen dieser und der nächsten Zeit bis zum Juni 1794 Anteil nahm, darüber fehlt es mir an Nachrichten. Wahrscheinlich aber war das Interesse nur gering. Die ganze Art, diesen Krieg zu führen, in welchem beständig gegenseitige Eifersüchteleien und Intriguen hemmend auf die Operationen wirkten[65]), sodaß alle Siege auf dem Schlachtfelde fruchtlos blieben, war nicht danach angetan, irgend welche Begeisterung hervorzurufen. Die klevisch-märkischen Stände bewährten auch in dieser Zeit ihren Patriotismus und ihre Opferwilligkeit. So bewilligten sie gelegentlich 200 Taler als

[60]) Vgl. auch Wenck a. a. O. 171.
[61]) Philippson I 293. — Heigel I 208, 213.
[62]) L. Häusser, Deutsche Geschichte I 493.
[63]) Lehmann, Freiherr vom Stein, I 148.
[64]) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 320: Schreiben der zu Kleve versammelten Landstände vom 27. Februar 1793.
[65]) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, II 326 ff.

Geschenk zum Besten des Regiments Manstein und der dazu gehörigen Frauen und Kinder. Im Dezember 1793 beantragten die klevischen Städte, dem Landesherrn freiwillig eine außerordentliche Kriegsbeisteuer anzubieten. Denn das sei Untertanenpflicht, die man um so lieber erfüllen werde, als die Gefahr im vorigen Jahre so glücklich abgewendet worden sei, und zumal andere Provinzen, die keineswegs so unmittelbar bedroht wären, hierin vorangingen. Die Städte drangen allerdings nicht durch, da die Ritterschaft darum bat, vorläufig von einer solchen Maßregel abzusehen, weil die Ernte schlecht ausgefallen und die steuerpflichtigen Untertanen schon schwer genug belastet seien[66]).

Unsere Betrachtung wendet sich den geistlichen Staaten Westfalens zu. Der französische Krieg hatte sie zunächst nicht unmittelbar betroffen, da das Reich im Anfang noch für neutral galt. Erst gegen Ende des Jahres 1792 mußte auch der Reichskrieg an Frankreich erklärt werden. Der Regensburger Reichstag forderte das dreifache Kontingent von den Ständen und im Januar 30 Römermonate.

Von dem Bistum Münster wurden demnach 1200 Mann verlangt, 800 zu Fuß und 400 Berittene, außerdem eine Abteilung Artillerie. Die Verhandlungen der Stände über die Beschaffung dieser Mannschaften wurden von Anfang an nur lau geführt. Es trat hier zu Tage, wie erschlaffend die lange Friedenszeit auf die Geister gewirkt hatte. Trotz der Größe der Gefahr, die dem Bestande und den Ordnungen des Reiches noch immer drohte[67]), wenn auch das schlimmste zunächst abgewendet schien, konnte man sich zu keinem raschen und entschiedenen Handeln aufraffen. Große Bestürzung rief es unter diesen Umständen hervor, als plötzlich Holland auf Grund eines Subsidialvertrages, den Kurfürst Maximilian Friedrich im Jahre1770 abgeschlossen und 1784 auf zehn Jahre erneuert hatte, ebenfalls zwei Regimenter Infanterie verlangte. Man erhob heftigen Protest gegen diesen Verstoß wider alle Landesvereinigungen und Wahldeputationen, aber was half das jetzt? Wohl oder übel mußte man sich zur Erfüllung der Verträge bequemen, wenigstens soweit dies mit den Pflichten gegen das Reich vereinbar war, denn diese, das sahen die Stände jetzt ein, gingen doch allem andern vor. Die Verhandlungen, die nun mit dem Reichsfeldmarschall, dem Prinzen von Koburg, angeknüpft wurden, führten auch bald zu einem annehmbaren Ergebnis. Münster durfte sein Reichs-

---

[66]) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 320: Verhandlungen zu Kleve am 18. und 19. Dezember 1793.

[67]) Daß man diese Sachlage wohl erkannte, zeigt auch das Anschreiben des Bischofs Franz Egon an den Paderborner Landtag. Im „jetzigen Zeitpunkte“, sagt der Fürstbischof, handele es sich um die „Verteidigung des deutschen Reiches und seines Systems“, um die „Erhaltung der allgemeinen Ruhe und Sicherheit“. St. A. M. Paderborner Landtags-Protokolle 1793.

kontingent in Holland kämpfen lassen, da es dort ja demselben Zwecke diente, wie beim Reichsheer. Dafür sollte es dem Reiche die Ablösungssumme von 200 000 Gulden Wiener Währung zahlen, die jedoch Kurfürst Maximilian Franz persönlich übernahm. Mit diesem Erfolge konnten die Stände und das Land außerordentlich zufrieden sein, denn es galt nun lediglich, die nötigen Leute zu beschaffen. Die Unterhaltung dieses Korps war dann die Sache der Holländer. Auch für die Zukunft, erklärten die Stände, sei es ihr Wunsch, die Pflichten gegen das Reich mit Geld abzulösen.

Jetzt hatte man nur noch die Aufgabe, eine Artillerieabteilung zu stellen, vier Geschütze mit Bedienung. So lange wie möglich schob man die Erledigung hinaus, indem man zunächst von der Regierung ganz genaue Angaben über die Zahl der Mannschaften und die erforderlichen Geldmittel verlangte. Einen Augenblick konnte man sogar hoffen, dieser lästigen Verpflichtung ledig zu werden, als nämlich im April 1793 der Uebertritt Dumouriez bekannt wurde, wodurch man den Krieg als beendigt ansah, bis man dann die näheren Umstände erfuhr. Ein halbes Jahr war vorüber, als endlich das Münstersche Kontingent an Ort und Stelle war[68]).

Derselben Gleichgiltigkeit gegenüber den Pflichten, die das Reich auferlegte, derselben Unlust zu größeren Opfern begegnen wir auch im Bistum Paderborn[69]). Am 30. Januar 1793 berief Bischof Franz Egon seine Landstände, um mit ihnen zu Rate zu gehen, wie „das auf dem allgemeinen Reichstage wider die von der französischen Nation in dem teutschen Reiche unternommenen Vergewaltigungen zu dessen Verteidigung aufzustellen beschlossene Mannschaftstriplum dargestellet werden könne". Der Bischof erklärte von vorn herein, alle möglichen Schritte zur Erleichterung seiner Untertanen bereits unternommen zu haben. Er kenne aber die Pflichten, die ihm die Reichsverbindung auferlege, zu gut, als daß er nur auf den Gedanken kommen könne, in diesem so gefährlichen Zeitpunkt sich seiner „reichsständischen Obliegenheit" zu entziehen[70]).

Die Antwort der Stände[71]) bildete eine lange Reihe von Klagen über den Verfall und die Armut des Landes. Schon die Hälfte der bewilligten 30 Römermonate zu beschaffen, sei fast eine Unmöglichkeit. Durch „Irrtum der Vorfahren" sei das Hochstift schon „über alles Ebenmaß prägraviert". Noch lägen die Schulden aus den letzten Reichs-

---

[68]) Meyer zu Stieghorst: Die Verhandlungen der Landstände des Fürstbistums Münster zur Zeit der französischen Revolution. 29 ff.

[69]) St. A. M. Paderborner Landtags-Protokolle 1793.

[70]) Schreiben Franz Egons vom 30. I. 1793.

[71]) Proposita DDrum Statuum in comitiis 1793 und Extractus Protocolli, Rmi Capit. d. d. 2. März 1793.

kriegen schwer auf dem Lande. Zumal der Siebenjährige Krieg[72]) habe so gewaltige Kosten gemacht, daß sie „aller Anstrengung unerachtet doch noch kaum zur Halbschied hätten bezahlt werden können“. Damals sei das Land so verheert worden, daß es den Wohlstand, in dem es vor Beginn dieses Krieges gewesen sei, noch längst nicht wieder erreicht habe. Um die Kosten der jetzigen Kriegsrüstung zu bestreiten, sei es notwendig, alle irgend verfügbaren Kapitalien aufzunehmen. Dies werde dann ein allgemeines Sinken der Güterpreise, Stocken jeglichen Handels und Gewerbes, ja sogar des Ackerbaues nach sich ziehen. „Der Wucher gegen den Landmann würde aufs höchste steigen, und dieser durch Exekutionen zum Bettelstab und zur Verzweiflung gebracht werden.“ Und wie solle man bei längerer Dauer des Krieges noch Beiträge aufbringen, wenn das Land schon im ersten Jahre so erschöpft werde? In Erwägung all dieser Dinge, erklärten die Stände, „könnten sie nicht umhin, Ihre Hochfürstliche Gnaden unter Bezeugung ihrer größten Dankbarkeit für die bereits geschehenen, nochmals mit untertänigster Bitte dahin anzugehen, durch Höchstdero . . . Verwendungen, . . . dem Lande . . . alle mögliche Erleichterung gnädigst verschaffen zu wollen und die deshalb nötigen Geldsummen so leidentlich als möglich zu akkordieren“. Sie versprächen sich den besten Erfolg von seinen Bemühungen.

Da indes die reichsständischen Kontingente schon zum 1. März verlangt wurden, so sah man sich doch genötigt, einstweilen zur Deckung der vorläufigen Kosten 72 000 Reichstaler aufzunehmen, die zur Hälfte von den befreiten Ständen, Klerus und Adel übernommen wurden[73]).

Man stand ferner vor der Frage, wie das Kontingent des Landes zu beschaffen sei. War man doch so gut wie ungerüstet. Die zwei schwachen Kompanien[74]), die der Staat unter Waffen hielt, genügten kaum als Landespolizei. Nach der Reichsverfassung war es aber den nicht gerüsteten Ständen des Reichs gestattet, im Kriegsfalle mit mächtigeren Reichsständen Subsidialverträge einzugehen[75]). Die sogenannte „Reluition“ eines Kontingents durch Geld war durch die Reichsdefensionalverfassung von 1681 zwar untersagt[76]). Sie wurde aber nichtsdestoweniger im einzelnen Falle zugelassen[77]). Auf einen dieser beiden Auswege sah man sich naturgemäß auch jetzt wieder hingewiesen.

---

[72]) Im Siebenjährigen Kriege wuchs die Schuldenlast um 387 817 Reichstaler. Den Schaden, den die Franzosen und Allierten anrichteten, berechnete man auf 7 194 339 Reichstaler. Siehe Bessen: Gesch. des Bistums Paderborn, II 351 ff. — Stoffers, Das Hochstift Paderborn z. Z. des Siebenjährigen Krieges. W. Zt. LXX II 118.

[73]) St. A. M. Paderborner Landtagsprotokolle 1793.

[74]) Promemoria des Collegium civicum a. a. O. — Vgl. auch Stoffers, Das Hochstift Paderborn z. Z. des Siebenjährigen Krieges. 17 ff.

[75]) Schröder: Deutsche Rechtsgeschichte, S. 855.

[76]) Ebd.

[77]) So geschah es soeben auch in Münster. Siehe oben, S. 241 ff.

Freilich die Städte sprachen sich dafür aus, das Kontingent „in natura“ zu stellen. Man solle die beiden vorhandenen Kompagnien aus dem Lande vollzählig machen und zur Reichsarmee abgehen lassen. So werde das Land dieser entledigt und habe nicht die doppelten Kosten[78]). Kapitel und Ritterschaft dagegen befürchteten gerade dadurch die Lasten des Landes unnötig zu vermehren[79]). Das billigste bleibe doch immer die einfache „Bezahlung in Geld“. Folge man dem städtischen Antrage, so würden einerseits dem Lande „viele brauchbare Leute“ entzogen werden, andererseits aber sei „der Sache Deutschlands wenig durch solche in Eile zusammengeraffte Soldaten genützt“. Zweifellos hatten die Vorderstände hierin nicht Unrecht. Sie bemerkten auch noch, daß man die Sicherheit des Landes nicht „durch die völlige Entblößung von allem Militär“ aufs Spiel setzen dürfe. Danach scheint es, daß sich jetzt schon unter den Bauern eine Gärung bemerkbar machte[80]).

Währenddessen wurde dem Fürstbischof von dem Reichsfeldherrn, dem Prinzen von Koburg, durch Vermittlung des Grafen von Westphalen, eine Konvention angeboten, nach der Paderborn das ihm zufallende Kontingent von 819 Mann durch eine Geldzahlung von 100 Gulden für den Mann ablösen sollte. Das Bistum hätte also 81 900 Gulden aufbringen müssen. Die eine Hälfte sollte sofort nach der Ratifikation, die andere in sechs Monaten fällig sein. Natürlich waren die Römermonate hierin nicht einbegriffen. Würde der Krieg nach Ablauf eines Jahres noch fortdauern, so sollte der Vertrag als stillschweigend erneuert gelten[81]).

Franz Egon griff mit Freuden zu, glaubte aber doch vor dem endgültigen Abschluß sich erst mit seinen Landständen besprechen zu müssen[82]).

Der Geheime Rat des Bischofs machte nun aber die Entdeckung, daß die Forderung von 819 Mann weit über das hinausgehe, wozu das Land nach dem Reichsrecht verpflichtet sei. Die Höhe der einzelnen Kontingente sei immer noch nach der Wormser Matrikel von 1521 und der Reichsdefensionalverfassung von 1681 zu berechnen. Danach entfielen auf Paderborn aber nur 440 Mann[83]). Wenn in den letzten

---

[78]) Promemoria des Coll. civici a. a. O.

[79]) Antwort der Vorderstände auf das Promemoria des Coll. civici a. a. O.

[80]) Von solchen bäuerlichen Tumulten hören wir in den folgenden Jahren, z. B. 1798, als die Gemeinden Wormeln und Welde das Kloster Wormeln aus Wut über einen verlorenen Zehntelprozeß angriffen. Die Regierung sandte damals Militär zu Hilfe, das die Ruhe auch wieder herstellte, nachdem bei einem Zusammenstoß Blut geflossen war. Siehe Bessen II 383. — Rechter, Der Uebergang des Hochstifts Paderborn an Preußen. W. Zt. 62 II, S. 201 ff.

[81]) St. A. M. Landtagsprotokolle 1793.

[82]) Mitteilung FranzEgons an den Landtag d. d. Hildesheim 3. März 1793, a. a. O.

[83]) Die Berechnung wurde in folgender Weise vorgenommen: Nach der 1521 zu Worms festgesetzten Matrikel mußte Paderborn zu dem Simplum der Reichsarmee von 24 000 Mann (20 000 Fußknechte und 4000 Reiter) 18 Reiter

Reichskriegen der Kreis dem Bistum stets 819 Mann auferlegt habe, so sei dafür durchaus „kein Rechtsgrund ersichtlich". Aus dem Reichstagsabschied von 1582 gehe hervor, daß stets der Wormser Matrikel „im Votieren und Erkennen" zu folgen sei. Somit finde sich Paderborn durch die Forderung von 819 Mann „zu Unrecht beschwert".

Sofort faßte auch das Domkapitel den Beschluß, daß der Fürst zu ersuchen sei, das Promemoria seines Geheimen Rats genau zu prüfen und im Falle, daß die angeführten Gründe tatsächlich stichhaltig seien, die nötigen Maßregeln zum Nutzen des Landes zu ergreifen[84]).

Nirgends zeigte sich eine Spur von irgend welcher Begeisterung für den bevorstehenden Kampf. Niemand, nicht der Fürst, nicht seine Räte, nicht die Stände, hatten ein wirkliches Gefühl für die Ehre des Reiches. So klagte die Paderborner Ritterschaft in einem Promemoria vom 7. März 1793, das der Freiherr von Oeynhausen verfaßte, daß der Kopfschatzfuß, dem sie unterworfen werden solle, so „disproportionierlich" sei, daß den meisten es schon im ersten Jahre „äußerst hart ankommen werde", dem gleichgültig nachzugeben. Sollte der Krieg aber länger dauern, „so würde des Uebels kein Ende sein, und viele noch mehr gütlich beitragen müssen, als die Herren Franken selbst von ihnen holen könnten". Die „Vergewaltigung Deutschlands durch die Franzosen wurde als Tatsache unangenehm empfunden, aber eine patriotische Aufwallung rief sie keineswegs hervor. Hätte man nur Mittel und Wege gewußt, sich der fatalen Notwendigkeit, Deutschland verteidigen zu müssen, zu entziehen, moralische oder patriotische Bedenken wären dann gewiß kein Hindernis gewesen. Aber man wußte wohl, weigerte man sich, dem Beschluß des Reichs zu gehorchen, dann kam die Reichsexekution, und was diese bedeutete, das hatte man noch in schmerzlicher Erinnerung, wenn gleich jetzt bereits über ein halbes Jahrhundert vergangen war, seit im Jahre 1756 die Preußen „das Hochstift wegen unterlassener Kontingentsstellung mit einer noch nicht verschmerzten Exekution überzogen hatten[85]).

---

und 34 Mann zu Fuß, oder, da man 3 Infanteristen gegen 1 Kavalleristen rechnete, 88 Mann zu Fuß stellen. Im Jahre 1681 war das Simplum auf 40 000 Mann erhöht worden, so daß jetzt für 3/8 : 5/8 zu stellen waren. Also statt 88 Mann 146⅔. Da nun das Triplum gefordert wurde, so ergab das rund 440 Mann, a. a. O.

[84]) Extractus Protoc. Rmi. Capituli d. d. 12. März 1793, a. a. O.

[85]) St. A. M. Paderborner Landtags-Protokolle 1793. Worte Franz Egons in einem Schreiben an das städtische Corpus, v. 19. März 1793. — Damals suchten die Kurfürsten von Baiern, der Pfalz und Köln die Teilnahme des Reiches am polnischen Erbfolgekrieg zu hindern, und verweigerten deshalb ihre Kontingente. Da Kurfürst Clemens August von Köln auch Bischof von Paderborn war, wurde auch dieses Stift in Mitleidenschaft gezogen. Ein preußisches Infanterieregiment rückte ein, um hier Winterquartiere zu nehmen. Nur durch Aufbringung der notwendigen „Rationen und Portionen", sowie einer Summe

Das Ende von allen Verhandlungen hin und her war schließlich, daß das Bistum doch die Ablösungssumme für die zu Anfang geforderten 819 Mann bezahlen mußte[86]).

In diesen kleinen geistlichen Staaten hatte man weder die Fähigkeit, sich allein zu verteidigen und zu behaupten, noch wenigstens die Einsicht und den guten Willen, für die Erhaltung des großen Ganzen an seinem Teile mit allen Kräften einzustehen. Es war, wie sich der König von Preußen kurze Zeit nach diesen Vorgängen zu einer westfälischen Deputation, die um Schutz gegen den Einfall der Franzosen bat, äußerte: „Die kleinen Fürsten wollen immer geschützt sein, aber nichts tun“[87]).

Drittes Kapitel.

Westfalen gerät in Gefahr, den Franzosen in die Hände zu fallen. — Plan einer Volksbewaffnung.

Der Sommer 1794 brachte auf dem Kriegsschauplatz abermals eine Wendung. Nach der Niederlage, die Jourdan dem Prinzen von Koburg bei Fleurus beibrachte, räumten die Oesterreicher und Engländer zum zweiten Male Belgien und flüchteten hinter die Maas. Auch die preußischen Truppen gaben die Pfalz, die sie lange rühmlich verteidigt hatten, auf[88]). Nie war die Gefahr für das Reich größer gewesen. Im oberen Deutschland entschlossen sich die Kreise nach dem Vorbilde, das eben Frankreich gegeben hatte, durch eine allgemeine Volksbewaffnung die feindliche Invasion abzuwehren. Ein Reichsgutachten sprach sich für die Bewaffnung sämtlicher Grenzbewohner aus, die dann der Reichsfeldmarschall, der Herzog von Sachsen-Teschen, auch von dem westfälischen Kreise verlangte[89]). König Friedrich Wilhelm III. wollte jedoch, was seine rheinischen, von der Kantonierung befreiten Provinzen anlangte, höchstens die Errichtung einer Landmiliz zulassen, alles weiter gehende lehnte er entschieden ab[90]). Auch der Freiherr vom Stein, damals Präsident der klevischen Kammer, erklärte sich gegen die Erhebung der Massen. Denn Preußen halte schon jetzt eine zahlreiche Armee unter Waffen.

---

von 81 551 Reichstalern konnten die Paderborner die Winterquartiere abkaufen. Außerdem mußten sie dem König von Preußen einen „langen Kerl“ zum Geschenk machen. Siehe Bessen, Gesch. des Bistums Paderborn, II 297 ff.

[86]) Franz Egon an den Geh. Rat: Paderborner Akten Geh. Rat Rep. 213, I B 87.

[87]) Bericht des Freiherrn von der Recke. St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 328.

[88]) Heigel a. a. O., II 138 ff.

[89]) Ebd., II 131 ff.

[90]) Lehmann a. a. O., I 161 ff.

„Der allgemeinen Volksbewaffnung, schrieb er, stehen entgegen die Unbrauchbarkeit eines großen unorganisierten Haufens, die Gefahr, so vielen unsicheren Menschen die Waffen in die Hände zu geben, und im Falle der Besitznehmung durch ein feindliches Truppenkorps die Verheerung, so man derselben zuziehet." Auch gegen die Miliz hatte er starke Bedenken. Er urteilte, daß die Bevölkerung keine Neigung zu solchem Dienst habe. Schließlich schlug er den märkischen Ständen die Errichtung einer Truppe von 3500 Mann vor. Von je hundert Seelen in den Provinzen Kleve, Mörs, Geldern und Mark solle das Los zwei zum Eintritt bestimmen. Den bisher Befreiten solle Stellvertretung gestattet sein. Dazu beantragte er einen außerordentlichen Beitrag an Geld und Lebensmitteln. Die märkischen Stände lehnten es aber ab, „ohne Konkurrenz der Klevischen" etwas in dieser Angelegenheit zu beschließen[91]).

In Münster fand dagegen das Vorgehen der Süddeutschen diesmal lebhaften Beifall. So schlaff die Haltung der Stände bisher auch gewesen war, jetzt im Moment der Gefahr rafften sie sich auf. Sie sahen wohl ein, daß nur starke, außerordentliche Maßregeln das bevorstehende Unheil abwenden konnten. Denn darüber war man sich klar, daß mit dem Einbruch der Franzosen die ganze bestehende Ordnung zusammenbrechen würde. Der Boden, auf dem sie standen, schien ihnen bereits unterwühlt. Während der Jahre 1794 und 1795 kam es in einigen kleineren Orten des Münsterlandes, zu Ottmarsbocholt und Lüdinghausen, zu Unruhen. Es waren freilich nur unbedeutende Vorkommnisse, die höchstwahrscheinlich nicht in dem geringsten Zusammenhang mit der französischen Revolution standen[92]). Doch die Worte des Erbdrosten, daß „seit Menschengedenken solche Beispiele von tumultarischen Auftritten nicht erlebt" worden seien[93]), zeigen deutlich, welche Bedeutung man diesen geringfügigen Vorfällen beizumessen geneigt war, wie unsicher die Privilegierten sich schon jetzt fühlten. Man fahndete eifrig auf volksverhetzende Flugschriften und geheime Verbindungen. Vor allem war man gegen den Illuminatenorden, den „Unterdrücker der Religion", mißtrauisch. Man trug kein Bedenken, ihn als den Anstifter der Revolution und des ganzen Unheils zu bezeichnen. Auf ein kaiserliches Mandat hin wurden auch in Münster die Lesegesellschaften verboten, von denen man offenbar Verbreitung der Umsturzideen befürchtete. Gefährlicher als die Lesegesellschaften waren aber die Flugschriften, die von gegnerischer Seite auch in Westfalen verbreitet wur-

---

[91]) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 330: Promemoria Steins, Kleve, den 10. August 1794. — Protokoll der Landständeversammlung, Unna, den 30. August 1794. — Lehmann a. a. O.

[92]) Meyer zu Stieghorst a. a. O. 49.

[93]) Ebd.

den[94]). Verkündigten doch die Jakobiner offen ihre Absicht, ganz Europa zu revolutionieren, ja alle Tyrannen der Welt zu verjagen[95]). Wir finden in den Landtagsverhandlungen die Nachricht, daß im Münsterlande ganz offen ein aufreizendes Flugblatt verkauft wurde, das sich „Politische Klagen aller kriegführenden Mächte" nannte und zu Straßburg im Elsaß „im sechsten Jahr der Freiheit" gedruckt war[96]). In schlechten Versen und ebenso schlechtem Deutsch wurden darin die gegen Frankreich kriegführenden großen und kleinen Mächte, an ihrer Spitze der Papst, arg verhöhnt, der ganze Kampf als ein vergebliches, törichtes Unterfangen dargestellt, denn Gott sei mit den Franken und ihrer Sache. So müssen denn ihre Gegner einer nach dem andern den Widerstreit aufgeben, nachdem sie nur Verluste erlitten haben. Gegen den König von Preußen hat sich in Polen der Aufruhr erhoben. Dazu muß er jetzt auch für seine Besitzungen am Rhein und in Westfalen fürchten. Diejenigen freilich, die die Schuld an dem ganzen Kriege tragen, England und Rußland, haben selbst am wenigsten dabei zu verlieren. Solange er noch genug „Sterlinge" hat, meint der König von England, kann der Krieg ruhig weitergehen, bis die anderen gänzlich erschöpft sind. Die sich aber ehedem Prinzen von Frankreich nannten, müssen nun „betteln gehen" und erkennen, „daß der Prinz und Bettel Kind gleich wie alle Menschen sind".

Welchen Eindruck mochten solche und ähnliche Flugblätter wohl auf das niedere Volk machen, den kleinen Kötter auf dem Land, den Handwerker und Krämer in den Städten? Zeitungen, die die politischen Ereignisse besprachen, bekamen diese Leute selten oder nie zu sehn. Von den Dingen, die in der Welt vor sich gingen, konnten sie nur unsichere Kunde, nur schwankende Begriffe haben. Ihr Denken war auf die nächste Umgebung und die täglichen Bedürfnisse gerichtet. Solange sie sich nähren und kleiden konnten, ihr Feiertagsvergüngen hatten, waren

---

[94]) Ebd.

[95]) Sybel Geschichte der Revolutionszeit, II 24 ff.

[96]) Bei den Akten, Protocollum comitiale 1749, S. 674. Dem Papste, der damit begonnen hat, daß er den Mächten sein Wort nicht halten könne, da für die Franken der Teufel selbst kämpfe, antwortet der römische Kaiser: Vater!, ja ich wünsch mit Freuden — Einen Frieden bald zu sehn — Muß ich gleich betrübt mich scheiden — Von mein schönes Belgien, — Will ich doch um Frieden bitten — Denn ich habe viel gelitten — Wie zerstört ist meine Macht — Ach, wer hätte das gedacht. Dieselben Klagen und den Wunsch um Frieden drücken die andern Mächte aus. Sie haben alle eine Menge Verluste gehabt, fürchterliche Angst vor den „Sanskulotten" und keine Hoffnung mehr. Dies sind: Spanien, Holland, Sardinien, Neapel, Portugal, Baiern, Mainz, Pfalz, Trier und die Reichsfürsten. Der König von Preußen sagt: „Ich kann jetzt für euch nicht kämpfen, — Pohlen hat mich selbst berannt — Ich muß diese Glut erst dämpfen — Die in meinem Lande brennt — Und wer weiß, ob mein Westfalen — Nicht auch muß zur Zeche zahlen — Wird nicht meine Macht am Rhein — Bürge für den Schaden sein?"

sie zufrieden. Jetzt hörten sie plötzlich von Dingen, von denen sie noch nie etwas gewußt hatten, Freiheit und Gleichheit, die die Franzosen der Welt bringen wollten. Gewiß waren die Franzosen böse Menschen, hatten sie doch ihre Priester vertrieben, die nun in fremden Ländern das Mitleid anflehen mußten. Und gar den Papst wagten sie zu verhöhnen! Das konnte nur den Ingrimm dieser Westfalen erregen, die treu ihrer Kirche anhingen. Aber die Franzosen waren mächtig, das sah und hörte man. Niemand vermochte ihnen zu widerstehen, bald würden sie auch in Westfalen eindringen. Dann mußten sicher die Priester und Edelleute fliehen, dem Volke aber würde nichts geschehen! Steuern, Zehnten, Herrendienst, das alles würde aufhören. Der Kopf schwindelte, wenn man an so etwas dachte. Sprachen aber die Franken nicht die Wahrheit, wenn sie sagten, daß alle Menschen gleich seien? Mit welchem Recht verlangte man denn von dem Bauer immer wieder Steuern und Dienste, während der reiche, vornehme Herr nichts zu bezahlen brauchte. In Frankreich hatte das Volk sich befreit und die Herren vertrieben. Wie mancher Edelmann klopfte jetzt bei den Bürgern und Bauern in Westfalen an und war froh, wenn er sein Leben fristen konnte, der noch vor kurzem als mächtiger Herr vielleicht über hunderte von Leibeigenen verfügt hatte. Daß es in Frankreich einmal so weit kommen werde, hätte man auch früher nie geahnt. Solche Erwägungen lagen doch nur zu nahe. Wenn man dem nicht rasch genug entgegentrat, dann gingen die alte Unterwürfigkeit und der Respekt auf immer verloren. Noch war alles ruhig im Lande. Konnte aber nicht über Nacht die Begehrlichkeit der Massen geweckt werden, wenn sie plötzlich eine Ahnung bekamen von Gütern des Lebens, eine Aussicht auf Machterwerb, danach sie vielleicht nur deshalb nicht verlangten, weil sie sie nicht kannten?

So fanden die Stände denn jetzt auf einmal, — es war im Oktober 1794 — daß dieser Kampf, an dessen unglücklichem Ausgang auch sie durch ihre Saumseligkeit mitschuldig waren, ein „zum Heil des Reichs und der Menschheit notwendiges Unternehmen" sei. Sie beschlossen, alle diese Versuche, „die Franzosen zu erheben, ihre Grundsätze, Greuel und Irreligion zu Gottes Sache zu machen"[97]), rasch und entschieden zu unterdrücken[98]).

Angesichts dieser Haltung der Stände, ihrem Mißtrauen in die Festigkeit ihrer eigenen Stellung, darf man wohl sagen, daß bei den energischen militärischen Vorkehrungen gegen den äußeren Feind, die sie in den Sommermonaten des Jahres 1794 trafen, die treibende Kraft nicht ein deutsch-patriotische Aufwallung bildete, sondern in erster Linie die Angst der Aristokraten vor den Republikanern, das Bestreben der Privilegierten, ihre Vorechte, die sie aufs stärkste bedroht sahen, zu be-

---

[97]) St. A. M. Worte Fürstenbergs. Protocollum Comitiale 1794, S. 302.
[98]) Ebd. 303 ff, 613 ff.

haupten. Sie beantragten bei dem Kurfürsten die „Organisation der Massen" im Bistum. Zugleich solle man sich mit dem westfälischen und niedersächsischen Kreise über die allgemeine Durchführung dieser Maßregel verständigen. Sie vertrauten dabei in erster Linie auf Hannover und Braunschweig, denn von der ablehnenden Haltung Preußens waren sie unterrichtet. Auf der Stelle, verlangten sie, müsse der Staat ein Korps von 2000 Mann anwerben, dem sich dann das Massenaufgebot leicht angliedern lasse. Die Ritterschaft erließ einen patriotischen Aufruf an den Adel des Landes, er solle sich an die Spitze der Bewegung stellen[99]).

Am 29. August erhielt der Landtag von dem Kurfürsten die Mitteilung, daß er, um dem Wunsche der Stände zu willfahren, durch den Grafen von Merveldt in Osnabrück, Paderborn, Hildesheim, Braunschweig und Hannover die Bildung einer „zweiten Defensionslinie" angeregt habe. Eifrig stellte der Landtag die Mittel zur Verteidigung des Landes bereit. Man erwartete, daß diese entschlossene Haltung auch nach außen Eindruck machen und die zögernden Nachbarstaaten mit fortreißen werde. Den Gedanken, 2000 Mann als Stamm anzuwerben, gaben die Stände freilich auf, sie gedachten vielmehr zu diesem Zweck das Münsterische Korps zu verwenden, das sich freilich bei der Reichsarmee befand und von dort abgerufen werden mußte. Daß man mit diesem Beschluß seine Pflichten gegen das Reich aufs ärgste verletzte, dieser Gedanke kam den Ständen gar nicht. Es war eben damals jeder nur auf seine eigene Sicherheit bedacht, das Schicksal Deutschlands kümmerte niemand.

So eifrig die Ritterschaft war, so kühl zeigten sich die Städte. Daß man die Bürger und Bauern an den Sonn- und Feiertagen einexerzieren wollte, schien ihnen sehr bedenklich. Das werde beim Volk Mißstimmung hervorrufen, meinten sie. Ueberhaupt könne man ohne den niedersächsischen Kreis garnichts unternehmen.

Eben jetzt erfuhr man, daß man auf die Mitwirkung des benachbarten Kreises vergeblich gehofft habe. Man wollte dort von einer Volksbewaffnung, mit der man schlechte Erfahrungen gemacht habe, nichts mehr wissen. Auch Maximilian Franz schrieb den münsterischen Ständen, sie sollten die ganze Sache bei der gegenwärtigen Lage auf sich beruhen lassen. Zudem stände zu befürchten, daß der Feind in einer Volksbewaffnung nur einen Grund zu schlechter Behandlung des Landes sehen werde. So gab man denn nun in Münster seine Pläne auf und beschloß, sich auf den Schutz der hannoverschen und kaiserlichen Truppen, die die Verteidigung des Stiftes übernahmen, zu verlassen. Indes blieb man in Furcht und überlegte bereits, ob es nicht ratsam sei, die Landesarchive nach Bremen zu retten[100]).

---

[99]) Meyer zu Stieghorst a. a. O, 39 ff.
[100]) Meyer zu Stieghorst a. a. O., 41 ff.

In diesen Monaten ergossen sich abermals nach Tausenden zählende Scharen von Emigranten — diesmal meist Belgier — über die westfälischen Gegenden. Es kam vor, daß z. B. an einem Tage 1400 Menschen in Hamm, das selbst nur 3000 Bewohner hatte, Unterkunft suchten. Dabei herrschte infolge der schlechten Ernte schon Not in Westfalen[101]). Bald aber kam es noch schlimmer. Seit Anfang Oktober hatte sich die militärische Lage wieder bedeutend verschlechtert; die österreichischen Truppen gaben das linke Rheinufer gänzlich auf. Mit ihnen kamen die preußischen Behörden aus Kleve, und wer irgend konnte auch von den Einwohnern auf das rechte Ufer herüber. Der Einmarsch der Feinde in Westfalen schien fast unabwendbar.

In dieser Gefahr versammelten sich am 16. Oktober die märkischen Stände in Aplerbeck und beschlossen, durch eine Abordnung beim Könige die Not des Landes vorzustellen. Sie machten von ihrem Vorhaben auch den Ständen von Minden, Ravensberg und Münster Mitteilung und baten um Beteiligung an ihrem Hilfegesuch. Zu Deputierten wählten sie die Freiherrn von der Recke und von Hövel, denen sie ein Anzeigeschreiben mitgaben. In welchem Licht die märkischen Stände die Lage der Grafschaft sahen, welche Folgen sie von einer feindlichen Besetzung Westfalens fürchteten, zeigt ein Promemoria[102]), das die beiden Abgeordneten in Berlin dem Ministerium einreichten, das sie aber abgefaßt hatten in dem Gedanken, es im Falle der Verweigerung der Audienz dem Könige selbst zuzusenden. „Der ganze Wohlstand unseres Vaterlandes (d. h. der Mark), so schrieben sie, beruht auf dem Kunstfleiße des süderländischen Teiles desselben. Die Kaufmannschaft, die durch das allgemeine Stocken des Handels in diesen unglücklichen Zeiten und durch wirkliche oder künftig unvermeidliche Verluste in Frankreich und Brabant als dem ehemaligen Haupthandelsplatze schon ansehnlich verloren hat, würde durch starke Kontributionen und durch die unerhörten Requisitionen ihrer angehäuften Warenvorräte, deren Bezahlung, wenn sie je erfolgte, da sie in Provinzialassignaten der okkupierten Provinz besteht, mehr eine Verspottung als Entschädigung des Eigentums ist, ganz außer Stande gesetzt werden, in Zukunft das so unentbehrliche Triebrad dieser Erwerbsart zu sein!

Entvölkerung, völlige Zerrüttung unseres Wohlstandes, Fortpflanzung der unglücklichen Grundsätze der Empörung müssen daher die unmittelbare Folge eines noch so kurzen feindlichen Ueberfalls für uns sein, von dem wir uns nach erfolgter, auch noch so schleuniger Wieder-

---

[101]) Hechelmann, Westfalen und die französische Emigration. W. Zt. XLV, II 42.

[102]) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 328 d. d. Berlin, den 29. Oktober 1794. Verfaßt von dem Freiherrn v. Hövel.

eroberung doch nur nach einer langen Jahresreihe wieder erholen können.

In vollem Zutrauen auf Ew. Kgl. Majestät allerhöchste Huld und Nachsicht tragen wir daher unseren Wunsch vor, baldmöglichst durch ein Korps von Ew. Kgl. Majestät braven Truppen gedeckt zu sein.

Die neu angelegte Chausse begünstigt die Ausführung dieses unseres alleruntertänigsten Vortrages, teils in Besehung der Truppen selbst, teils auch in Rücksicht der etwa zu transportierenden Magazine.

In der Nähe des Kriegsschauplatzes kennen wir den wenigstens augenblicklichen Mangel an Mut und gutem Willen der dasigen fremden Truppen zu gut, um uns nicht auch von einer noch so kleinen Abteilung Ew. Kgl. Majestät Truppen eine bessere Wirkung zu versprechen."

Willig und lieber würden die Märker ihre Vorräte mit ihren preußischen Landsleuten teilen, als sie sich von fremden, an Ausschweifung gewöhnten Truppen abdrängen lassen. Mit Freuden würden sie „Gut und Blut" für ihren König und ihren Herd aufopfern.

Die beiden Abgesandten brachen noch an dem Tage der Zusammenkunft zu Aplerbeck, dem 16. Oktober, auf und reisten über Minden, Hildesheim, Halberstadt und Magdeburg nach Berlin[103]). In Minden besuchte der Freiherr von der Recke den Syndikus der Ritterschaft, Kriminalrat Schmidts, machte ihn mit dem Zweck der Reise bekannt und bat ihn, den Landständen baldmöglichst davon Mitteilung zu machen. Auch in Hildesheim wandte man sich an einen bekannten Domherrn, dem man seine Besorgnisse und Wünsche mitteilte. Man hörte, daß die Stimmung des niederen Volkes im Hildesheimer Lande sehr erregt sei und einen baldigen Ausbruch befürchten lasse.

In Magdeburg, wo sie dem Generalmajor von der Goltz ihre Absicht eröffneten, fanden sie dagegen eine recht kühle Aufnahme. Von der Goltz lehnte es ab, ihr Bittgesuch beim Könige mit zu unterstützen.

Am 25ten nachmittags um 5 Uhr langten die Herren in Berlin an, gerade, als der Rest des Regiments Gensdarmes nach Polen ausrückte, so daß die Berliner Garnison nur noch aus zwei Regimentern und einigen Depotbataillonen bestand, und somit „schlechte Aussichten zum Sukkurs" vorhanden waren.

Es vergingen vierzehn Tage, ehe ihnen die Audienz, um die sie sofort baten, bewilligt wurde. In dieser Zeit verhandelten sie mit sämtlichen Ministern und Geheimen Räten, vor allem aber mit Heinitz, ohne dessen Rat sie nichts unternahmen. Was sie hörten, war wenig tröstlich. Man hielt in Berlin die Verteidigung Westfalens für sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Infolge der schlechten Ernte sei das Land garnicht imstande, eine Armee zu ernähren. Auch mangele es an dem

[103]) St. A. M. Akta Deputationis Berolinensis bei den Landtagsakten Nr. 328: Bericht des Freiherrn von der Recke über die Reise nach Berlin und die Audienz bei dem König.

nötigen Fuhrwerk. Schon kam die Nachricht, daß Hannover und Braunschweig Milizen aufböten, um die Weserübergänge zu besetzen. Hier gab man also offenbar die Rheinlinie schon verloren. Ein Königliches Schreiben vom 2. November versicherte zwar, daß der König alles mögliche tun wolle, die Grafschaft Mark zu schützen, bestimmte Entschlüsse aber noch nicht fassen könne[104]).

Inzwischen liefen noch eine Reihe Hilfgesuche und Vorstellungen ein. Die Stadt Iserlohn[105]) klagte über das allgemeine Stocken des Handels, nicht nur mit dem Auslande, Brabant und Holland, sondern auch auf den großen deutschen Messen in Frankfurt am Main, Leipzig und Frankfurt an der Oder. Hinzu komme die schlechte Ernte auf dem Hellwege und die steigende Teuerung aller Lebensmittel. Komme nicht bald Hilfe, so bleibe den Arbeitern nichts übrig, wollten sie nicht verhungern, als auszuwandern. Sollten sich deshalb dem Friedensschlusse — denn dieser sei das beste Mittel, ihnen zu helfen — unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen, so möchte die Regierung doch einen Versuch machen, durch Unterhandlungen mit den Feinden Freiheit des Warenhandels nach dem jenseitigen Rheinufer zu erwirken. Im Siebenjährigen Kriege sei der Kaufmann mit seinen Waren ungefährdet durch alle Armeen gereist. Sie erklärten, daß der König ihrer Treue sicher sein könne. Um so weniger sei es nötig, noch fernerhin „zur Unterstützung eines wankenden Thrones einen großen Teil von Europa in Bewegung und Verlegenheit zu setzen". Das Amt Hörde[106]) bat dringend um Entsendung von Truppen. Die „unmenschlichen Feinde" begingen in den von ihnen besetzten Provinzen „alle möglichen Ausschweifungen und Grausamkeiten". Nicht das Leben, nicht das Eigentum der Einwohner seien mehr sicher. Ueberall seien sie bestrebt, „durch ihre verkehrten und widersinnigen Grundsätze von Freiheit und Gleichheit alle bürgerliche Ordnung, Ruhe, Eintracht und Zufriedenheit", wie sie „in einem wohlgeordneten Staate" herrschten, zu vernichten, die mit der Regierung ihres rechtmäßigen Herrn zufriedenen Untertanen aufzuwiegeln. Die Grafschaft werde allenthalben durch Scharen flüchtender Familien überschwemmt, die unter den Eingesessenen Angst und Furcht verbreiteten. Diese Vertriebenen, schrieben die Bürger von Unna[107]), hätten ihre gesamte Habe verloren und jede Hoffnung, noch einmal zurückzukehren und „die Früchte ihres Eigentums genießen zu dürfen". Auch sie hätten jede Hoffnung aufgegeben, angesichts der Greuel, „die alle in den Niederlanden stehenden Truppen ohne Unterschied" an ihren Nachbarn verübt

---

[104]) A. a. O.

[105]) Gesuch der Stadt Iserlohn an die in Berlin weilende märkische Stände-Deputation, a. a. O.

[106]) Gesuch der Deputation des Amtes Hoerde, a. a. O.

[107]) Gesuch der Stadt Unna, a. a. O.

hätten[108]). Dasselbe Schicksal drohe ihnen, auch wenn nur Oesterreicher und Engländer, nicht die Franzosen, das Land besetzten. Es werde unmöglich sein, die „zerstreuten Wohnungen des platten Landes" gegen Gewalttaten der einquartierten Truppen zu schützen. Deshalb tue rasche Hilfe Not.

Auch von den Minden-Ravensbergischen Ständen erhielt man ein Schreiben[109]), das um „Schutz gegen die drohende Gefahr einer verwüstenden Ueberschwemmung der französischen Heere" nachsuchte. Der Wohlstand ihrer Provinz, schrieben sie, beruhe fast völlig „auf solchen Manufakturwaren, die durch den Einfall der Feinde in gänzlichen Stillstand gesetzt werden müßten". Die Erhaltung der Werbungskantone der Regimenter Schladen und Romberg werde dadurch aufs Spiel gesetzt. Auch würden die Güter der Ritterschaft und der Stifter vernichtet werden, da die Feinde die Gefälle, Zinspflichten und Zehnten der Eigenbehörigen aufheben würden, „um die Gemüter der Untertanen ihren Landes- und Gutsherren abwendig zu machen."

Alle diese Vorstellungen machten in Berlin doch starken Eindruck. Die Regierung ließ ihre Bedenken fahren und sandte dem Feldmarschall Grafen Möllendorf den Befehl, mit seinem Heer zur Deckung Westfalens an den Niederrhein zu rücken[110]). Die märkischen Abgesandten bemühten sich auch jetzt noch, den König für den Gedanken einer Massenerhebung zu gewinnen. Sie stellten vor[111]), daß man durch diese Maßregel auch am ehesten den Einfluß der französischen Ideen durchkreuzen werde. Der ganze westfälische Kreis werde folgen, sobald der König von Preußen voranginge. Gesandte der Münsterschen Stände seien zur Zeit mit der Einwilligung ihrer Kurfürsten auf einer Rundreise an den Höfen von Hannover, Braunschweig und Hildesheim, um diese zu dem gleichen Vorgehen zu bewegen. Die Lage sei so, daß man weder Geld noch Menschen schonen dürfe.

Sie hatten aber einen noch tiefgreifenderen Plan. Wie war denn der Umsturz in Frankreich ins Werk gesetzt worden? Einer kleinen radikalen Gruppe war es durch ihre Geschlossenheit und Kühnheit gelungen, die große gemäßigt oder gar konservativ denkende Masse des französischen Volkes, die aber gerade dieser beiden Haupteigenschaften, der festen Organisation und der mutigen Vertretung ihres Willens entbehrte, ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Auch in Deutschland wühlten

---

[108]) Durch die Roheit der englischen Soldaten hatten die Verbündeten bei dem holländischen Volke alle Sympathien eingebüßt. Siehe: Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, III 347, 349.

[109]) A. a. O. d. d. 31. Oktober 1794.

[110]) Antwort des Königs auf die Eingabe der Mindenschen Stände vom 31. Oktober d. d. 7. November 1794. — Lehmann a. a. O., I 164.

[111]) Eingabe der märkischen Deputierten an den König d. d. Berlin, den 10. November 1794. Landtagsakten Nr. 328 sub. Lt. G.

die Feinde des Bestehenden — wenigstens glaubte man das — gegen Staat und Gesellschaft. Welch ein wirksameres Mittel, ihnen entgegenzuarbeiten, konnte es geben, als in gleicher Weise wie jene die revolutionär Gesinnten, nun auch alle die zusammenzuschließen, die gewillt waren, an der geschichtlich gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung festzuhalten.

So schlugen die beiden westfälischen Freiherrn denn nun der Berliner Regierung vor, eine Vereinigung der Grundeigentümer aller preußischen Provinzen vom größten bis zum kleinsten, „zur Erhaltung ihres Glaubens, ihres Königs und ihres Eigentums“ zu Stande zu bringen. Damit werde man den Volksverführern einen festen Damm entgegensetzen. Gift, schrieben sie, verlange Gegengift. Suche doch „der verruchte Franke alles, was sonst den Völkern heilig war, zu vernichten, überall Empörung und Mord anzustiften“. Vor allem aber sollte man das Volk durch geeignete Schriften über das Unheil der französischen Ideen aufklären. Man müsse „redlich gesinnte Gelehrte“ auffordern, derartige Schriften abzufassen, und diese dann billig verbreiten[112]).

Aber der König lehnte auch jetzt die Bewaffnung der Massen ab[113]). Man könne garnicht wissen, wie weit diese nicht schon angesteckt seien. Die Vereinigung der Grundeigentümer halte er für dienlich, wolle sie jedoch ihrem Ermessen überlassen. Dem Gedanken, das Volk aufzuklären, stimmte er dagegen bei. Er brachte eine Schrift des Professors Eberhardt über Freiheit und Gleichheit als hierzu geeignet in Vorschlag[114]).

Am 8. Novmber fand dann auch die feierliche Audienz statt[115]). Der König zeigte sich sehr gnädig. Vorläufig sagte er, sei die Stellung des Generals Clerfait so, daß die Mark nichts zu fürchten brauche. Er stellte die Ankunft Möllendorfs in baldige Aussicht und versicherte, daß er auch sonst an seine Westfalen denke und für sie sorge, wie er ihnen bei der jetzigen Teuerung ja schon Korn habe zukommen lassen. Nochmals wagte es von der Recke, das „armement en masse“ in Erinnerung zu bringen. Der König aber ging garnicht darauf ein. Er meinte, noch, mit dem Handel werde es wohl nicht gut gehen, doch das sei jetzt in der ganzen Welt nicht anders. Die Zeiten würden bald besser werden. „Er entließ uns, berichtet von der Recke, besonders gnädig, indem er sich verschiedentlich gegen uns neigte.“

Auf ihrer Rückreise hielten die Deputierten in Braunschweig noch eine Besprechung mit Herzog Karl Ferdinand, dem sie vorstellten, daß

---

112) A. a. O.

113) Antwort des Königs auf die Eingabe sub. Lt. G. St. A. M. Landtagsakten Nr. 328.

114) Gemeint ist wohl Johann August Eberhard, der 1778 bis zu seinem Tode 1808 Professor der Philosophie zu Halle war. Allg. d. Biogr. V 569 ff.

115) Bericht des Freiherrn von der Recke, a. a. O.

durch einen Rheinübergang der französischen Truppen auch seine Lage gefährdet werde. Hannover fanden sie in großer Aufregung. Eifrig betrieben die Behörden das Geschäft der Milizenaushebung. In Minden langten sie gerade rechtzeitig an, um an einer landständischen Deputationsversammlung[116]) teilzunehmen und über die geplante Vereinigung der Grundeigentümer zu berichten[117]). Die Stände beschlossen, nochmals um Truppensendung zu petitionieren. Man wollte alle Beamten, Prediger und Schullehrer ermahnen, daß sie auf das Volk in gutem Sinne einwirken möchten. Von einem zu Gera erschienenen „Freiheits- und Gleichheitsbüchlein" sollten hundert Exemplare aufgekauft und an die Prediger und Lehrer verteilt werden.

Am Freitag, den 28. November, war man wieder in Hamm. Am folgenden Tage berichteten die Abgesandten in einer ständischen Versammlung[118])über den Erfolg ihrer Reise. Der Landtag erließ darauf ein Dankschreiben an den König und beschloß, sich sofort mit dem Feldmarschall Grafen Möllendorf in Verbindung zu setzen. Dann beratschlagte man über die vorgeschlagene Vereinigung aller Grundbesitzer. Während die Ritterschaft zustimmte, waren die Städte um so entschiedener dagegen. Denn das heiße ja Zwist und Parteiung ins Volk tragen, wenn ein Teil als die besondere Stütze des Staates vereinigt werde, ein anderer aber nicht. Gerade von dem Bürger sei nicht das geringste zu befürchten. Zu einer Einigung kam man indessen nicht und setzte deshalb den Punkt aus. Es wurde auch später nichts mehr daraus.

Nachdem den Feinden noch im November die Festung Nimwegen in die Hände gefallen war, trat im Dezember ein Stillstand in den kriegerischen Operationen ein. Die Franzosen plünderten in dieser Zeit die Gebiete, die sie besetzt hielten, systematisch aus. Die Rotterdamer Zeitung hatte einen Beschluß des Wohlfahrtsausschusses veröffentlicht und die preußische Regierung ließ diesen übersetzen und verbreiten[119]). In der Tat, nichts konnte wirksamer von jeder Verbindung mit den Franzosen abschrecken. Arm und reich, alles mußte dort in gleicher Weise bluten. Die Franzosen hatten das folgende befohlen. Ueberall sollten den Reichen , der Ordensgeistlichkeit und den Rentnern, deren Einkommen 1000 Livres überstieg, eine Kontribution in der Höhe ihrer doppelten jährlichen Abgaben auferlegt werden, dann alle Kassen, Vorräte, Waffen, alles Eisen, die Pottasche auf den Märkten zu Brüssel, Brügge, Ostende und Gent, ein beliebtes Spekulationsobjekt der Kauf-

---

[116]) Aktum Minden d. 25. Nov. 1794. a. a. O.

[117]) Dieser Bund, erklärten sie hier, solle dazu dienen, eine „hinreichende Mannschaft aller Klassen der Grundbesitzer" zusammenzubringen, die dahin wirken solle, etwaige innere Unruhen und Empörungen zu verhindern oder zu unterdrücken und so den Rücken der kämpfenden Heere zu sichern.

[118]) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 330.

[119]) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 320.

leute, ferner alles Oel in den Magazinen, Flachs und Hanf, soweit man sie brauchte, beschlagnahmt werden. Die Befehlshaber der Truppen erhielten die Anweisung, alle Seide, alles Segeltuch, Leder, Wolle, Tuche zu sammeln und nach Frankreich zu senden. Alle Herrschaftspferde, alle Pferde der Bauern, die über vier Jahre alt wären, mit samt dem notwendigen Sattelzeug, seien fort zu nehmen. Die schönste Rasse solle sogleich nach den französischen Stütereien überführt werden. Ebenso seien unter Kühen, Schafen, Stieren und Böcken immer die besten auszuwählen, um sie nach Frankreich zu befördern. Alles sonst notwendige, Getreide, Mehl, Waren sei gegen bar, d. h. Assignaten zu kaufen.

Als dann im Januar die schützenden Ströme Waal und Rhein zugefroren waren, führte Pichegru den längst geplanten Schlag gegen Holland aus. In kurzer Zeit war das ganze Gebiet der sieben Provinzen in seiner Hand. Die englisch-hannoversche Armee zog sich nach Westfalen zurück[120]). Die münsterischen Grenzbezirke gerieten bereits in die Gewalt der Feinde. Der Abbé Baston erzählt, in welcher Angst man in Coesfeld schwebte, als die Feinde immer näher kamen, Bagage der retirierenden Truppen, Tote und Verwundete durch das Städtchen gebracht wurden und mitunter fernes Geschütz- und Gewehrfeuer vernehmlich wurde. Denn höchstens fünf oder sechs Meilen war der Feind noch entfernt[121]).

Während dieser Vorgänge trat am 16. Januar 1795 abermals der Landtag in Münster zusammen. Mit seiner Haltung war es jetzt völlig zu Ende. Niemand dachte mehr an Widerstand. Das Domkapitel beriet über seine Flucht, und die Städte mußten den Domherren erst ihre landständischen Pflichten wieder in Erinnerung bringen. So faßte man den Beschluß, durch eine Deputation mit dem feindlichen General über die notwendigen Lieferungen zu verhandeln[122]). Indessen erfolgte ein landesherrlicher Befehl, daß sämtliche Kassen außer Landes in Sicherheit zu bringen seien, um dem Feinde wenigstens alle irgend möglichen Hindernisse in der Beitreibung der Kontributionen zu bereiten.

Hiergegen erhoben nun die Städte Protest. Sie befürchteten wohl nicht mit Unrecht, daß zuletzt doch der Adel und die Behörden sich den Feinden entziehen und daß Bürger und Bauern allein der Willkür der republikanischen Truppen ausgesetzt sein würden. Wenigstens die Landeskasse, erklärten sie jetzt, müsse zurückbleiben. Ihr Inhalt sei ohnehin augenblicklich nur gering, und man dürfe die Feinde nicht ohne Not reizen[123]). Es dachte eben jetzt ein jeder nur noch daran, wie er selbst

---

[120]) Sybel, Geschichte des Revolutionszeitalters, III 348 ff.
[121]) Baston, II 227 ff.
[122]) Meyer zu Stieghorst, a. a. O. 45.
[123]) Ebd. 47 ff.

sich am besten bei dem nahenden Zusammenbruche aus der Affaire ziehen könne.

In dieser Zeit machte sich Westfalen zu der Aufnahme der vom Feldmarschall Grafen Möllendorf befehligten preußischen Armee bereit. Vor allem galt es, die Frage der Verpflegung zu ordnen. Steins Bemühungen gelang es, auch einen Teil des nichtpreußischen Westfalens, das Bistum Paderborn und Herzogtum Westfalen, zur Beteiligung an Lieferungen gegen ermäßigte Preise zu gewinnen[124]). Die märkische Ritterschaft verzichtete in diesem Falle auf ihr Privilegium der Steuerfreiheit und erklärte sich bereit, auch die Einquartierung mit zu übernehmen. Die adligen Häuser nahmen dabei den vierten Teil des Lieferungsquantums auf sich. Für die Durchführung im einzelnen teilte man alle Güter, ohne Rücksicht darauf, ob der Besitzer adligen oder bürgerlichen Standes war, nach ihrem Werte in fünf Klassen, deren jede einen entsprechenden Anteil zu liefern hatte[125]). So konnte man sich jetzt gesichert fühlen, denn zu der Tüchtigkeit des preußischen Heeres besaß das Volk noch immer ein unbegrenztes Vertrauen.

Zu Anfang April schloß Preußen in Basel seinen Frieden mit Frankreich[126]). Durch eine Demarkationslinie trennte es seine Interessensphäre von dem übrigen Deutschland. War dieses noch jahrelang von dem Lärm der Waffen erfüllt, so gab man sich nördlich jener Linie, die noch lange Zeit durch ein kriegsstarkes Armeekorps, das in Westfalen stehen blieb, gedeckt wurde, wieder in Ruhe den Arbeiten des Friedens hin, man pries die Weisheit einer Regierung, die in einer Zeit, da ganz Europa von den heftigsten Kämpfen zerrüttet wurde, ihrem Lande den Frieden zu erhalten verstand.

Blicken wir noch einmal zurück! Solange sie sich nicht selbst unmittelbar bedroht sahen, bezeigten die Stände von Münster und Paderborn nur eine geringe Anteilnahme an dem Kampfe, den das Reich soeben mit dem gefährlichen Feinde im Westen durchzukämpfen hatte. Stets trat bei ihnen das Bestreben zu Tage, keinen Sritt über die unbedingt notwendigen Leistungen hinaus zu gehen. Erst als die Gefahr sie selbst bedrängte, rafften sich in Münster die Privilegierten zu energischer Abwehr auf. Zu jedem Opfer waren sie jetzt bereit. Mit Aufbietung aller Kräfte, durch ein Massenaufgebot, wollten sie das Land verteidigen. Aber es muß doch fraglich erscheinen, ob eine solche Maßregel im Jahre 1794 in Westfalen den Erfolg gehabt hätte, den man davon erwartete. Denn wir bemerken, daß der Adel zu eben den Massen, die er bewaffnen wollte, doch wiederum kein Vertrauen besaß, daß er sie von revolutionären Gedanken angesteckt glaubte und scharfe polizeiliche Ueber-

---

124) Pertz I 146. — Lehmann I 166.
125) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 338.
126) Sybel a. a. O., III 363.

wachung des Volkes verlangte. Andererseits mochte sich unter dem Volke leicht die Ansicht verbreiten, daß es nur dazu helfen solle, den Aristokraten ihre Vorrechte zu retten, die ihnen die Franzosen genommen haben würden[127]). Wie hätte bei solchem gegenseitigen Mißtrauen etwas ersprießliches zu Stande kommen können[128])?

Nicht viel anders lagen im Grunde die Dinge auch in dem preußischen Westfalen. Das Volk war gewöhnt, in allen Dingen von seiner Regierung bevormundet zu werden, und diese wiederum wünschte vor allem immer ihre Autorität zu wahren. Der Grundsatz, alles für, aber nichts durch das Volk, hatte noch unbedingte Geltung. Deshalb wurden die Beamten mit Nachdruck von oben an ihre Pflicht erinnert, selbst in der Gefahr auf ihrem Posten zu bleiben, die ihrer Obhut anvertrauten Untertanen nach Möglichkeit vor feindlichen Gewalttätigkeiten zu schützen. Ordnung und Ruhe zu bewahren, war der oberste Grundsatz, selbst wenn sie den Feinden zu gute kommen mußten. So vorteilhaft das Verhalten der preußischen Beamten sich darstellte, verglichen mit der feigen Hast, mit der in den rheinischen Kleinstaaten die herrschende Clique bei der Annäherung der Feinde sich persönlich in Sicherheit brachte[129]), ebenso sehr war es vom nationalen Standpunkt aus zu verurteilen. Denn vor allem verschaffte man doch derart dem Gegner die Mittel, selbst fern von seiner Operationsbasis in Feindesland den Kampf rasch und leicht fortzusetzen.

Die Tätigkeit nun, die die märkischen Stände in diesen aufregenden Jahren entfaltet hatten, zeigte ihre preußisch-patriotische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben. Die Pflichttreue, die König und Beamte erfüllte, war gewissermaßen auch in das Volk übergegangen. Wenn der König und seine braven Soldaten für uns im Felde stehen, so sagten die Märker, dann ist es auch unsere Schuldigkeit, durch außerordentliche Kriegsbeisteuern ihm, so viel wir es vermögen, zu helfen. Eine feindselige Gesinnung der unteren gegen die oberen Stände ist nicht zu erkennen. Dagegen zeigte der Adel — so scheint es — eine gewisse Besorgnis vor dem Bürgertum. Denn nur die Landwirte gedachte er in einem großen Bunde gegen den Umsturz zu vereinigen. Andererseits ersehen wir aus der Bittschrift der Stadt Iserlohn, daß in weiten Kreisen des Bürgertums die Vorstellung, daß der Krieg die Sache der Fürsten, nicht der Völker sei, noch fest haftete, daß viele noch dem Grundsatze Friedrichs II. anhingen, daß der ruhige Bürger es überhaupt nicht merken dürfe, wenn die Nation sich schlage. König Friedrich Wilhelm II. handelte somit wahrscheinlich richtig, wenn er die Bewaffnung der Massen ver-

---

[127]) Dies hielten auch im Landtage die Städte den Vorderständen vor. Siehe unten Seite 46.

[128]) Ebenso urteilt Heigel über die Volksbewaffnung in Süddeutschland, II 131.

[129]) Sybel a. a. O., I577. — Heigel II 56 ff.

warf, obgleich seine Befürchtungen, daß die Westfalen bereits revolutionär angesteckt seien, sicher unbegründet waren. Auch für Preußen war die Zeit für eine Volkserhebung damals noch nicht reif.

Andererseits müssen aber doch die jüngsten Vorgänge gegen früher die Anteilnahme des Volkes an seinen Geschicken bedeutend gesteigert haben. Der Plan, eine Vereinigung aller Grundbesitzer in einem „großen antirevolutionären Bunde"[130]) herbeizuführen, beweist doch, daß man es sich zutraute, auch ohne die Regierung etwas zu Stande zu bringen, für die Erhaltung des Staates zu wirken, daß man an dem inneren Staatsleben Anteil nahm und dies auch gewissermaßen förmlich anerkannt sehen wollte. Wäre der Gedanke ausgeführt worden, er hätte doch so etwas, wie die Gründung einer konservativen Partei bedeutet. Auch war das Selbstbewußtsein der Stände, das schon bei dem letzten Thronwechsel zum Ausdruck gekommen war, gewiß durch ihre große Tätigkeit in den drei vergangenen Kriegsjahren stark gewachsen. Nicht allein der landtagsfähige Adel, auch die märkischen Städte erschienen fast stets vollzählig auf den Landtagen, vor allem nahm die Stadt Iserlohn, die die Wünsche des Industriebezirks vertreten mußte, immer an den Verhandlungen teil. Man darf also annehmen, daß die Grundstimmung der öffentlichen Meinung der märkischen Bevölkerung in den Landtagsverhandlungen dieser Zeit ihren wahren Ausdruck fand. Diese war: Man wünschte, daß die Regierung vor allem für Ruhe und Frieden sorge. Den französischen Republikanern war man zwar gänzlich abgeneigt, verurteilte aber jede Einmischung in die Angelegenheiten des fremden Staates.

Viertes Kapitel.

Stellungnahme der öffentlichen Meinung zu Frankreich in den Jahren nach dem Frieden zu Basel.

Elf Jahre lang konnte sich Westfalen jetzt nochmals eines ruhigen, ungestörten Friedens erfreuen. Nur das südliche Ruhrufer stand den Durchzügen der kriegführenden Mächte, soweit es nicht preußischer Besitz war, offen. Der kölnische Rat Tilmann von Pelzer, der mit seiner Regierung nach Arnsberg hatte flüchten müssen, schilderte in Briefen an seine in Bonn zurückgebliebene Gattin das Treiben an der Demarkationslinie, wie man von Arnsberg aus drüben auf der andern Ruhrseite oft französische Truppen sehen konnte, wie das Sauerland von diesen gebrandschatzt wurde, die Arnsberger dagegen unter dem Schutze eines starken Kommandos preußischer Truppen eine behagliche Sicherheit emp-

[130]) Lehmann a. a. O. I 174.

fanden[131]). Freilich, so recht froh konnte man des Friedens doch nicht werden. Der Handel und die Industrie erholten sich noch lange Zeit nicht. Die alten Absatzgebiete, Brabant, Frankreich, selbst Spanien, waren und blieben verloren. Der inländische Markt war noch nicht aufnahmefähig genug. Ein allgemeiner Zusammenbruch schien fast unabwendbar[132]).

Fassen wir nun zunächst ins Auge, welche Stellung die öffentliche Meinung in Westfalen fortan, mit der Entwicklung der politischen Ereignisse, zu den kämpfenden Mächten, vor allem zu Frankreich, gewann.

Mochten früher Sympathien für die Franzosen vorhanden gewesen sein, so waren sie unter dem Eindruck der Weltereignisse, der Leiden Deutschlands in diesen Jahren[133]), sicher verschwunden. Seit dem Jahre 1798 trat dann unverhüllte Feindschaft gegen Frankreich hervor. Der „Westfälische Anzeiger" verspottete[134]) geradezu die Republik. „Der neue Kalender, schrieb er, muß den Franzosen noch nicht behagen. Denn der Rat der Fünfhundert hat noch viel zu tun, um ihm Ansehen zu verschaffen. Vermutlich gibt es noch viele, die mehr Erbauung finden, wenn sie am Feste der Geburt und Auferstehung Christi in der Kirche ihre Herzen zu Gott erheben, als wenn sie am Fest der zerstörten Bastille, oder des ermordeten Robespierre den Kanonendonner hören und Ballons in die Luft steigen sehen. . . . Um das Christentum noch mehr zu verdrängen, ist der Vorschlag gemacht worden, jeder Bürger in dem Lande der Freiheit zu zwingen, den Sonntag zu arbeiten und nur die Dekadi zu feiern, ob man gleich in despotischen Monarchien den Juden ungehindert am Sabbate ruhen läßt"[135]). Jene gepriesene Freiheit, das war die Ansicht Arnold Mallinkrodts bedeutete eben in Wirklichkeit einen ärgeren Zwang, als er jemals im alten Europa ausgeübt wurde. Nur daß dabei alle staatliche Ordnung verloren ging. Die „freien Bürger in Frankreich", berichtete er, seien „nicht eben eilig in Entrichtung ihrer Abgaben". Allein die Stadt Paris sei noch mit 27 Millionen Steuern im Rückstande[136]). Nur zu gerne nahm Mallinkrodt die Angriffe auf, die man in Paris gegen die Direktorialregierung richtete. Despotismus und Ungerechtigkeit warf er

[131]) Hüffer, Rheinisch-Westfälische Zustände z. Z. der französischen Revolution. Briefe des Kurkölnischen Geh. Rats Johann Tillmann von Pelzer aus den Jahren1795—1798, S. 63, 98, 101.

[132]) Lehmann, Freiherr vom Stein I 183.

[133]) Ludwig Häusser a. a. O. II 40, 78 ff.

[134]) Die politischen Berichte, die der W. A. in diesen Jahren brachte, sind nur äußerlich objektiv, indem Mallinkrodt es vermied, seine persönliche Meinung hervorzukehren. Indessen läßt sich doch daraus, was er erzählt, wie er es erzählt, was er nicht erzählt, fast stets die Stellungnahme des Verfassers erkennen. Das ist um so mehr der Fall, als Mallinkrodt selbst erklärt (Jahrgang 1799, S. 832), daß diese Berichte besonders sorgfältig zusammengestellt, sowie großer Wert auf die Form der Darstellung gelegt würde.

[135]) „Westfälischer Anzeiger" Jahrgang 1798 d. 14. August, S. 193.

[136]) „Westfälischer Anzeiger" Jahrgang 1798 d. 24. August, S. 241.

dem Direktorium vor. Jene Regierung, schrieb er, werde in Paris „ein infames Triumvirat genannt. Von Merlin sage man, „daß er sich zum Schreiber eines Prokurators besser schicke, als zum Direktor des französischen Volkes, und von Lareveillere, daß ihm der Fanatismus den Kopf verrückt habe". „In einem solchen Lichte, ruft er aus, werden nun von den Franzosen selbst die Männer dargestellt, welche Freiheit, Menschenrechte, Glückseligkeit auf Erden verbreiten und die Tyrannen der Monarchen bekriegen wollen"[137]. „Wie die Regierung in dem freien Frankreich bisher beschaffen gewesen, berichtet der Anzeiger im Jahre 1799[138], mag uns nicht ein Deutscher, sondern der Bürger François in seinem Berichte sagen, den er im Namen der gegen die Direktoren niedergesetzten Kommission abgestattet hat: Bisher herrschte weder politische noch bürgerliche oder religiöse Freiheit. Es war den Bürgern nicht erlaubt, ihre Gesetze zu beurteilen. Die Journale waren der Fortpflanzung schändlicher Irrtümer gewidmet und sollten die Aufmerksamkeit von den Entwürfen der Tyrannen ablenken. Man wollte eine neue Religionssekte[139]) stiften, deren souveräner Papst[140]) im Direktorium saß. Die religiöse Freiheit wurde dieser unduldsamen Sekte aufgeopfert. Es wurden Spione unter den Repräsentanten der Nation bezahlt, . . . die Gerechtigkeit wurde den Meistbietenden verkauft." Die Gewalttätigkeit und Anmaßung, mit der die französischen Gesandten in Rastatt dem Reiche gegenüber auftraten, wurde auch in Westfalen bitter empfunden. Die letzte französische Note, berichtete der Anzeiger am 17. Juli 1798*), habe zu Rastatt allgemeines Mißvergnügen erregt", besonders auch wegen des Tons, der in einigen Stellen herrschte." Es sei beschlossen, dem Reichstage davon Mitteilung zu machen . Einige Wochen später brachte er die Nachricht, daß die Franzosen den Friedensverhandlungen zum Trotz damit beschäftigt seien, der Stadt Kehl gegenüber größere Truppenmassen in einem Lager zusammenzuziehen. Die Reichsdeputation wolle dagegen Vorstellungen erheben. „Zwischen Vorstellungen und Waffen aber, so schrieb die Zeitung, ist der Kampf zu ungleich**). Bei dem kecken und herausfordernden Ton, den der siegreiche Feind anschlagen durfte, prägte sich selbst in Westfalen, das zunächst nicht dadurch betroffen wurde, ein Bewußtsein von der Ohnmacht des Reiches und der Schande des deutschen Volkes den Gemütern ein.

Unter dem Eindruck einer solchen Lage Deutschlands konnte man den abermaligen Ausbruch des Kampfes gegen Frankreich im Dezember 1798 nur begrüßen. Bald konnten die Zeitungen von Siegen der Ver-

---

[137]) „Westfälischer Anzeiger" Jahrgang 1798, S. 839 ff.
[138]) S. 857.
[139]) Die Theophilanthropisten.
[140]) Lareveillere. Vgl. Sybel a. a. IV 388.
*) S. 65.
**) S. 177.

bündeten auf der ganzen Linie berichten. Man hörte, der Kaiser habe von den Reichsständen das fünffache Kontingent und neue Römermonate gefordert, denn tatsächlich bestehe abermals der Krieg auch gegen Deutschland. Noch immer aber gelte es, „für Unverletzbarkeit der teuersten Friedensverträge, für Religion, Eigentum und Handhabung der bürgerlichen Ordnung, für die Ehre, Würde und Selbständigkeit des deutschen Reiches zu kämpfen."

Manch kleiner, für den Gang der kriegerischen und politischen Ereignisse völlig bedeutungsloser Zug, der mitgeteilt wurde, zeigt uns, welche Anteilnahme man in Westfalen allgemein Oesterreich jetzt entgegenbrachte, wie man Oesterreichs Sache fast als die eigene betrachtete. Wir haben auch die Empfindung, daß das deutsche Nationalgefühl bereits stark gewachsen war, und daß man zwar noch unklar, doch die Größe der Gefahr, die in Frankreichs Uebermacht lag, ahnte.

So erzählte der „Westfälische Anzeiger"[141]), daß die arme Gemeinde Wildenhaus zu der Beisteuer, die der Abt von St. Gallen für die verwundeten kaiserlichen Soldaten zusammenbrachte, auch ihr Scherflein, ganze 30 Gulden und 15 Kreuzer, beigetragen habe. Dabei wurde auch das rührende naive Schreiben mitgeteilt, das der Gabe beigelegen hatte. „Siegreiche, kaiserliche Krieger, hieß es darin, Retter und Freunde! Hier übersenden wir Euch einen kleinen Beweis unseres fühlenden Mitleids. Gern würden wir mehr geben, wenn uns unsere Unvermögenheit nicht daran hinderte. Wir vernehmen, daß ihr auch für unsere Religion, und für unsere teuerste Religion streitet und euer Blut vergießt . . . . Diese Gabe kommt von einer kleinen katholischen Gemeinde, die über eure Ankunft Freudentränen vergossen hat und niemals aufhören wird, dankbare Gesinnungen gegen euch zu hegen."

Zur Wende des Jahrhunderts legte dann der Anzeiger seinen Lesern nochmals die Kämpfe und Ereignisse des letzten gewaltigen Krieges, der freilich noch keineswegs beendigt worden war, in einem großen Ueberblick dar. „Frankreich, schrieb er[142]), hat die große Wahrheit gelernt, daß es nicht im Stande sei, wie es im Taumel des ersten Glückes wähnte, alle Könige von ihrem Throne zu stoßen, alle Länder zu republikanisieren, durch seine Heere zu erschöpfen, durch seine Agenten zu plündern und durch seine Begriffe von Freiheit und Gleichheit zu verwirren. . . . . Seine Feldherren Bonaparte, Moreau, Macdonald, Jourdan, Joubert, Championnet und Massena mußten ihre Gegner Sidney Smith, Kray, Souverow, Melas und den Erzherzog Karl für ihre Sieger anerkennen. In dem mit Strömen von Blut eroberten

[141]) Jahrgang 1799, S. 955,ff.

[142]) Jahrgang 1800, S. 14 ff: „Blick auf die merkwürdigen Begebenheiten des vorigen Jahres."

Italien verlor es mit neuen Strömen von Blut eine Schlacht und eine Festung nach der andern, . . . daß ihm nichts übrig blieb, als Genua. Die von ihm gestifteten Republiken, die parthenopeische, die römische, die cisalpinische verblichen wie Ephemera und die ligurische kämpft gegenwärtig den Todeskampf, wenn sie nicht schon ihren Schwestern im Tode gefolgt ist." Weiter werden die Schicksale des französischen Heeres in Aegypten geschildert. Auch dieses erlitt vor. St. Jean d'Acre eine schwere Niederlage, die allen Entwürfen auf Konstantinopel oder gar Indien ein Ende machte. Unter solchen Umständen „schlich sich der Anführer heimlich davon, wurde in Frankreich mit unbeschreiblicher Freude aufgenommen und zum obersten Konsul mit fast königlicher Gewalt gemacht." Der Verfasser kommt danach auf die inneren Verhältnisse der französischen Republik zu sprechen. Sie sei wieder mit ihrer Verfassung nicht zufrieden gewesen. Innerhalb eines einzigen Jahres habe sie zwei Umwälzungen erlebt, zweimal sich eine neue Konstitution gegeben. Jedesmal, schreibt er, beschuldigten die Machthaber die vorigen der größten Verbrechen und der abscheulichsten Grundsätze, wodurch sie Frankreich und andere Länder in den Abgrund gestürzt hätten. Jetzt haben die Bürger dieses entkräfteten und ermüdeten Landes nur einen Wunsch: Friede."

Die Kritik hüllt sich hier noch in ein objektives Gewand. Dagegen brach in zwei, von Johann Kaspar Lavater und W. Aschenberg verfaßten Artikeln, die der „Westfälische Anzeiger" im Mai 1800 brachte[143]), der Haß gegen die Franzosen unverhüllt hervor. Diese beiden Männer baten hier, man möge auch in Westfalen dem vom Kriege so hart heimgesuchten schweizerischen „Brudervolk" helfend beistehen. „Wehe denen, schrieben sie, welche auf eine so unerhörte Weise das Glück des edelsten Volkes mordeten. Und ewige Schande den Entarteten aus diesem Volke selbst, welche den Pentarchen Frankreichs die Hände boten, um . . . . an der ekelhaften Republikenbäckerei zu helfen. Verfassungen wurden zerstört, in denen die Freiheit ihren Thron gehabt hatte, als die sogenannte große Nation noch vor ihren Königen kroch, Verfassungen, von denen Friedrich der Große . . . mehrere als echte politische Meisterstücke pries." „In Oesterreichs Kranz, schrieb Aschenberg[144]), bleibt es ewig eines der schönsten Blätter, daß es unverwandt auf die Freiheit, auf die Wiederherstellung der alten Schweizer Verfassung andringt. Wer Mensch, und zumal, wer Deutscher ist, muß das fühlen." Mit dem Falle der Schweiz, so sagt er, sei auch die Freiheit Europas dahin. „Daß du hülflos sankst, du edelste der Nationen, war das lauteste Zeugnis der allgemeinen Schmach . . . . Wenn sich keine mächtige Stimme erhebt gegen die schamlose Wut deiner Dränger . . ., so ist die letzte Stütze

[143]) S. 561 ff.
[144]) S. 568 ff.

der Nationalkräfte, die öffentliche Meinung, zertrümmert, und zugleich mit dem schon zertretenen Gefühl für Recht und Unrecht vernichtet"[145].

Ein schärferer Ton, wie er hier angeschlagen wurde, war schon kaum möglich. Der Haß und die Erbitterung über die rücksichtslosen Uebergriffe Frankreichs war auch in Westfalen beständig im Steigen begriffen.

Auch in Preußen gewann in diesen Jahren eine Auffassung an Boden, die die Neutralitätspolitik verwarf. Bei Beginn des zweiten Koalitionskrieges hatte selbst Hangwitz den Standpunkt vertreten, daß Preußen aus seiner Zurückhaltung heraustreten und sich an dem Kampfe beteiligen müsse. Unter den Offizieren und Beamten bildete sich jetzt eine „Patriotenpartei", die in Frankreich den allgemeinen Feind haßte und den Augenblick herbeisehnte, mit diesem Gegner die Waffen zu kreuzen. Männer wie Stein und Blücher[146]), die damals in Westfalen wirkten, zählten zu ihr. Auch Justus Gruner, der in Osnabrück viel mit den preußischen Beamten und Offizieren während der Okkupation des Stiftes verkehrte[147]), zeigt ganz die Anschauungen dieser Kreise. „Wer noch nicht aus deutschem Sinne und Vaterlandsliebe gegen die Unterdrücker eines Teiles seiner Landsleute voll tiefen Mißmuts entbrannte, so schrieb er, wen noch immer das längst entwichene Idol der Freiheitsgöttin vom Jahre 1789 blendet und mit Vorliebe für ihr System erhält, der komme in die von den Franzosen okkupierten Rheinlande und sehe dort ihre Staatsverwaltung. Wahrlich, man begreift kaum, wie

---

[145]) Wir müssen es bedauern, daß seit Anfang des Jahres 1800 der W. A. seine Berichte über die politischen Ereignisse einstellte. Etwas Bestimmtes über die Gründe, die ihn dazu veranlaßten, wissen wir nicht, doch ist die Vermutung wahrscheinlich zutreffend, daß der Rat der Stadt Dortmund nicht wünschte, daß die Zeitung Nachrichten über die Verhandlungen der Reichsdeputation mitteilt, in denen in dieser Zeit gerade das Schicksal der Reichsstädte entschieden wurde. (Siehe Becker, Die Anfänge der Tagespresse zu Dortmund. Dortmunder Beiträge XXI 44 ff.) Eine bedeutendere Zeitung, die in politischen Dingen eine eigene Meinung gehabt hätte, gab es in der Folgezeit in Westfalen nicht mehr. Zwar tauchten hie und da kleinere Unternehmungen auf, die Blätter scheinen jedoch größtenteils verloren zu sein. Einen eigenen Wert würden sie auch kaum besitzen, da sie sich darauf beschränkten, die Meldungen der größeren Blätter einfach abzudrucken (d'Ester, 205 ff). Wer damals Interesse an den Weltereignissen nahm und die Mittel hatte, der hielt sich eine auswärtige Zeitung. Berghaus erzählt (II 89 ff), daß in seinem elterlichen Hause regelmäßig der Harlemer Courant, der Hamburgische Unparteiische Correspondent (ihn las auch Graf Stolberg. Janssen II 267) und die von Archenholz dirigierte Minerva gelesen wurden. Der Harlemer Courant war schwerlich sehr verbreitet, da er nur für den Wert hatte, der die holländische Sprache verstand. Das war bei Berghaus Familie, wie wohl überhaupt den Klevern, der Fall, sonst aber schwerlich häufig in Westfalen. Der Gebildete lernte doch vor allem Französisch. So hielten später in französischer Zeit viele das Journal de l'empire oder den Pariser Moniteur (Berghaus II 132 ff.).

[146]) W. von Unger, Blücher I 250. — Allg. d. Biogr. II 729.

[147]) Allg. d. Biogr. X 43.

die herrlichsten Grundsätze so entstellt werden, wie ein rechtliches System eine solche, höchst widerrechtliche Regierung erzeugen konnte, unter der weder öffentliches, noch Privateigentum geschützt wird." Nirgendwo sei die Rechtspflege schlechter, als in dem jenseitigen Herzogtum Kleve. Durch Bestechung lasse sich dort alles erreichen. „Geld, sagt er, gibt Recht und Ehre — bedarf kein Republikaner dieses einen und unteilbaren Freistaates"[148]). Um in Wahrheit „Bürger der großen Nation" zu werden, müßten die Bewohner dieses Landes erst ihren „deutschen Sinn und Geist" ablegen. Doch Gruner verzweifelte selbst jetzt noch nicht, sie dem deutschen Vaterlande zu erhalten. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung: „Oder willst du sie, Genius des Vaterlandes, ein treues, fleißiges Volk den Deinen schützend und segnend erhalten"[149])? Diese Worte Gruners werden verständlich, wenn man sie als einen Hinweis auf einen Krieg und die Niederwerfung der französischen Macht durch Preußen versteht.

Der unerwartete Ausgang des zweiten Koalitionskrieges, die Herstellung der bürgerlichen Ruhe und Ordnung in Frankreich zogen naturgemäß aller Augen auf den einen Mann, der dies alles so überraschend ausgeführt hatte. Die Person Napoleons stand fortan im Vordergrund des Interesses, und alle Liebe und aller Haß, die man bisher dem französischen Volke und seinen Grundsätzen entgegengebracht hatte, vereinigten sich bald auf ihn.

Im Herbst des Jahres 1800, als die Siege Bonapartes die Weltlage umgestaltet hatten, brachte der Westfälische Anzeiger seinen Lesern zum ersten Male eine genauere Schilderung jenes außerordentlichen Mannes, die er dem Buche eines Karl August Schiller, das in Wien erschienen war[150]), entnahm. Das Aeußere wie auch der Charakter Napoleons werden sympathisch dargestellt. Gerühmt wird seine Einfachheit, sein freies, offenes Wesen. Stolz und Hochmut seien ihm fremd. Mit Bewunderung spricht der Verfasser von Napoleons Feldherrngenie, das er „im höchsten Grade" besitze, sodaß er selbst „mehr als einmal davon überrascht" worden sei. Als Politiker sei er ein „überzeugter Anhänger der Demokratie", doch „sehr abgeneigt, sie durch grausame Mittel emporzubringen". Im Felde zeige er sich „unerschrocken und kaltblütig in Gefahren, entschlossen in bedenklichen Fällen, ausharend bei entgegengesetzten Hindernissen, kühn im Entwurfe seiner Pläne und gegenwärtig, wo seine Gegenwart notwendig sei." Seine Soldaten bräch-

[148]) Gruner II 224.

[149]) Ebd. 229.

[150]) Galerie interessanter Personen, oder Schilderung des Lebens und Charakters berühmter und berüchtigter Menschen der älteren und neueren Zeit. Herausgegeben von Karl August Schiller, I. Band. 3. Auflage. Wien bei Doll. (Nach der Angabe des „Westfälischen Anzeigers".)

ten ihm eine solche Zuneigung und Liebe entgegen, daß sie selbst „zehnfachen Tod nicht scheuten"[151]).

Aschenberg sprach es in derselben Schrift, in der er die heftigsten Angriffe gegen die Franzosen richtete, aus, daß man auf Napoleons Wirksamkeit die größten Hoffnungen setzte. „Vielleicht, sagt er, beweiset Bonaparte, von dem man mit Recht so viel erwartet, weil er schon so manches geleistet hat, daß er ein wirklich großer Mann sei. Gibt er Helvetien seine Freiheit und seine Rechte wieder, so bringt ihm dies mehr Ehre, als wenn er in zwanzig Feldschlachten siegte und Eroberer einer halben Welt würde[152]).

Was die Gestalt des Korsen, zumal den katholischen Westfalen in dieser Zeit besonders sympathisch machte, war sein Verhältnis zu der katholischen Kirche. Denn am abschreckensten hatte auf das immer noch gläubige[153]) westfälische Volk doch der wütende Haß gewirkt, mit dem die Revolutionsmänner Religion und Kirche verfolgt hatten. Welche Schicksale waren nicht in den vergangenen Jahren den ehrwürdigen Kirchen und Domen der rheinischen Bischofsstädte widerfahren? Jetzt wurde das alles plötzlich wieder gänzlich anders. Die heiligen Stätten wurden, neu geweiht, ihrer alten Bestimmung zurückgegeben. Damals lasen die Münsterer Bürger in ihrem Wochenblatte[154]), wie in Köln am Feste des hl. Franz Xaver seit langem zum ersten Male wieder Gottesdienst in der ehemaligen Jesuitenkirche gehalten wurde, die man vollständig wiederhergestellt und zum Teil mit dem alten Schmuck wieder ausgestattet hatte, kostbaren Silberwerken, die einst bei der Versteigerung von vornehmen Kaufleuten erstanden und sorgfältig aufbewahrt worden waren. Schon seit 4 Uhr morgens, berichtete die Zeitung, strömte das Volk herbei. An allen Altären wurde die Messe gelesen, der Abt von Brauweiler hielt das Hochamt „in pontificalibus". Des Nachmittags predigte der ehemalige „Regens des Exjesuitengymnasiums", Eximius Dr. Karrig, über den Spruch: Der Herr hat seine Zelte geheiliget, kommet hinein und betet ihn an! Vor zwei Monaten, sagte er, habe noch niemand an eine solche Feier, wie sie gegenwärtig gehalten werde, auch nur denken können. „Er huldigte, so heißt es, dem Helden und Christen Bonaparte für seine Unterhandlungen mit dem Papste zum Besten der Religion und vertröstete die versammelten andächtigen Kölner mit Eröffnung noch besserer Aussichten für die Zukunft." „Alles war zur frommen Andacht gestimmt, so schließt der Bericht, und verließ den Tempel, segnend den ersten Konsul, als Wiederhersteller der Religion."

---

151) „Westfälischer Anzeiger" Jahrgang 1800 (d. 31. Oktober), S. 1391 ff.

152) „Westfälischer Anzeiger" Jahrgang 1800, S. 568.

153) Vgl. auch Heigel a. a. O. I 321.

154) Münsterisches Gemeinnütziges Wochenblatt 18. Jahrgang, I. und IV. Stück. Unterzeichnet: „Von einem Augenzeugen."

Fünftes Kapitel.

Wirkungen der revolutionären französischen Ideen. — Bestrebungen und Gegenbestrebungen.

Das gewalttätige Vorgehen der französischen Heere, die Ausplünderung der deutschen Länder, die in schneidendem Gegensatze zu den Phrasen von Volksbeglückung stand, mit denen sie noch beständig Anhänger zu werben suchten, hatte das noch schlummernde Nationalgefühl der Deutschen geweckt, den alten Haß der beiden Völker von neuem belebt. Dessen ungeachtet wirkten die auf die Lehre des Naturrechts begründeten Ideen der Franzosen von Staat und Gesellschaft, die schon in vorrevolutionärer Zeit in Deutschland mit großer Begeisterung aufgenommen worden waren, in dieser Periode im Innern weiter fort, ja sie führten jetzt auch in diesem Lande zu Angriffen des dritten Standes auf die Privilegierten. Wir sahen, wie in den 70er und 80er Jahren des 18. Jahrhunderts eine, damals noch gänzlich harmlose, Freiheitsschwärmerei die Gemüter erfüllte. Kaum aber empfing man in Deutschland die Nachrichten von der Verwirklichung der Freiheits- und Gleichheitsgedanken in Frankreich, als zunächst in den Staaten an der deutschen Westgrenze eine Agitation einsetzte, die auch hier die alten Zustände, die man jetzt als unnatürlich empfand, beseitigen, allen gleiche Rechte und Pflichten verleihen wollte. So kam es z. B. in der Frage der Besteuerung der Privilegierten schon 1790 im Kurkölnischen Landtage zu heftigen Kämpfen[155]).

Westfalen blieb in dieser Zeit noch völlig ruhig. Es fehlte hier zunächst wohl die Gelegenheit, Reformideen praktisch geltend zu machen. Diese bot sich aber schon im Jahre 1793, als nämlich die westfälischen Staaten die außerordentlichen Mittel für den Reichskrieg aufzubringen hatten. In Münster, wie in Paderborn, verfochten jetzt die Vertreter des „dritten Standes" die Interessen der „schatzpflichtigen" Bürger und Bauern gegen den von jeder Steuerpflicht befreiten Adel und Klerus. Sie gingen zwar nicht gerade darauf aus, die Grundsätze von der natürlichen Gleichheit aller Staatsbürger, von deren Wahrheit sie, wie es scheint, innerlich völlig überzeugt waren, förmlich zur Anerkennung zu bringen. — Das hätte nicht mehr und nicht weniger als die Revolution bedeutet. — Sie bemühten sich aber, wenigstens das Prinzip durchzusetzen ,daß alle außerordentlichen Lasten allein von den Privilegierten zu tragen seien, in der Weise, daß nur diese in solchen Fällen besonders besteuert, die Lasten der Bauern und Bürger nicht erhöht werden dürften.

So brachten die Vertreter der Städte auf dem münsterischen Landtage des Jahres 1793 die von dem Domkapitel geplante allgemeine Kopf-

[155]) Essers, Zur Geschichte der Kurkölnischen Landtage im Zeitalter der französischen Revolution. In den geschichtlichen Untersuchungen von Karl Lamprecht. V, 4 S. 38 ff.

schatzung zur Beschaffung der vom Reiche verlangten 30 Römermonate zu Fall. Sie setzten ihre Forderung, daß die Schatzpflichtigen nur zwei Drittel, dagegen die Befreiten ein Drittel der notwendigen Summe beizutragen hätten, gegen den Widerstand der Vorderstände durch. Da aber der Anteil der Steuerpflichtigen aus den Ueberschüssen der Pfennigkammer gewonnen werden, nur Adel und Geistlichkeit besonders besteuert werden sollten, so bedeutete die Annahme des städtischen Antrages doch in der Tat die Abwälzung der außerordentlichen Last auf die Privilegierten. Kein Wunder, daß diese sich auf das heftigste dagegen sträubten, und nur die Furcht vor einem Ausbruche der Volkswut ihren Widerstand überwand[156]).

Auch im folgenden Jahre behielten die Städte die Oberhand. Der Beschluß der Vorderstände, zur Deckung der Unkosten, die der Krieg auch weiterhin dem Lande verursachte, auf Landeskredit eine Anleihe, die aus der Landeskasse verzinst und zurückgezahlt werden sollte, aufzunehmen, scheiterte, da die Städte seine Anerkennung verweigerten. Auch diesmal mußten sich die Befreiten zur Uebernahme eines Drittels verstehen. Als bald darauf eine neue Kriegssteuer, nunmehr 50 Römermonate, gefordert wurden, erreichten die Vertreter der Städte abermals die Erhebung der Steuer nach Ständen nach der bereits zweimal angewandten Weise. Die befreiten Personen wurden mit einer „Kopfsteuer", und außerdem die befreiten Gründe nach einer bestimmten Taxe mit einer „Realsteuer" beschwert. Alle Versuche von Männern wie Fürstenberg und Graf Merveldt, eine gleichmäßige Besteuerung aller Untertanen des Staates herbeizuführen, waren vergebens[157]).

Ihren Höhepunkt erreichten die Gegensätze in Münster, als im Jahre 1795 die Stände den Entschluß faßten, zur Bestreitung aller Kriegskosten einen „Tilgungsfonds" anzulegen. Die Vertreter der Städte es waren die Bürgermeister Wemhoff und Detten — erklärten mit allem nur möglichen Nachdruck, daß „nach der in bürgerlichen sowohl als Natur- und Staatsrechten begründeten allgemeinen Regel alle diejenigen, welche einem Staate oder Lande angehören und den Schutz desselben genießen", auch verpflichtet seien, „allen Schaden und Nachteil davon abzuwenden, mithin zu desfalls erforderlichen Kostenaufwand Beitrag zu tun." „Dieses, sagten sie, sind wesentliche Pflichten derselben, ohne welche ein Staat nicht bestehen kann. Die Befreiung von solchem Beitrag, welche einer sicheren Klasse, oder sicheren Individuen der Landesbewohner zugestanden worden, ist nur als Ausnahme von obiger Regel anzusehen." Eine solche Ausnahme könne aber nur in gewöhnlichen Zeiten Geltung haben, nur „die Befreiung von den ordentlichen Abgaben" in sich schließen, niemals aber in außerordentlichen Fällen, wenn es sich z. B. um die

---

[156]) Meyer zu Stieghorst a. a. 58 ff.
[157]) Ebd. 61 ff.

Landesverteidigung handele, zugelassen werden. Nicht „freiwillig" seien daher die Beiträge der Privilegierten, sondern ihre Schuldigkeit. Zumal in den gegenwärtigen Zeiten seien Adel und Klerus von Rechts wegen gezwungen, zu allen Kosten des Reichskrieges ausnahmslos beizutragen, denn gerade sie seien es, in deren Interesse dieser Krieg geführt werde, ihre Vorrechte und Privilegien gelte es aufrecht zu erhalten gegenüber „den Freiheits- und Gleichheitsgrundsätzen der Neufranken". Wenn die Privilegierten wie früher auch dieses Mal ein Drittel beitrügen, so werde sie das keineswegs besonders hart treffen, da nach dem Maßstabe des tatsächlichen Besitzes ihnen eher mehr zufalle. Sogar vor versteckten Drohungen scheute man nicht zurück. Bei der Stimmung, von der das niedere Volk erfüllt sei, meinte der Assessor Scheffer, sei es nicht geraten, jetzt eine allgemeine „außerordentliche" Schatzung anzuknüpfen. Ausdrücklich wurde des öfteren auf das Naturrecht verwiesen, nach welchem die Forderung, die sie erhöben, völlig berechtigt erscheine. Nochmals drangen die Städte, wenigstens im wesentlichen, durch[158]).

Indessen war den Ansprüchen des dritten Standes gegenüber doch der lebhafteste Widerspruch, zumal aus den Reihen des Adels, laut geworden. Schon 1793 und 94 hatten die Vorderstände sich stets in aller Form dagegen verwahrt, daß der Drittelbeitrag etwa zur „Norm" werde. Daß sie zu den Römermonaten nach Reichsgesetz beizutragen verpflichtet waren, gaben sie zu. Doch zu mehr als man nach den Gesetzen von ihnen verlangen durfte, wollten sie sich nicht bewegen lassen. Daß nun schon zwei Jahre nacheinander der freie Stand ein volles Drittel der Kriegskosten hatte bezahlen müssen, erregte in seinen Reihen große Erbitterung. Bitter klagte man, daß diese Besteuerung alles gerechte Maß überschreite. Denn nur wie 1: 10, nicht wie 1: 2, verhalte sich der steuerfreie zum schatzbaren Grunde. Nach „Reichs- und Landesverfassung" bestehe „für gewisse Personen und Teile ihres Eigentums" die Steuerfreiheit, die „unvordenklicher Besitz" bestätige. Man dürfe da nicht dem neuerungssüchtigen „Geiste der Zeit" nachgeben, der „jede Befreiung, jeden Vorzug, deren Grund nicht jeder schlechte Mensch fassen könne, als ein ungerechtes Gut bezeichne"[159]).

In den Landtagsverhandlungen des Jahres 1795 bot man im Domkapitel und der Ritterschaft alles auf, um zu verhindern, daß den Privilegierten wieder das, jetzt beinahe schon übliche, Drittel zugeschoben werde[160]), das Naturrecht, auf das der dritte Stand sich berief, lehnte man durchaus ab. Nirgendwo sei dieses in gesetzlicher Geltung. Eine bürgerliche Gesellschaft, sagte Fürstenberg, wie sie das Naturrecht „konstruiere", gebe es überhaupt nicht[161]). Wenn man trotzdem immer wieder nachgab,

[158]) Meyer zu Stieghorst a. a. O. 81—87.
[159]) Ebd. 77 ff.
[160]) Ebd. 85 ff.
[161]) Ebd. 82.

so geschah dies nicht, weil man sich von den Gründen der Gegner hätte überzeugen lassen, sondern einmal aus Furcht vor etwaigen Unruhen, dann aber wohl, weil die Aristokraten sich innerlich nicht mehr sicher fühlten, weil sie der Entschlossenheit, mit der ihre Gegner sie angriffen, nicht mit der gleichen Festigkeit begegnen konnten. Freilich, die Grundlagen der alten Ordnung zu erschüttern, reichte die Kraft der Städte bei weitem nicht aus. Das versuchten sie überhaupt nicht. Ihr Ziel war vielmehr, ausgehend von dem geltenden historischen Recht, dieses in neuer Richtung weiterzubilden, die die Wünsche der unteren Klassen befriedigen, die scharfen Standesunterschiede mildern konnte, doch ohne, daß eine radikale Veränderung stattfand. Auf diesem Wege waren ihnen in der Tat auch einzelne, aber nur augenblickliche Erfolge vergönnt. Denn mit der Zeit erstarkten auch wieder die alten Gewalten, zumal, als die Gefahr der unmittelbaren Berührung mit den Franzosen geschwunden war[162]).

Heftiger, leidenschaftlicher, als in Münster, wurde in Paderborn in diesen Jahren der Kampf zwischen drittem Stande und Privilegierten geführt. Die Konsequenzen, die zu ziehen man in Münster sich gescheut hatte, sprach man hier offen aus. Wir sahen, wie die Befreiten dort die Hälfte der Kriegskosten, 36 000 Taler, auf sich selbst übernahmen. Der Anteil des schatzpflichtigen Standes sollte dabei, wie in Münster ähnlich, aus den laufenden Erträgen des Kopfschatzes[163]) binnen drei Jahren getilgt werden. Der Ueberschuß, der sich dabei ergab, sollte nicht etwa zur Erleichterung der Privilegierten verwandt werden, vielmehr machten diese sich anheischig, die übernommenen 36 000 Taler binnen sechs Jahren selbst abzutragen[164]).

Darauf erwiderten die Städte, es sei geraten, den Amortisationsfonds aufzugeben[165]), denn falls etwa Kapitalien gekündigt würden, so könnte man zu der Tilgung den Ueberschuß aus dem Kopfschatz während der drei nächsten Jahre verwenden. Da die Vorderstände in ihrer Erklärung, daß sie bereit seien, die Hälfte der außerordentlichen Last zu tragen, die Formel „citra praejudicium et consequentiam" gebraucht hatten, so vergalten ihnen die Städte dieses Pochen auf ihre Privilegien, indem auch sie sich selbstbewußt vernehmen ließen: „Und wenn Ihre Hochfürstliche Gnaden gnädigst gesinnt sein sollten, dem pflichtigen Stand von denselben anzunehmenden Summen in höchsten Gnaden beizuhelfen, so wäre auf diesen Fall Städtisches Kollegium citra praejudicium et

[162]) Meyer zu Stieghorst a. a. O. 102.
[163]) Dieser belief sich jährlich auf 16 000 Taler.
[164]) St. A. M. Paderborner Landtagsprotokolle: Proposita Statuum in Comitiis 1793. Punkt 9.
[165]) Das lehnte das Dompapitel ab. „Die jetzigen Zeiten, schrieb es, liefern einen neuen Beweis, wie unumgänglich nötig die Beibehaltung des Amortisationsfonds sei, indem derselbe gleichsam die Quelle enthält, woraus der Landeskredit herfließt." Extractus Protoc. Rmi. Capituli d. d. 20. März, a. a. O.

consequentiam erbietig, die in Vorschlag gebrachte Halbschied der erforderlichen Summe zu übernehmen“[166]. Hatte es weiterhin in der Erklärung der Vorderstände geheißen: „Ohnerachtet nun die Summe, so befreiter Stand freiwillig übernähme, gewiß sehr beträchtlich wäre, und . . . durch den Zuschuß zu dem allgemeinen Kopfschatz noch beträchtlicher würde, so wollte doch dieser zu seiner Erleichterung von diesem Ueberschuß nichts gebrauchen“, so bemerkten die Städte dazu sehr kurz, daß sie dies annähmen, ohne irgend einen Ausdruck des Dankes, wie ihn die vornehmen Herren für ihre Opferwilligkeit wohl erwartet hatten. Vielmehr lasen sie zu ihrer gewiß nicht geringen Empörung, es sei der Wunsch der Städte, „daß die Vorderstände hinkünftig die allgemeinen Lasten mit tragen möchten“[167].

Daß das große Entgegenkommen der priviligierten Stände „nicht nur vom collegio civico verkannt wurde“, daß sich dieses sogar unterfing, „die ganze ungegründete verfassungswidrige Klausel citra praejudicium et consequentiam zu gebrauchen“, erregte im Domkapitel den heftigsten Zorn. Man erklärte, daß die Städte dadurch„ undankbare Gesinnungen zu erkennen gäben“, und faßte den Beschluß, „ob zwar hierdurch den Rechten Vorsitzender Stände gar kein Präjudiz erwachsen könnte, dennoch zur Abwendung solcher Unannehmlichkeiten“ dem Fürsten das städtische Votum zuzusenden, ihm „die billige Denkungsart“ der Befreiten Stände vor Augen zu stellen und ihn zu bitten, den Städten „diese ungeziemende und verfassungswidrige Ausfälle zu verweisen“[168].

Da sich diese auf keinen Fall zu einer Zurücknahme herbeilassen wollten[169], ging die Klage an den Bischof ab. Sie hatte Erfolg. Franz Egon von Fürstenberg stellte sich auf die Seite des Kapitels und sprach den Städten sein Mißfallen aus. Er habe andere Gesinnungen nach dem „generösen“ Anerbieten der Befreiten Stände von ihnen erwartet. Er erinnerte sie daran, daß durch dies Verhalten der Vorderstände der pflichtige Stand von der Naturallieferung wie der Rekrutierung gänzlich verschont bleibe, daß er in diesem Jahre „nicht einmal die Halbschied“ beitrüge. Sie sollten wohl bedenken, daß die Stellung des Kontingents eine strenge Pflicht sei, die das Land nicht von sich abweisen könne[170].

Die Städte verfolgten nichtsdestoweniger unbeirrt ihr Ziel. Ein so günstiger Augenblick kehrte vielleicht nicht wieder. Hatten doch Adel und Geistlichkeit selbst freiwillig die bedrängte Lage des dritten Standes anerkannt. Die beiden herrschenden Körperschaften waren offenbar durch

---

[166]) Erklärung des städtischen Corpus ad punctum 7. Protoc, Rmi. Capit. a. a. O.
[167]) Ad punct. 11. Prot. Rmi. Capituli.
[168]) Extractus Prot. Rmi. Capituli a. d. 9. März 1793 a. a. O.
[169]) Extractus Protoc. civici a. d. 9. März 1793,a. a. O.
[170]) Schreiben des Bischofs vom 19. März 1793 a. a. O.

den Zusamenbruch der Macht ihrer Standesgenossen in Frankreich stark eingeschüchtert. Die Volksfreundlichkeit, die sie so unerwartet an den Tag legten, mußte notwendig als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden.

So trat denn nun die städtische Kurie mit dem Antrage hervor[171]), der „geistliche und Adelstand" sollten gerade so wie der dritte Stand von ihren „Grundgütern" die „jedenorts üblichen Schatzungen entrichten." Auf diese Weise würde ein „Fonds" entstehen, der „für diese Stände nicht eben drückend und für jenen erleichternd wäre." „Wie sehr der dritte Stand erschöpft", wie sehr er „durch die Alleintragung der gemeinen Lasten und Abgaben in Abnahme geraten sei", schrieben die Städte, das sei den Vorsitzenden Ständen ja zur Genüge bekannt, wie sie sich ja auch bereits entschlossen hätten, zwei Jahre den Kopfschatz allein an die Landschaft „zum allgemeinen Wohl des Vaterlandes", wie auch „zur Erleichterung des dritten Standes" abzuführen. Da beide Stände nun an Grundbesitz ganze zwei Drittel des Bodens besäßen, so würden die Beiträge, die von diesem nach dem alten Schatzungsfuß eingehen würden, ausreichen, um „ein ansehnliches Quantum zu bestreiten". Das Fehlende könne leicht nach einer Besteuerung der Judenschaft durch eine Anleihe beschafft werden. „Zu wünschen wäre es freilich, so fuhren sie fort, daß dieser Fuß immer zur allgemeinen landschaftlichen Notdurft beibehalten würde. Allein vorerst sei der dritte Stand vollkommen zufrieden, wenn der Vorschlag zu jetzt vorliegenden schweren Kriegskosten und bis zu dessen Ende eingeschlagen würde." Die Geistlichkeit könne diesen Beitrag nicht ablehnen, da sie ja selbst „nach dem Kriegsconcluso zum Beitrag angewiesen sei". Ebenso werde die Ritterschaft diesem Plan gewiß „ihren Beifall spenden". Sie habe ja „zu jenen Beschwerden vorzüglich mit eingestimmt", ihr „patriotischer Eifer" sei „bei diesen gefahrvollen Zeiten am mehrsten aufgefallen". Schließlich sei auch „der Ritterdienst längst aufgehoben", und demnach — das sagten die Städte freilich nicht — war jedes Recht des Adels auf irgendwelche Bevorzugung vor anderen Ständen geschwunden.

Dem erwiderten die Vorderstände, ihre Gesinnung sei es stets gewesen, „gemeinschaftliche Lasten, die der bevorstehende Krieg erheische, nach Billigkeit gemeinschaftlich zu tragen". Das sei, so schrieben sie, die „ächten Teutschen angeborene Gesinnung". Sie müßten es jedoch entschieden bezweifeln, daß der dritte Stand wirklich „dem Ruin nahe sei". In dieser „Uebertreibung" liege ein unbegründetes Mißtrauen, das sie bedauerten. Indes wollten sie sich den Plan der Städte reiflich überlegen, denn noch seien sie nicht überzeugt, daß der vorgeschlagene Weg wirklich „der zweckmäßigste, geschwindeste und leichteste" sei[172]).

[171]) Pro memoria des Collegium civicum a. a. O.
[172]) Antwort der Vorderstädte auf das Pro memoria der Stände, a. a. O.

Wir folgen den ständischen Verhandlungen nicht weiter. Die Absichten und Ziele der beiden Parteien, der Städte einerseits, die sich als Vertreter gewissermaßen des Volkes fühlten und die Sache der unterdrückten Klassen führten, des Klerus und Adels andererseits, die sich zwar zu einzelnen augenblicklichen Zugeständnissen herbeiließen, ihre bevorrechtigte Stellung aber zweifellos zu behaupten gedachten, liegen klar zu Tage. Auch in Paderborn waren die Städte zu schwach, als daß sie es vermocht hätten, etwa nach dem Beispiel des dritten Standes in Frankreich, die Privilegien der herrschenden Stände zu beseitigen. Es blieb bei den ersten Beschlüssen, nach denen die Befreiten die Hälfte der Kriegskosten aufzubringen hatten. Im ersten Jahre geschah dies nach einem alten Kopfschatzfuß vom Jahre 1735. Inzwischen ließ die Regierung auf einen Antrag der Stände hin[173]) ein genaues Verzeichnis der schatzfreien Gründe nach ihrem Werte anfertigen, das dann für die Folgezeit zu Grunde gelegt wurde[174]).

Unterdessen hatten die neuen Gedanken überall in Westfalen Wurzel geschlagen. Wenn man auch ihre Ausschreitungen verurteilte, von der ursprünglichen Berechtigung der Revolution waren doch viele überzeugt. Wir besitzen die kleine Schrift eines Pfarrers, namens F. Arndts[175]), aus dem Städtchen Meschede im Kölnischen Westfalen, „Gedanken über Krieg und Frieden". Sie ist im Jahre 1797, als in Deutschland nach fünf Kriegsjahren wieder Friede geworden war, verfaßt worden. Mehr als in andern Gegenden Westfalens hatte man in Arndts Heimat unmittelbar an der Demarkationslinie die Leiden der Kriegszeit empfunden. Doch Arndts ist weit entfernt, in dem Kriege nur ein Uebel zu sehen. Er schreibt ihm eine reinigende, befreiende Wirkung zu. Die „Leidenschaften der Menschen, Stolz, Herrschsucht, Habbegierde", die den Krieg erzeugten, würden eben durch ihn wieder getilgt. Er rufe in der Menschheit wieder das Bewußtsein hervor, „was eigentlich die Würde des Menschen ausmache". „Der Weise, führt Arndts weiter aus, sucht seine höchste Glorie, seine Freiheit, darin, daß er der göttlichen Ordnung und dem obersten allgemein verbindenden Gesetze der Sittlichkeit gehorsamt. Er läßt seine Vernunft über die Sinnlichkeit herrschen . . . . Daher heißt auch selig das Volk, welches einen Weisen zum Herrscher hat!" Um so drückender sei aber die Gewalt des „Unweisen", der vielmehr alles seiner Sinnlichkeit dienstbar machen, alles sich unbedingt unterwerfen wolle. Bei solcher Herrschsucht sei es

[173]) Antrag des Domkapitels vom 8. März und Antwort Franz Egons vom 31. März 1793, a. a. O.

[174]) Bessen, Geschichte des Bistums Paderborn II 387 ff.

[175]) Gedanken über Krieg und Frieden. Verfasset von Ferdinand Arndts, Vizedechant und Pfarrer zu Meschede im Herzogtum Westfalen 1797. Denkenden Wahrheitsfreunden gewidmet, a. O. (Im Besitze des „Altertum-Vereins Münster".)

denn nicht verwunderlich„ „wenn zu hart gedrückte Menschen sich gegen ihre lieblosen Unterdrücker sträubten, auf alle Art und Kosten sich von ihrem Joche zu befreien trachteten[176]). „Die Jahrbücher der Menschheit lieferten darüber einleuchtende Tatsachen." Und wer, fragt der Verfasser, wird in solcher Lage den Finger Gottes verkennen können, wenn sie es zuläßt, daß der herrschsüchtige Feind seiner ärmeren Brüder in seinem Stolze niedergebeugt, und die Bande zerrissen werden, in welchen so mancher Unglückliche die heißesten Tränen des Kummers weinte? Denn die allgütige Vatersorge Gottes erstreckt sich auf alle seine Erdenkinder. . . . . Darum ist ihm auch jede ungerechte Härte und Drückung Greuel. . . . . Froh und ungedrückt soll der sterbliche Mensch hienieden nach Gottes Absicht leben, mit der erhabenen Freiheit der Kinder Gottes, mit edler Selbsttätigkeit seinem großen Ziele mutig entgegenarbeiten, ihm immer näher rücken durch fortschreitende Veredelung. Aber was wird der Sklave fremder Gewalt wohl Edeles zu tun vermögend sein? Bange Furcht lähmt seine Kräfte und stürzet ihn in dumpfes, freudenleeres Dasein, worin er ohne deutliches Bewußtsein seiner Menschenwürde . . . . dahinschlummert"[177]).

Wir sehen, mit dem Prinzip der Revolution war Arndts völlig einverstanden, ja er fand, daß sie in der göttlichen Weltordnung begründet sei. Deshalb, meinte er, müssen Revolution und der durch sie erzeugte Krieg ruhig ertragen, wie ein Naturereignis hingenommen werden. Sie sind notwendig und ihre Frucht ist die Ausgleichung der sozialen Gegensätze, eine gerechtere Verteilung des Besitzes, überhaupt des Fortschritts der Menschheit. Auf westfälische oder deutsche Verhältnisse einzugehen, vermied der Verfasser. Auch die französische Revolution nannte er nicht, sondern bewegte sich nur in allgemeinen Erörterungen. Aber gerade auch das ist interessant. Arndts ist ganz Philosoph. Die großen, welterschütternden Ereignisse sieht er nur mit den Augen des Philosophen an. Er fragt sich, ob sie seine Weltanschauung zu festigen oder wankend zu machen vermögen. So sind viele Deutsche jener Zeit gewesen. Sie

[176]) Dieser Meinung war auch König Friedrich Wilhelm III. Vgl. Lehmann, Ein Reformprogramm Friedrich Wilhelms III.; Hist. Zeitschr. LXI 441 ff.

[177]) Daß die Leibeigenschaft, an und für sich, als Prinzip genommen, eine solche Herabsetzung der Menschenwürde bewirke, war, wie es scheint, Arnold Mallinkrodts Ueberzeugung. Warum sollte er sonst folgende Schilderung von „den Untertanen der Adligen in Schlesien" aus den Jahrbüchern der preußischen Monarchie in seiner Zeitung aufgenommen haben: „Sehet hier dieses Lasttier, adlicher Untertan genant. Er windet sich unter der Peitsche seines Vogtes, und keucht unter der Bürde nutzloser Frohnen. Seine Wohnung dient den Schweinen zum Aufenthalt und ist eine Sammelgrube des Schmutzes. Seine Kleidung sind Lumpen, kärgliche Nahrung von elendester Art hat seinen Körper zusammengeschrumpft, Kummer und Sorgen haben selbst seine menschlichen Gesichtszüge entstellt. Nur das junge Kind vergißt auf einen Augenblick seines Hungers und läßt einen Schimmer sorgenloser Fröhlichkeit blicken." Siehe den Westfälischen Anzeiger Jahrgang 1799, S. 1370 ff.

lebten gleichsam in einer anderen Welt. Sie sahen in Dingen und Ereignissen nur das große allgemein verbindende[178]). Sie fragten sich nicht: welche Lehren müssen wir aus der französischen Revolution für uns ziehen? Wie sind unsere Verhältnisse in Staat und Gesellschaft von den französischen verschieden? Ist auch für Deutschland eine Revolution herbeizuwünschen, oder gibt es andere, weniger gewaltsame Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen? Sondern sie forschten danach, ob auch durch jene Bewegung die ganze Menschheit ihrem hohen Endziel näher gebracht worden sei. Es war eben das klassische Jahrzehnt 1795—1805.

Sehen wir zu, ob andere denn nicht auch praktische Politik trieben! Im Jahre 1800 brachte der Westfälische Anzeiger[179]) einen Aufsatz, in dem, in der Form sehr vorsichtig, auf eine der Ungerechtigkeiten hingewiesen wurde, wie sie die ständischen Verfassungen, die in den meisten Staaten Westfalens und des Reiches bestanden, mit sich brachten. Der Verfasser berichtete über folgenden angeblichen Vorfall auf einem Landtage. Die Verhandlungen waren eben beendet, die jährlichen Ausgaben bewilligt. Da erhob sich ein Rat und bat um Unterstützung für seinen auf der Universität studierenden Sohn. Alles war dafür, nur ein Herr von B., der zum ersten Male anwesend war, wünschte noch genauere Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Bittstellers. Dann erklärte auch er sich einverstanden, zog zum großen Erstaunen der Anwesenden seine Börse und legte seinen Anteil auf den Tisch. Man beeilte sich, ihn zu belehren, daß solche Ausgaben stets „ex cassa patriae" genommen würden. Auf seine Bitte um Aufklärung über diese Kasse erfuhr er zu seiner größten Verwunderung und Entrüstung, „daß sie nichts anderes denn der Beutel des Bürger- und Bauernstandes sei". Er erklärte mit Entschiedenheit, wer Geschenke machen wolle, müsse sie aus seiner eigenen Tasche machen. Alle Einwendungen lehnte er ab und erreichte es wirklich, daß jeder seinen Beutel zog und „seinen Anteil ex proprio zahlte". Doch das böse Ende kam hinterher. Niemand, mochte er noch so würdig, noch so bedürftig sein, erhielt in Zukunft auch nur einen Heller mehr vom Landtage bewilligt. „Sollte das Publikum nach Zeit und Ort fragen, sagte der Berichterstatter zum Schluß, so soll es an Lessings Nathan denken: Es ist nur ein fingierter Casus, nur ein Problema". Eine beißende Satire auf die Privilegierten! So wurde auch außerhalb der Landtage wider Adelsrechte agitiert.

---

[178]) Vergl. F. Meineke, Das Zeitalter der deutschen Erhebung, Kap. 3: deutsche Geistesleben und der preußische Staat von 1806. S. 13 ff: So war es möglich, daß die großen Weltereignisse eben nur einen Stoffe neben andern darstellten für den frei schaltenden und verarbeitenden Geist . . . Der Naturphilosoph Steffens (charakterisiert) später dieses Treiben: „alles war Doktrin, Theorie, Prinzip, Zukunft; von einer politischen Gegenwart die zur Tätigkeit auffordern sollte, hatte man bis dahin keine Ahnung."

[179]) S. 695 ff.

Daß man von den Regierungen Rechnungsablage verlangte, finden wir zwar nirgendwo offen ausgesprochen. Aber wenn der Westfälische Anzeiger den Bischof von Würzburg rühmt[180]), weil er „seinen Untertanen in einer gedruckten Schrift öffentlich Rechnung über die Kriegssteuer" abgelegt habe, wenn er deshalb ausspricht, daß die Regierung dieses Fürsten „das Vorurteil widerlege, als ob es „in der Natur der geistlichen Staaten liege, dem Geiste des Zeitalters entgegenzustreben", so müssen wir daraus einen unbedingten Schluß ziehen auf die Gesinnungen mancher Kreise in dieser Hinsicht.

Nirgendwo aber in Westfalen waren die Geister stärker erregt als im Bistum Paderborn. „Mit schamloser Kühnheit erzählt Bessen, schalt man auf Fürsten und Adel. Man lobte alles„ was die Franzosen taten, sang laut auf ofener Straße . . . Freiheitslieder." Ueber Nacht wurde in aller Stille ein Freiheitsbaum errichtet, der die Inschrift trug: „Bürger, werfet ab das Joch, das Euch drückt und schwöret der Freiheit unter diesem Baume"[181]).

Das Privileg der Befreiung von den öffentlichen Lasten, das die Vertreter der münsterländischen Städte immerhin für gewöhnliche Zeiten noch hatten gelten lassen wollen, dem die Paderborner schon 1793 scharf zu Leibe gegangen waren, erfuhr jetzt eine rücksichtslose direkte Kritik. „Die Beschwerden des Bürgerstandes wider die Anmaßungen der beiden privilegierten Stände", lautete der Titel einer Schrift, in welcher der Bürgermeister Neukirch die beiden Grundsätze verfocht, daß erstens Domkapitel und Ritterschaft zusammen nicht den dritten Stand überstimmen dürften, und daß zweitens die Steuerfreiheit des Klerus und Adels zur Erleichterung der Lasten des dritten Standes aufzuheben sei[182]). Unzweifelhaft hatte Neukirch bei diesen Forderungen das Beispiel der Konstituierenden Nationalversammlung vor Augen. Ferner gingen die Städte des Bistums in dieser Zeit so weit in der Opposition, daß sie beim Reichskammergericht eine Beschwerde anhängig machten, daß die beiden privilegierten Stände noch immer ihr Uebergewicht auf den Landtagen mißbrauchten und „in Sachen, die blos über den Beutel des dritten Standes hergehen, auf Stimmenmehrheit sich verließen". Nochmals erhoben die Städte die prinzipielle Forderung, daß die Befreiten fürderhin genau in derselben Weise, wie Bürger und Bauern zu den gemeinen Lasten beitragen müßten[183]). Der Verfasser des schon mehrfach erwähnten Aufsatzes über „die Mängel und Gebrechen" des Paderborner Landes schrieb darin[184]): „Es gibt hier im Lande eine Menge unbewegliche Güter, deren Besitzer unter dem Namen von Adligen, Geistlichen und von Freigütern gar keine Steuern bezahlen,

[180]) Jahrgang 1799, S. 1162.
[181]) Bessen, Collectanea 327. — Geschichte des Bistums Paderborn II 382.
[182]) Richter W. Zt. LXII, II 207.
[183]) Richter a. a. O. 205.
[184]) Magazin für Westfalen, Jahrgang 1797, S. 538 ff.

auch auf andre Art wenig zu den Lasten des Staates beitragen. Da nun aber die Ritter- und Freigüter ebensowohl als die Bauerngüter zu dem unmittelbaren Eigentum des Staates gehören, und in einem wohleingerichteten Staate alle Untertanen, sie seien wes Standes sie wollen, den Schutz des Staates genießen, so wären sie auch ohne Unterschied schuldig, verhältnismäßig zu den Ausgaben des Staates beizutragen." „Die Besitzer schützen sich freilich mit der Verjährung und Possession, da doch weder das eine noch das andere schützen sollte, sobald zu erweisen sein möchte, daß die Exemtion von öffentlichen Lasten erschlichen, oder sonst auf betrügliche und unrechte Weise, es sei durch die jetzigen oder ehemaligen Besitzer verlanget worden." Die Angegriffenen stützten sich zu ihrer Verteidigung, wie wir es auch sonst bemerken, auf das historische Recht ihrer Privilegien. Der Hofgerichtsassessor Cosmann wies darauf hin, daß die Steuerfreiheit von Klerus und Adel uralt sei, daß sie auf einer Urkunde aus dem Jahre 1326 beruhe. Dem entgegnete wieder jener: „Wer sieht nicht ein, daß das große Gesetz „salus publica" dieses alles über den Haufen werfen könnte, wenn man noch annehmen wollte, daß die angebliche Urkunde echt sei, welches noch unerwiesen."

Die Frage nach Recht oder Unrecht galt also dem Verfasser bereits als völlig nebensächlich. Zahlreiche Streitschriften[185]), sehen wir, hatten wenigstens das eine klar gezeigt, daß sich sowohl Gründe dafür als dawider vorbringen ließen. Das alles, fand er, komme nicht in Betracht angesichts des Grundgesetzes aller Staatsverwaltung, des öffentlichen Wohles. Da dieses es verlange, so seien alle Vorrechte, mögen sie immerhin nach dem bestehenden Rechtszustand gültig sein, abzuschaffen. Das aber wäre die Revolution gewesen.

Viele Hauptforderungen, die das 18. Jahrhundert aufgestellt und die französische Revolution zuerst verwirklicht hatte[186]), wurden auch hier vorgetragen. Verworfen wurde die Einengung des Handwerks durch den „barbarischen" Zunftzwang, verworfen auch die Ausschließung aller, die nicht der katholischen Kirche angehörten, von der Berechtigung, Meister zu werden. Zu „nicht geringem Nachteile des Staates" gereiche dies alles[187]). „Eine bedauernswürdige Blindheit unserer vormaligen Regenten war es, so heißt es weiter, die Bedienungen und Zünfte erblich zu machen." Unter dem jetzt regierenden Bischof sei „dieser Unfug" glücklicherweise so ziemlich abgestellt. Jedenfalls sei es selten geworden, daß er „Adjunktionen auf die väterlichen Bedienungen erteilt hätte"[188]). Heftig wurde es getadelt, daß die meisten Domherren Paderborns nur

[185]) Es wird noch die Schrift eines gewissen Schattwein: „Wichtige Angelegenheiten für das Publikum" erwähnt. Mag. f. Westf. Jahrgang 1797, S. 538.

[186]) Vergl. Sybel a. a. O, I 27 ff.

[187]) Magazin für Westfalen, Jahrgang 1798, S. 254.

[188]) Ebd., Jahrgang 1797, S. 557 ff.

selten sich im Lande aufhielten, daß sie es vorzogen, ihre Einkünfte aus diesem Lande außerhalb „bei ihren Familien oder in größeren Städten" zu verzehren, die „mehr Hilfsquellen zur Befriedigung ihrer mannigfachen Launen" enthielten[189]). Gerade der dadurch bewirkte ständige Geldabfluß machte sich dem schon jetzt verarmten Lande besonders empfindlich fühlbar[190]). Im Hochstift Paderborn, einem der am schlechtesten verwalteten geistlichen Staaten traten die revolutionären Bestrebungen offenbar mit besonderer Schärfe hervor.

Aber selbst im preußischen Westfalen, in der Grafschaft Mark, vernehmen wir Meinungsäußerungen, die von demselben Geiste eingegeben waren, wie die soeben vernommenen. Ein im übrigen sehr patriotischer, von dem größten Stolz auf seinen Staat erfüllter Mann hatte doch die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Staatsverfassung nur dann „dauerhaft" sei, wenn „kein Stand dergestalt begünstigt" würde, daß die andern Stände darunter leiden und zu Grunde gehen" könnten[191]). „Alle Achtung für den Adel", schrieb der „Westfälische Anzeiger", aber er setzte bezeichnender Weise hinzu: „Zumal wenn er, wie es jetzt nicht selten mehr ist, weit entfernt von Standesdünkel nach eigenen Verdiensten strebt, durch edle Denkart sich auszuzeichnen sucht und in jedem Menschen ohne Rücksicht auf die denn doch so zufällige Geburt, den Menschen ehrt und nur den als Menschen verächtlichen verachtet und geringschätzt"[192]). Die Erbitterung der sogenannten mittleren und unteren Stände" gehöre leider gegenwärtig zu den „Zeichen der Zeit". Sie sei eine der „giftigen Früchte, die die französische Revolution ihrer Reife schneller entgegengeführt habe", deren „Wirkung für die menschliche Gesellschaft" nur höchst „schädlich sein könne. Vielmehr müsse „gegenseitige Duldung das schöne und feste Band sein, . . . die verschiedenen Stände zu einem gemeinschaftlichen, wohltätigen Zwecke zu verbinden und dem ganzen Staatskörper Geltung und innere Festigkeit zu geben"[193]).

---

[189]) Ebd., Jahrgang 1798, S. 254 ff.

[190]) Bodelschwingh, Freiherr von Vincke, 258. — Gruner I 105.

[191]. „Westfälischer Anzeiger", Jahrgang 1799, S. 1247.

[192]) „Westfälischer Anzeiger", Jahrgang 1800, S. 1509 ff. Daß in dieser Zeit in der Tat das Selbstbewußtsein des Bürgertums erstarkte, vermag auch das folgende zu charakterisieren: Der Anzeiger spottet über solche Bürgerliche, die „sich selbst oder deren Väter oder Großväter sich eigenmächtig zu Adligen kreirten", die dann „aufgedunsen auf die übrigen Bürger herabblickten, ihre Gesellschaft vermieden". Darüber müsse man „herzlich lachen". In solchen neuadligen Familien, fährt er fort, sei man vorsichtig genug, vor allem die Dienstboten zur gewissenhaften Beobachtung der adligen Prädikate anzuhalten und ihnen die Wörter „Gnaden und gnädig" geläufig zu machen, „welches dann, so heißt es, ein Dienstmädchen so getreulich beobachtete, daß sie auf die in einem Kaufladen geschehene Erkundigung nach dem Wohlbefinden der Familie und der Jungfern-Töchter schalkhaft genug erwiderte: Unsere gnädigen Fräuleins sind keine Jungfern mehr.". Siehe Jahrgang 1800, S. 1509.

[193]) „Westfälischer Anzeiger", Jahrgang 1800, S. 982 ff.

Die Hauptursache, die diesen gefährlichen Haß zwischen den sozialen Klassen hervorgerufen hatte, lag aber, das war jedem Einsichtigen klar — in den Vorrechten einzelner Stände, die die öffentliche Meinung seit der Revolution in Frankreich überall einmütig verurteilte. Mallinkrodt wie Gruner erklärten, bei aller Bewunderung, die sie dem preußischen Staatswesen entgegenbrachten, doch „das beschränkte Avancement der Bürgerlichen" bei der Offizierslaufbahn als eines der namhaftesten Gebrechen, von denen dieser Staat behaftet sei. Der „Geist der Humanität", hoffte Mallinkrodt, der sich allgemein verbreite, werde „auch diese Ungleichheit abglätten". Der Staat werde dann „manchen wackeren, kenntnisreichen Offizier, manchen trefflichen Feldherrn" gewinnen. Dann würden allein „Talente, Kenntnisse und Verdienste den Maßstab" zur Bewertung geben. Welche Triebfeder, sagt er, würde hierdurch zur Entwicklung militärischer Talente und persönlicher Bravour in Bewegung gesetzt"[194])! Das hatte die staunende Welt soeben an den glänzenden Erfolgen der französischen Waffen beobachtet.

Gruner ging noch weiter. Er verlangte „Abschaffung aller Exemtionen", auch bei der Aushebung. Das gesamte Heerwesen sollte somit auf eine neue Grundlage, die der allgemeinen Gleichheit, gestellt werden, die nicht nur nützlicher, sondern vor allem auch gerechter wäre, als das bisherige System. „Daß drei Vierteile (des Heeres), sagt er,immer auf Urlaub sein dürften, indes sich bei dem ersten Wink zu ihren Regimentern stellen müßten, gewöhnlich aber bei diesen nur ein paar Wintermonate zum Exerzieren zubrächten, würde . . . alle Einwürfe von beiden Seiten heben. Aber die Kapitulationen sollten und könnten dann kürzere Zeit, sechs bis spätestens zehn Jahre, dauern, und alle und jede Exemtionen und Privilegien beim Avancement müssen aufhören." "Daß Friedrich II. das Militärsystem nicht auf diese Weise befolgte, kann kein gültiges Hindernis sein. Verbesserung dessen, was er anlegte, Vollendung dessen, was er begann, ist seines edlen königlichen Nachfolgers würdig und dem preußischen Staate nützlich"[195]).

In diesen dem Baseler Frieden folgenden Jahren erstarkte aber auch in zunehmendem Maße eine den Neuerungsplänen entgegengesetzte Strömung. Hatte sich in dem vorhergehenden Zeitabschnitt in erster Linie der Adel in seinem besonderen Standesinteresse gegen die Uebertragung französischer Vorbilder auf westfälische Verhältnisse gewahrt, so sehen wir jetzt auch unter dem Bürgertum, d. h. den höher gebildeten Kreisen, eine starke Abneigung gegen die Nachahmung der Franzosen anwachsen. „Im Anfange der Revolution, schrieb der Anzeiger[196]), hörte man die Aeußerung, daß die Begebenheiten unserer Zeit den Fürsten sehr heilsame

[194]) „Westfälischer Anzeiger", Jahrgang 1802, S. 1032.
[195]) Gruner I 165 ff.
[196]) Jahrgang 1798, S. 545 ff.

Lehren predigten. Allein ihre Lehren sind für die Untertanen und auch für die Republikaner nicht weniger nützlich gewesen. Welche Unruhen regten sich anfänglich in vielen Ländern, welche Sehnsucht nach Freiheit und Gleichheit! Welches Hoffen auf auswärtige Hülfe! Aber wie sind nun die Gemüter umgestimmt! Wie zufrieden mit ihrer Staats- und Religionsverfassung! Vom Rhein bis zur Wolga herrscht daher eine ungestörte Ruhe in allen Staaten. Was alle Belehrungen nicht bewirkt haben würden, das haben die Begebenheiten unserer Zeit bewirkt. So weiß die Vorsehung auch die größten Uebel zum Guten zu lenken."

Besonders in den gut regierten preußischen Provinzen auf dem Boden Westfalens überwog doch eine konservative Richtung, die zwar mit einzelnen Verbesserung einverstanden war, jede grundstürzende Umwälzung aber ablehnte. So erörterte man in der Mark die Frage, ob Jagd und Fischfang wirklich ursprünglich ein Gemeingut gewesen und der Allgemeinheit erst im Mittelalter durch das Lehnwesen „widerrechtlich" entrissen worden seien. Diese Behauptung der Neuerer, erklärte man, sei falsch. Jener Vorgang sei im Gegenteil eine notwendige unmittelbare Folge der Seßhaftigkeit eines Volkes. Nur so lange sei das Wild ein Gemeingut, als ein Land den Ackerbau noch nicht kenne, nur von Nomaden als „Graseplatz" benutzt werde. Mit der Errichtung fester Wohnsitze müsse sich das sofort ändern. „Weit über alle geschriebene Geschichte hinauf, so heißt es, reicht die Uebereinkunft der Ackerbautreibenden Völkerschaften, daß das Wild dem zustehe, auf dessen Grunde es sich nährt. . . . Westfalens ganze Verfassung und sogar dessen Volkssprache bezeugen, daß diese Grundsätze in ihm uralt und längst gültig waren." Die sogenannten ältesten „Menschenrechte" wurden hier als „unglückliche Verirrungen" gebrandmarkt, deren einzige Frucht ein furchtbarer Krieg gewesen sei, „der zahllosen Menschen Leben, Ruhe und Eigentum geraubt und Meer und Erde mit Fluch, Seufzer, Blut und Tränen bedeckt habe"[197]).

Wer die in Frankreich herrschende Unsicherheit aller Verhältnisse in den neunziger Jahren mit der Ruhe und Ordnung verglich, wie sie in den preußischen Provinzen waltete, der mußte nur zu leicht versucht sein, die in dieser Beziehung allerdings unbestreitbare Ueberlegenheit des Staates der alten Ordnung eben den inneren Vorzügen der alten Verfassung zuzuschreiben, während doch gerade die soziale Umwälzung Frankreich innerlich so gestärkt hatte, daß es nur noch des Ordners bedurfte, um dem ganzen alten Europa überlegen zu werden. Wir werden Gruner gewiß Recht geben, „wenn er „das Leibeigentum„ wie es in Westfalen existierte", gegen die übertriebenen Anklagen in Schutz nahm,

[197]) Magazin für Westfalen, Jahrgang 1798 II 4, S. 192 ff.

wie sie „meist dagegen erhoben würden". Die Lage der Bauern war in der Tat durchaus erträglich[198]). Ganz richtig wies dann Gruner darauf hin, daß „leibeigene Bauern gewöhnlich wohlhabender seien, als freie", daß „der Druck vorzüglich in der Willkürlichkeit der Bestimmung der Abgaben" lag, und ganz folgerichtig verlangte er als ersten Schritt zur Besserung „gesetzliche Einschränkung der Willkür der Gutsherren" und „Fixierung der unbestimmten Gefälle". Viel zu weit ging Gruner aber, als er sich zu der Behauptung verstieg, daß „die gänzliche Aufhörung der Eigenbehörigkeit" eine „offenbare Ungerechtigkeit gegen die Besitzer", ja sogar „in mehrfacher Hinsicht ein Verderben des Staates" sein werde. Selbst in ihrer mildesten Form blieb die bäuerliche Abhängigkeit in einem Kulturstat unhaltbar, seit einer von diesen das weit höhere Ziel der völligen Befreiung des Bauernstandes erreicht hatte. Denn eben die Befreiung aller Kräfte war es, was die neue Zeit, die mit der französischen Revolution anbrach, charakterisierte.

Wohl niemand hat allen Gegnern der Revolution wirksamere Waffen gegen sie geliefert, als die Konstituierende Nationalversammlung es tat durch ihre Erklärung der Menschenrechte, deren erster Artikel es aussprach, daß „die Menschen frei und an Rechten gleich geboren werden und es bleiben". Denn dieser Satz widersprach nicht allein der ganzen historischen Entwicklung, sondern vor allem auch der Logik, wenigstens in dieser krassen Form[199]).

„Waren die alten Westphälinger frei und gleich?" Mit dieser Frage beschäftigte sich ein Aufsatz, den der „Westfälische Anzeiger" im Juli 1798 veröffentlichte[200]). Unter dem Vorgeben, heißt es da, daß der Adel ein „neuer Stand" sei, verlange man jetzt die Abschaffung aller „Privilegien und Vorrechte". Jene Behauptung sei aber völlig unwahr. Stets habe es in der deutschen Nation Unterschiede der Stände gegeben, das ließe sich schon für Tacitus Zeiten nachweisen. „Wenn wir Westphälinger also", sagt der Verfasser, denn von diesen rede Tacitus zunächst, „auf unsre Urversammlungen zurückgehen, so finden wir sehr deutlich eine Ungleichheit der Stände und einen förmlichen Adel". „Daß die Menschen frei und gleich geboren werden sollten", streite überhaupt „gegen alle Erfahrung". Es sei gleich, ob sich ein Volk im Zustande der Natur oder der Kultur befinde, stets bemerke man „physische und moralische Ungleichheiten". „Unter den Wilden Amerikas" herrsche „allenthalben Unterwürfigkeit und Ungleichheit". Immer seien eben die Menschen „ihrer Natur nach . . . ungleich und wirklich verschieden nach Stärke und Schwäche, Gesundheit und Krankheit, Erfahrung und Unerfahrenheit, Unwissenheit und Unterricht, Mut und Furchtsamkeit usw. . . .". „Abso-

[198]) Vergl. Taine a. a. O. I 29 ff. — Heigel a. a. O. I 322.
[199]) Sybel, Geschichte des Revolutionszeitalters I 35 ff.
[200]) S. 137—141.

lute Gleichheit" sei undenkbar in einem Staate. Schon Voltaire habe gesagt, „Das System der Gleichheit habe ihm stets der Hochmut des Narren zu sein geschienen." Nicht anders stehe es auch mit der Freiheit.

„Bürgerliche Freiheit, so heißt es, ist, wo die Gesetze einen jeden Menschen wider alle willkürliche Gewalt bei Ehre, Leib und Gut schützen. Die politische Freiheit besteht in dem, daß Grundverordnungen, Verträge und Friedensschlüsse jedem Staate seine Verfassung und seine Besitzungen sichern. Diese bürgerliche und diese politische Freiheit findet sich zum Glück in allen christlichen Staaten. Das ist keine Freiheit, wenn man einen Monarchen mit hundert Despoten vertauscht, andern Eigentum, Würden und Vorzüge mit Gewalt raubt und Besitzer ohne Scheu morden und fortjagen darf, gesicherte Verträge und gegenseitige Verhältnisse gewaltsam bricht, die Religion des Volkes ungeahndet stört, die Gottesverehrung profaniert, den Volkslehrer den Mißhandlungen der Verächter überläßt und die Freiheit nicht im Bürgerwerte sucht."

Auch hier wurde es ganz übersehen, daß bei allen Uebertreibungen, die sie enthielten, bei allen Widersprüchen, die sie in ihrer konsequenten Entwicklung hervorriefen, doch die Gedanken der Revolution in ihrem Kerne heilsam und fruchtbringend waren. Nicht allein nach der Freiheit der Person und des Eigentums verlangte die jetzt anbrechende Epoche — diese bestand auch für die meisten Staaten des alten Regimes, wenn sie auch selten garantiert, selten vor willkürlichen Eingriffen gesichert war — sondern vor allem auch nach dem Recht der freien Meinungsäußerung und der damit verbundenen Preßfreiheit, nach der Freiheit der Religionsübung, völliger Unabhängigkeit der Rechtsprechung und endlich nach der Teilnahme der Völker an der Gesetzgebung und Steuerbewilligung. Eine „absolute Gleichheit" durchführen zu wollen, wäre allerdings ein unsinniger Gedanke gewesen. Aber Abschaffung der Privilegien und Exemtionen gewisser Stände, gerechte Verteilung der Lasten auf alle Staatsbürger, das war eine Forderung, die, einmal erhoben, nicht mehr zurückzuweisen war.

Sechstes Kapitel.

Widerstand des preußischen Adels in Westfalen gegen die Gleichheitsbestrebungen.

Die leidenschaftlichsten Angriffe gegen alle modernen fortschrittlichen Ideen gingen auch in den preußischen Provinzen naturgemäß von den Kreisen des privilegierten Adels aus, der sich durch jene am meisten bedroht sah. Besonders in Minden-Ravensberg stießen in dieser Zeit die besten, die gerechtesten Maßnahmen der preußischen Regierung auf seinen Widerstand, sobald er ein noch so veraltetes Vorrecht dadurch verletzt sah. So

widerstrebte der Adel aufs äußerste der Einführung von Carmers Allgemeinem Gesetzbuche. Er wußte wohl, durch welche Mittel er am leichtesten die Bedenken der Regierung erregen konnte. „Gleichmachung der Stände", schrieb die Mindensche Ritterschaft, das sei „einer der Hauptsätze der sogenannten Philosophie". Wohin diese führe, das sehe man an der „abscheulichen Anarchie, die Frankreich verwüste", die aber auch das übrige Europa bedrohe, wenn solche Grundsätze auch dort sich festsetzten. Den sichersten Schutz dagegen gewähre vor allem die Bewahrung der „wahren Vorzüge des Adels und der daraus fließenden Anhänglichkeit an den Monarchen"[201]).

Nicht weniger entschlossen zeigte sich der märkische Adel, wo es sich um die Verteidigung seiner Rechte handelte. Während der Kriegszeiten bewährte er zwar seine Opferwilligkeit, doch niemals ohne die Freiwilligkeit der übernommenen Verpflichtungen zu betonen, niemals ohne sich gegen jedes Präjudiz daraus zu verwahren. Als er zur Verpflegung des Möllendorffschen Heeres im Februar 1795 einen Viertelsbeitrag übernahm, benutzte er dies, um sich ausdrücklich die Aufrechterhaltung seiner Privilegien und Freiheiten bestätigen zu lassen[202]).

Auch daß seine Güter mit Einquartierung belegt wurden, ließ sich damals der Adel schließlich gefallen, als die Kammer erklärte, dies sei nur „zur Erleichterung des ohnehin sehr belasteten kontribuablen Standes" geschehen in der Annahme, daß „die patriotische Gesinnung der Ritterschaft" damit einverstanden sei. Keineswegs habe man damit ihre Privilegien antasten wollen[203]).

Als jedoch auch die ritterschaftlichen Pferde zu Kriegsfuhren in Anspruch genommen wurden, eine Maßregel, zu der die Zustimmung des Adels nicht ausdrücklich ergangen war, und als auf eine Beschwerde hin die Kammer zu Hamm die Erklärung abgab, daß „die Exemtionen und Freiheiten des Adels nur in Friedenszeiten, niemals aber im Kriegsfalle" Geltung hätten, und daß demnach auch alle Besitzer freier Güter, zu denen eben auch der Adel gehöre, zu den Fuhren mit heranzuziehen seien[204]), da hielt die landständische Ritterschaft sofort eine Zusammenkunft zu Aplerbeck[205]), auf der sie auf das entschiedenste gegen diese „Neuerung" protestierte. Der Adel habe seinen Patriotismus hinreichend bei der freiwilligen Uebernahme der Einquartierung und der Fouragelieferung bewährt. Jetzt aber sei der Krieg zu Ende, und daher ver-

[201]) Philippson, Geschichte des preußischen Staatswesens II 47 ff.

[202]) Dies geschah durch ein kgl. Schreiben vom 24. März 1795. St. A. M. Märk. Landtags-Akten Nr. 338.

[203]) St. A. M. Märk. Landtags-Akten Nr. 333.

[204]) Schreiben vom 5. Juni 1795 a. a. O. Promemoria das Heranziehen der eigenen Ackerpferde zu den Kriegsfuhren betreffend d. d. 11. Juni 1795.

[205]) Actum Aplerbeck d. 17. Juni 1795. Märk. Landtags-Akten Nr. 333.

langten die Stände, daß nunmehr „alle Adligen und Eximierten bei den Kriegsfuhren ex nexu gelassen würden."

Darauf erwiderte die Kammer[206], jene Maßregel sei allein deshalb geschehen, damit der steuerpflichtige Stand nicht noch mehr belastet werde. In keinem Falle sollte sie zum „Präjudiz" dienen. Sie stände auch in Einklang mit einer königlichen Verfügung. Da ferner die Verpflegung der in Westfalen stehenden Truppenkorps noch fortdauere, so sei an eine Aufhebung vor der Hand nicht zu denken.

Aber die Ritterschaft gedachte sich dabei nicht zu beruhigen. Als ein nochmaliger Versuch bei der Kriegs- und Domänenkammer fehlschlug, wandte sie sich klagend über diese „Untergrabung ihrer Gerechtsame" an die Regierung[207]. „Dem Adel seine Rechte nehmen zu wollen, schrieb sie, unter dem Vorwand, die Volksklasse zu begünstigen, das muß notwendig die letzten auf den Gedanken treiben, daß Mißbräuche vorhanden sind, welche abgeschafft werden müssen. Bald dürfte solchenfalls aber das heiligste Recht zum Mißbrauch gefolgert und so unmerklich der Keim zu Kämpfen für Neuerungen, Freiheit und Gleichheit, gelegt werden, deren Unterdrückung unstreitig die erste Pflicht eines treuen Staatsbürgers ist." Auch der märkische Adel, sehen wir, befolgte die Methode, die Regierung durch das drohende Gespenst der kommenden Revolution von volksfreundlichen und gerechten Maßregeln abzuschrecken.

Auch in den folgenden Jahren dauerten diese Bestrebungen, sich den gemeinen Lasten nach Möglichkeit zu entziehen, weiter fort. Als es sich gegen Ende des Jahrhunderts hin sich in Preußen darum handelte, die gemeinen Soldaten und Unteroffiziere in ihren Bezügen aufzubessern, und zu diesem Zwecke eine Erhöhung der Steuern nötig wurde, erließ die Regierung im Verein mit den märkischen Landständen einen Aufruf[208] an alle Besitzer „kontributionsfreier Güter, Stifter und Klöster in der Grafschaft Mark". Der König, hieß es darin, habe als erster von allen Befreiten das Beispiel gegeben, „den bereits belasteten Staatsmitgliedern" bei dieser neuen Last, die doch dem allgemeinen Nutzen diene, zu Hilfe zu kommen. So hätten denn die Landstände der Grafschaft Mark von der ganzen Summe, die die Provinz deswegen aufbringen müsse, einen Teil, jährlich 2500 Taler, auf die adligen, kontributionsfreien Güter, für die Stifter und Klöster übernommen[209], in der Erwartung,

---

206) Hamm d. 30. Juni 1795 a. a. O.

207) A. a. O.

208) Gedrucktes Zirkular „An die sämtlichen Besitzer der adlig kontributionsfreien Güter, Stifter und Klöster in der Grafschaft Mark. Hörde d. 24. Oktober 1800. In der Versammlung der märkischen Landstände und namens derselben gez. v. Hövel, Direktor. St. A. M. Märkische Landtags-Akten Nr. 357.

209) Auch diesmal hieß es wieder, „ohne alles Präjudiz auf die Zukunft und mit ausdrücklicher Vorbehalt der Aufrechterhaltung der bestehenden Landesverfassung und hiernach dem Adel zustehenden Gerechtsame."

damit nur „den Wünschen der ganzen Provinz“ und besonders „des Adels und der Nichtadligen“, die im Besitze adliger Güter und der damit verbundenen Rechte seien, entgegenzukommen. Man habe beschlossen, die Beiträge auf die Güter, nicht persönlich auf die Besitzer zu legen. Diese sollten alle auf gleichem Fuße, ohne Rücksicht darauf, ob sie adeligen oder bürgerlichen Standes seien, behandelt werden. Um erheblicher Prägravationsbeschwerden“[210]) vorzubeugen, habe man dieses Mal alle Güter in fünfzehn Klassen eingeteilt und danach ihren Beitrag berechnet. Jeder Gutsbesitzer solle sich selbst in die Klasse wählen, der sein Gut „der Wahrheit gemäß“ zuzuteilen sei. Diese Klasseneinteilung werde dann sämtlichen Gutsbesitzern eines jeden Kreises durch die Herren Landräte ad monendum vorgelegt werden“. Uebrigens erwarte man von der patriotischen Gesinnung der märkischen Gutsbesitzer, daß sie selbst bei eintretenden kleinen Prägravationen lieber das zugeteilte nach dem großen Beispiel des Landesherrn freiwillig übernähmen“, als sich deswegen auf weitläufige Verhandlungen oder gar Prozesse einlassen würden.

Bei der Aufstellung dieser Grundsätze hatten aber Regierung und Stände einen wichtigen Punkt nicht beachtet, der in den besonderen Verhältnissen der Grafschaft Mark begründet lag. Jener Aufruf sprach es aus, daß viele märkische Rittergüter in bürgerliche Hände übergegangen seien. Diese waren natürlich auch zum Beitrag verpflichtet. Wie aber stand es mit solchen kleineren Grundstücken, die, einstmals Teile von Rittergütern, mit der Zeit durch mannigfache Umstände in bürgerlichen oder auch bäuerlichen Besitz geraten waren, an denen aber noch von altersher Abgabenfreiheit haftete. Die Regierung war sich nicht klar, ob solche Gründe als „Abspliffe adeliger Güter“ oder als „selbständige Güter“ zu betrachten seien. Offenbar kam es dabei auf den einzelnen Fall an, ob die erste oder die zweite Auffassung am Platze war[211]).

Da machte nun die märkische Ritterschaft den Versuch, die Summe, deren Annahme sie wohl nicht gut hatte ablehnen können, dadurch zum Teil wieder von sich abzuwälzen, daß sie alle Besitzer solcher Grundstücke, deren Zahl offenbar nicht gering war, mit zum Beitrag heranholte. Sie verlangte, daß jeder Rittergutsbesitzer das Recht haben solle, solche Abspliffe, die ehedem zu seinem Besitz gehört hatten, für seinen Anteil zu besteuern. Damit traf sie jedoch auf den entschiedenen Widerstand der Regierung. Die Besitzer solcher Grundstücke, wurde erklärt, würden ja schon längst in den Städten „per indirectum“ durch die erhöhte Weinaccise und Vermögenssteuer, auf dem Lande durch die Haus-

[210]) Wie sie massenhaft im Jahre 1795 eingelaufen waren, als man die Güter nur in fünf Klassen geteilt hatte. St. A. M. Märkische Landtags-Akten Nr. 338.

[211]) Anfrage der Regierung bei der Stadt Soest und Bericht des Magistrats der Stadt Soest. St. A. M. Märkische Landtags-Akten Nr. 357.

steuer zu der Abgabe für die Militärbrotverpflegung herangezogen. Niemals könne die Besteuerung dieser Leute durch die Privilegierten gestattet werden[212]).

Doch die Ritterschaft bewies in dieser Angelegenheit eine hartnäckige Zähigkeit. Sie machte Eingabe auf Eingabe und zeigte sich entschlossen, ihre Sache bis zum äußersten durchzukämpfen. Aber auch die Regierung blieb fest. Nur die seit Trinitatis 1799 entstandenen Absplisse überließ sie dem Adel, darüber hinaus war sie zu nichts zu bewegen[213]). Sie verwies schließlich die Ritterschaft auf den Weg Rechtens. Bis aber die gerichtliche Entscheidung ergangen sei, dabei blieb sie, müßten die Gutsbesitzer wie bisher den Beitrag allein aufbringen[214]). Darauf konnten diese freilich nicht ohne weiteres eingehen, da, wie sie sagten, „ihnen nicht einmal Kontradicenten bekannt wären". Sie beantragten demgegenüber, daß es erlaubt sein sollte, „die Repartition auf das Ganze, mithin auch auf die Absplisse zu richten" und dann gegen diejenigen, die sich zu zahlen weigerten, „den Weg Rechtens frei zu lassen".

Die Regierung erwiderte[215]), abermals gingen die Stände von der Ritterschaft von der falschen Voraussetzung aus, daß der Beitrag der adligen Güter auf sämtliche freie Gründe gelegt sei. Sie wollten dadurch „ihre Corporationssache mit der Bewilligung einer alle Staatseingesessenen treffenden Abgabe gleich stellen". Es kann aber, schrieb sie, auch der oberen Staatsbehörde nicht gleichgültig sein, wenn eine Corporation die Mitglieder einer anderen . . ., ohne daß dieselbe mit ihren Widerspruchsgründen vernommen worden ist, mit besteuern will." Nochmals wurde auf die Gerichte hingewiesen. Der größte Teil der Besitzer der Absplisse sei bekannt. Man könne sie durch die landrätliche Behörde kurz auffordern, sich zu erklären, ob sie mit beitragen oder es auf eine Klage ankommen lassen wollten. Keinesfalls könne es gestattet werden, daß die Beiträge auf die Güter verteilt würden, um danach im Weigerungsfall sofort mit Exekution vorzugehen, wie es die Absicht der Ritterschaft scheinbar war.

Die Regierung war es also nicht, die in Preußen dem Fortschritt in der Richtung auf Ausgleichung der Stände widerstrebte, sondern in erster Linie die Feudalen in ihrem Standesinteresse[216]). Da diese aber die reichste und mächtigste Klasse des Volkes und zugleich das stärkste

---

[212]) Erlaß vom 1. Januar 1805 a. a. O.

[213]) Eingabe der Ritterschaft vom 23. Februar 1805. — Resolution für die Landstände aus der Ritterschaft der Grf. Mark, Berlin d. 21. März 1805 und ergänzend vom 9. Mai 1805. Märkische Landtags-Akten Nr. 357.

[214]) Vorstellung vom 31. August und Antwort vom 5. Dezember 1805 Ebd.

[215]) Kgl. Erlaß vom 20. März 1806. Ebd.

[216]) Vergl. E. v. Meier, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert II 157: „Die Beschränkung der Adelsvorrechte."

Bindemittel waren, das diesen jungen und noch unfertigen Staat zusammenhielt, so war die Regierung schlechterdings außer Stande, gegen den einmütigen Willen jener Reformen durchzuführen. Auch in diesem Falle wagte sie es nicht, ihre richtige Einsicht unbedingt zur Geltung zu bringen. Sie beharrte zwar auf ihren Standpunkt, überließ aber die Entscheidung einer anderen Stelle. Erlangte der Adel jetzt ein, vielleicht nur aus formal juristischen Gründen, günstiges Urteil, so konnte sie ihre Hände in Unschuld waschen. Ob aber mit oder gegen ihren Willen, Tatsache blieb dann, daß die Interessen des Volkes einem einzelnen Stande geopfert waren.

Wirklich faßte die Ritterschaft jetzt den Entschluß, den Weg, den die Regierung ihr vorgeschlagen, zu betreten. Am 18. April 1806 — so lange hatten die Verhandlungen sich hingezogen — erging von den Ständen eine Aufforderung an die Kammer zu Hamm, durch die Landräte die betreffenden Besitzer vernehmen zu lassen, um dann „die näheren Maßregeln treffen zu können"[217]).

Ueber den weiteren Verlauf und den Ausgang des Streites schweigen die Akten. Man darf wohl der Vermutung Raum geben, daß es zu einer Entscheidung überhaupt nicht gekommen ist, da der bald darauf ausbrechende Krieg diese Provinzen von Preußen losriß.

Die Aspirationen des landständischen Adels gingen noch weiter. Zwar war die Krone in Preußen übermächtig, und von der früheren Macht der Stände auch in Westfalen nur noch ein Schatten übrig. Doch wenn diese seit einem Jahrhundert es nicht mehr ernstlich gewagt hatten, Opposition zu machen, so waren sie damit nur der Gewalt gewichen. Das verfassungsmäßige Recht blieb auf ihrer Seite. Wenigstens das, was ihnen noch geblieben war, bemühten sie sich jetzt zu erhalten, ja sie machten, wenn auch schwache, Versuche, das verlorene Gebiet zurückzugewinnen. Schon 1786 bei dem Thronwechsel, sahen wir, legten die Stände Protest ein gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen der vergangenen Jahre. Im Jahre 1793 erreichten sie es, vor allem dank der Begünstigung, die ihnen Stein entgegenbrachte, daß die Regierung sich dazu verstand, den jährlichen Landtag ohne weiteres auszuschreiben, während es bisher Brauch gewesen war, daß die Stände durch ein Gesuch diese Berufung beantragten[218]). Bei der Einführung des allgemeinen Landrechts erklärten die Stände von Minden, daß „ohne Zustimmung sämtlicher Provinzialstände an den bestehenden Gesetzen überhaupt nichts geändert werden dürfe"[219]). Den Beitrag zu der Brotverpflegungsabgabe, den die

[217]) Schreiben der Ritterschaft d. d. 18. April 1806. St. A. M. Landtags-Akten Nr. 357.

[218]) St. A. M. Märkische Landtags-Akten Nr. 327. — Lehmann a. a. O. I 158 ff.

[219]) Philippson a. a. O. II 47.

Regierung auch ihnen auferlegt hatte, wagten sie abzulehnen. Schon „mehrmals“, schrieb damals Hardenberg voll Zorn, hätten „die adligen Gutsbesitzer von Minden und Ravensberg, an deren Spitze das Domkapitel zu Minden stehe, sich durch Mangel an Patriotismus und Widerstreben gegen gute landesherrliche Einrichtungen ausgezeichnet“[220]).

Man könnte versucht sein, diese Oppositionsstimmung, die zumal bei den Mindener Ständen hervortrat, aus dem Einfluß der französischen Revolution zu erklären, die ja auch damit begann, daß die alten Reichsstände in ihre Wirksamkeit wieder eingesetzt wurden. Man könnte annehmen, daß dies Verlangen des westfälischen Adels nach Teilnahme am Regiment — denn tatsächlich überwog doch in allen diesen altständischen Körperschaften der Einfluß der Feudalen, selbst da, wo die Städte vertreten waren, was in Minden-Ravensberg nicht der Fall war — durch den Zug der Zeit nach Freiheit rege gemacht worden sei. Aber dann müßte man erwarten, daß auch aus anderen Volkskreisen der Ruf nach Wiederherstellung der ständischen Rechte laut geworden sei. Diese aber verhielten sich alledem gegenüber gänzlich teilnahmslos. So erscheinen jene Klagen nur als die letzten Nachklänge einer Zeit, als jede Regierungstätigkeit nur durch Nachgiebigkeit gegen den Adel möglich wurde. Nicht Beschränkung, sondern eher Verstärkung der Regierungsgewalt tat Preußen not. Denn die Feudalen hätten jede Vergrößerung ihres Einflusses doch nur in reaktionärer Richtung ausgenutzt. An Stelle einer volksfreundlichen Monarchie wäre eine volksfeindliche Aristokratie getreten.

Siebentes Kapitel.

Die öffentliche Meinung und der preußische Staat.

Seit dem Baseler Frieden stand doch für Westfalen die Frage obenan, wie sich in Zukunft das Verhältnis Westfalens zu Preußen entwickeln werde. Wie war denn die innere Lage dieses Staatswesens in dieser Periode, welche Gesinnungen und Meinungen beherrschten seine westfälischen Untertanen?

Die Mehrzahl war von der Vortrefflichkeit der preußischen Einrichtungen auf das stärkste durchdrungen[221]). „Preußens Monarchie, lesen wir in einer Schrift aus dem Jahre 1800[222]), welche nun beinahe ein Jahrhundert noch mehr durch Gerechtigkeit und Weisheit ihrer Regierung, als durch den Glanz der Waffen, obgleich auch diese ihren

[220]) Lehmann a. a. O. I 208.
[221]) Vergl. auch Wenck, Deutschland vor hundert Jahren 162 ff.
[222]) Snethlage, Ueber die Umschaffung lateinischer Schulen in Realschulen. Hamm 1800. S. 15.

Ruhm erhöhet haben, unter den Mächten Europas sich zu einer für ihre Feinde furchtbaren und für ihre Bundesgenossen erfreulichen und beruhigenden Höhe emporgeschwungen hat, muß unter der festen und männlichen Regierung Friedrich Wilhelms, und durch sein und seines Hofes musterhaftes Beispiel, eine innere Consistenz und Ehrwürdigkeit erhalten, die seine Dauer sichern."

Die Accisereform und der Straßenbau Steins, die Aenderung in der inneren preußischen Politik hatte die Wünsche der Westfalen befriedigt. Durch die persönlichen Beziehungen, die Stein in seinem westfälischen Amtsbezirk angeknüpft hatte, war ein gegenseitiges Verhältnis der Freundschaft und des Vertrauens zwischen Regierenden und Untertanen in diesen Provinzen angebahnt worden, wie es bis dahin nie bestanden hatte. Schon 1791 drückten die Stände von Kleve-Mark den Wunsch aus, daß Stein zum Königlichen Kommissar am Landtage ernannt werde. Noch ausdrucksvoller sprachen eine Reihe von Dankesadressen der Märker, die den folgenden Jahren angehören, die Gefühle der Liebe und Verehrung aus, die das Volk zu seinem Präsidenten hegte. Sie betonten, in welch glücklicher wirtschaftlicher und bürgerlicher Lage sie sich dank der einsichtsvollen Tätigkeit Steins befänden[223]. „Welch ein weiter, weiter Abstand in Kultur und Glückseligkeit, so lesen wir auch im Westfälischen Anzeiger im Jahre 1799[224], ist zwischen den ältesten und den jüngsten Untertanen der preußischen Monarchie[225]. König Friedrich Wilhelm III. hat beide besucht. Wie ganz anders war sein Gefühl und sein Urteil über sein Volk im Süderländischen Gebirge und über sein Volk in Südpreußen! Woher das? Dort fand er freie Menschen, die seit vielen Jahrhunderten unter einer weisen, sanften Regierung standen und alle Segnungen der Freiheit genossen; hier versunkene, verlassene Leibeigene mit Sklavensinn, die von ihren vormaligen Herren aller Rechte der Menschheit waren beraubt worden[226]. Aus dem Herzen der Millionen, die unter preußischem Szepter unaussprechlich glücklich sind, flamme heißer, heiliger Dank auf! König Friedrich Wilhelm III. will die jüngsten seiner Untertanen bilden zu dem, was die ältesten seiner Untertanen, die Bewohner des Amtes Altena, immer waren, — zu freien Menschen."

Die Anhänglichkeit der Westfalen an den preußischen Staat verband sich aber andrerseits mit einem ausgesprochenen Provinzpartikularismus. Aller Gleichheitsschwärmerei zum Trotz hielt man an seinen provinziellen Eigentümlichkeiten und Besonderheiten mit äußerster Zähigkeit fest. Man pries deshalb „die Weisheit der erhabenen preußischen Regierung", die

---

[223]) Pertz I 148 ff. — Lehmann I 133 ff.

[224]) S. 164.

[225]) Das Amt Altena, schrieb der Anzeiger, sei der älteste ununterbrochene Besitz der Hohenzollern oder ihrer Vorfahren mütterlicherseits. Ebd.

[226]) Man beachte, mit welcher Selbstverständlichkeit hier von den Menschenrechten gesprochen wird.

„weit entfernt" sei, „überall alles allgemeinen Gesetzen unterwerfen zu wollen", die es „bei der neuen Gesetzgebung nicht vergessen habe, daß ihre glücklichen Provinzen manche, örtlich eigene, Verfassungen und Gewohnheiten" hätten[227]), die man ihnen, als sie an diesen Staat fielen, „heilig versichert" habe, „auf denen oftmals die Wohlfahrt einer ganzen Gegend beruhe". Oft wohne ein Volk „in diesen kleinen, von den Vätern herabgeerbten Hütten, sicherer, bequemer und zufriedener, als in den großen, neuen Palästen, welche die Philosophen unserer Tage ihm erbauen wollten". Deshalb würden auch „die besondere Verfassung und die Gewohnheitsrechte der Grafschaft Mark, insofern sie nötig und nützlich seien, erhalten werden". Zwei Ereignisse seien in dieser Hinsicht von hervorragender Wichtigkeit für die Grafschaf Mark, die bereits geschehene Teilung der gemeinen Marken, sowie die beabsichtigte Abfassung eines Provinzialgesetzbuches. Zu beiden sei „genaue Kenntnis der ehemaligen Verfassung und Geschichte des Landes" notwendig. Wie vor Erlaß des allgemeinen Landrechts, hoffte man, so werde auch dieses Mal die Regierung vor dem Inkrafttreten des Provinzialgesetzbuches zuerst die öffentliche Meinung darüber sich aussprechen lassen[228]). Man unternahm es, die besonderen Rechtsverhältnisse der westfälischen Bauerngüter zu untersuchen. Denn darunter gebe es die mannigfaltigsten, von einander abweichenden Arten, obgleich das kodifizierte Recht nur sehr wenige nach ganz äußerlichen Merkmalen unterscheide. Das „wirkliche" Recht sei hier ein anderes, als das „förmliche". Die Folge sei, daß viele Bauerngüter nicht in das Schema hineinpaßten, in das „das förmliche Recht" sie einreihe. „Keine wohleingerichtete Regierung hindere eine solche Untersuchung, „am wenigsten der preußische Staat, in dem gegenwärtig mehr wahre Freiheit" herrsche, „als irgendwo in Europa". Vielmehr begünstige er geradezu solche Nachforschungen, die dazu dienen könnten, „das förmliche Recht desto mehr zu begründen, oder zu berichtigen"[229]).

---

[227]) Vergl. Philippson a. a. O. II 57, 58: „Das Allgemeine Landrecht . . . hatte lediglich die Bedeutung eines subsidiarischen Rechts, das nur insofern angewandt wurde, daß die besonderen Rechte einer jeden Provinz nicht abweichende Bestimmungen enthielten. Bis zum 1. Juni 1796 sollten die Provinzialgesetze gleichfalls gesammelt und in möglichster Uebereinstimmung mit dem Allgemeinen Landrecht redigiert, auch von diesem Termin auf ungeschriebene provinzielle Rechtsgewohnheiten keine Rücksicht mehr genommen werden."

[228]) Magazin für Westfalen, Jahrgang 1797, Heft I. 2. S. 7 ff. — Vergl. auch E. v. Meier, Französische Einflüsse auf Preußen II 92, 93: „Niemals ist bis dahin bei irgend einem Gesetzeswerke die Unterwerfung unter die öffentliche Prüfung und die öffentliche Meinung eine so umfassende gewesen. Wie viel Gutachten sind damals erstattet worden von einzelnen und von Korporationen; „so werden Preußens Untertanen sich rühmen dürfen, daß sie unter Gesetzen leben, die von ihnen selbst geprüft und genehmigt worden", hat Suarez gesagt. Auch den Ständen war Gelegenheit gegeben, ihre Monita geltend zu machen . . . ."

[229]) Magazin für Westfalen, Jahrgang 1798, Heft VI 3 S. 520.

Zu seiner Regierung hegte man noch das vollste Vertrauen. Für die guten Einrichtungen, deren man sich erfreuen durfte, war man ihr dankbar. Man hatte eine neue Chaussee und eine neue Brücke erhalten. Dafür wurde dann auch die „Gnade und Fürsorge„ des Königs gepriesen, dessen Unterstützung den Bau ermöglicht habe[230]). Vom Staate erwartete man alles, stets rief man seine Hilfe an. Man eiferte gegen Unsitten und Mißbräuche des niederen Volkes und kam zu dem Schluß, der Staat müsse einschreiten. Man wünschte sehnlichst, die beiden evangelischen Konfessionen möchten sich vereinigen, doch ohne die Hilfe des Fürsten, meinte man, ginge es nicht, da sei ein „landesherrlicher Befehl" notwendig, dann sei alles gut. In der Provinz Minden wurde die Landwirtschaft schlecht betrieben, da die Bauern sich eigensinnig zeigten und von keiner Belehrung wissen wollten. Wieder rief man das Einschreiten der Behörden an, ja man scheute sich nicht, das Verlangen auszusprechen, der Staat solle die Mindener Bauernsöhne zwingen, zwei Jahre in der Grafschaft Mark zu dienen, um dort die Landwirtschaft ordentlich zu erlernen[231]). Welch ein Gegensatz! Auf der einen Seite schwärmte man für die Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit, auf der andern war man mit den rücksichtslosesten Eingriffen in die Freiheit der Selbstbestimmung des einzelnen einverstanden, wenn man glaubte,, daß dadurch dem allgemeinen Wohle gedient werde. Und nicht Reaktionäre waren es, die solche Forderungen stellten, sondern Männer der Aufklärung und des Fortschritts. Mit einer Revolution würde mancher gewiß einverstanden gewesen sein, aber nur mit einer Revolution von oben. Was der aufgeklärte und fortschrittlich gesinnte Teil des preußischen Volkes damals wünschte, das war eine aufgeklärte und starke Regierung, so stark, daß sie zum Heile des Staates alle nützlichen Reformen auch gegen den Widerstand vielleicht der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen könnte, die noch nicht im Stande war, zu erkennen, was ihr frommte. Wir wundern uns auch nicht, daß wir nirgendwo das Verlangen nach einer Staatsverfassung, einer gemeinsamen Volksvertretung des ganzen preußischen Volkes vernehmen. Dazu war das Einheitsbewußtsein doch noch nicht stark genug. Man hatte wenigstens in Westfalen die Erinnerung an die einstige Selbständigkeit nicht verloren. Und dann, welchen Zweck konnte bei der politischen Unreife des Volkes eine solche Versammlung haben? Sie wäre lediglich ein Hemmschuh für die Regierung geworden. Ein Versuch mit einer Notabelnversammlung, den Hardenberg im Jahre 1811 machte, schlug dann auch vollständig fehl[232]). Vor 1806 aber dachte im Volke niemand an solche Dinge.

---

230) Weddigen, Westf. Jahrbuch 1804, S. 234.

231) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1799, S. 893 ff. Jahrg. 1800, S. 820 ff; 1388 ff.

232) Oncken, Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege, II 477.

Wir sahen, wie man auch im Preußischen die Trennung der Stände bekämpfte, wie man vor allem für Gleichberechtigung der Bürgerlichen bei der Offizierslaufbahn stritt. Doch derselbe Mann, der solche Dinge aussprach, nannte doch auch den preußischen Staat „ehrwürdig", seine Verwaltung „unvergleichlich". Auch der Leiter des Westfälischen Anzeigers, der gewiß ein offenes Auge für viele Schäden besaß, war aufs tiefste von der inneren Gesundheit des preußischen Staatswesens überzeugt[233]). Auch dort, schrieb er einmal, würden Klagen über „Bedrückungen und Unregelmäßigkeiten" zuweilen laut, jedem aber, „auch dem Geringsten" stehe der Weg der Beschwerde bei den obersten Behörden, jedem das Ohr des Königs offen. Hilfe werde ihm gewiß zu Teil werden. Gänzlich unbegründet sei die Furcht vor allzu hohen Steuern. „Nach Verhältnis" seien die Abgaben nicht so groß, „als man es ausschreie". Dafür würde aber auch den Bewohnern „mehr Gelegenheit verschafft, Geld zu verdienen". „Man gehe nur in die preußischen Provinzen Westfalens, rief er aus, und sehe, welcher allgemeine Wohlstand daselbst herrscht. Insbesondere wird man in der Regel zwischen einem preußischen und einem andern Bauern einen auffallenden Unterschied in Anschlag der Betriebsamkeit, der Kultur und des Wohlstandes finden[234]). Ehedem zwar habe die Regie sehr drückend gewirkt. Längst aber sei diese Art der Steuererhebung abgeschafft, „Dank vornehmlich dem würdigen Herrn Präsidenten vom Stein".

Ein anderer Artikel des Anzeigers führte aus[235]): Im Auslande werde Preußen oft ein „Militärstaat" genannt. Das solle heißen, daß Preußen ein Land sei, in dem der Soldat alles bedeute, in dem alle „Berufe und Stände" schwer leiden müßten bloß zu dem Zwecke, daß der Staat ein starkes Heer unterhalten könne. Es sei jedoch unnütz, solche „Beleidigungen englischer, französischer oder österreichischer Schriftsteller zu widerlegen". Kein „ächter" Preuße dürfe auf sein „Vaterland" diesen „zweideutigen Ausdruck" anwenden. Denn mit dem gleichen Rechte könne man sagen, der preußische Staat sei „ein Ackerbau- oder Industriestaat". „Die weise preußische Regierung", fährt der Verfasser fort, wolle aber weder das eine noch das andere zu ihrem „Hauptzweck" machen. Nie sei dieser ein anderer gewesen, oder werde es je in Zukunft („so Gott wolle") sein, als „möglichste Glückseligkeit aller vom ersten bis zum letzten Staatsdiener, vom Monarchen bis zum Tagelöhner herab". Der Staat sei im Besitze der Mittel, dies hohe Ziel zu erreichen, einer „schnellen, unparteiischen Justiz", „der richtigen Verteilung mäßiger Abgaben", „guter, bestimmter Gesetze", einer sparsamen Staatshaushaltung". Dazu gehöre aber auch vor allem „ein furchtbares Kriegsheer und eine blühende

---

[233]) Westf. Anzeiger 1802, S. 1032/33.
[234]) Genau so urteilte auch Gruner. Siehe Wallfahrt I 163.
[235]) Jahrgang 1799, S. 1250 ff.

Industrie". Aber weder das eine, noch das andere dürfe deshalb je „Hauptzweck" werden.

Aehnlich schrieb Arnold Mallinkrodt im Jahre 1802 über Preußen: „Als Klagen, und wo gäbe es diese unter Menschen nicht, führt man an die militärische Verfassung und die daraus entspringende Kantonpflicht. Allein jener Verfassung verdankt dieser Staat seine Stärke, seine Größe, seinen Schutz"[236]).

Wie jeder andere „gut organisierte europäische Staat", hören wir weiter, so müsse naturgemäß auch Preußen eine zu seiner Verteidigung ausreichende Armee haben. „In diesem Sinne heißt es, war, ist und muß Preußen stets ein militärischer Staat sein. Zahlreich, zuverlässig, waffengeübt und allen länderdurstigen Nachbarn und Eroberern furchtbar sei das mit unsterblichem Ruhm bedeckte preußische Heer! Immer müssen Preußens Monarchen dessen wirkliche, oberste Feldherren sein! Das Militär sei das erste im Range und der ehrenvollste Stand in der Gesellschaft! Dies ist nur ein geringer, höchst gerechter Ersatz für die großen beständigen Opfer, die es dem Vaterlande mehr denn andere bringt." „Ihm seinen Zustand möglichst zu erleichtern, ist aller übrigen Stände heilige Pflicht. Dank dem besten Könige, der den Sold unserer Krieger erhöht hat! Jeden, sei er, was er wolle, treffe Schmach und Schande, der nicht freudig, was er kann, dazu beiträgt. Wer wollte in diesem Falle ausgenommen sein, wer nicht gern seinen Luxus beschränken, um dazu geben zu können? Wer preußischer Staatsbürger ist und das Gute, das er unter seiner Regierung genießet, kennt und zu würdigen weiß, muß wissen und fühlen, daß jetzt in keinem Lande auf der Erde mehr wahre Freiheit und Glückseligkeit ist, als in seinem Vaterlande[237]). Er wird sich sein hohes Gut von keinem auswärtigen Feinde entreißen lassen. Alle werden eher alles wagen und ihr Vaterland zu verteidigen, oder auf ihm ihr Grab zu finden wissen." „Wenn die oberste Gewalt es notwendig finde", dann müsse jeder Staatsbürger verbunden sein, für das Vaterland Habe, Leib und Leben zu wagen[238]).

Was wir hier vernehmen, das ist schon fast der Ton der Befreiungskriege, die Staatsauffassung des neuen Preußens, das aus dem Zusammenbruche von 1806 erstand. Dem Verfasser dieses Aufsatzes — er nennt sich nicht — war der preußische Staat das Vaterland, die

---

[236]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1802, S. 1030.

[237]) In den „Philosophischen Bemerkungen über die Republiken" hieß es: „Ein preußischer Bauer ist freier, als ein Bürger in der Schweiz." Siehe Heigel a. a. O. I 323. — Vergl. auch Wenck a. a. O. 157: „Gegenüber den abfälligen Urteilen über Preußen als einen Staat des Zwanges und der Unfreiheit . . . überrascht uns vor allem eines: Daß nicht selten ein reiches Maß von Freiheit als das Charakteristische in den preußischen Zuständen gerühmt wird."

[238]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1799, S. 1247 ff.

Untertanen Staatsbürger. Der Mehrzahl der Zeitgenossen lag diese großartige Auffassung von den Pflichten des einzelnen gegen den Staat noch weltenfern.

Die landläufige Ansicht war immer noch, daß für den Militärdienst die Schlechtesten gerade noch gut seien. Als gemeiner Soldat dienen zu müssen, galt so ungefähr als dasselbe wie Zuchthausstrafe. Ganz im Ernste meinte man es, wenn man den Vorschlag machte, daß „alles landstreichende Gesindel", „alle die, welche zwar des Diebstahls oder Raubes nicht ganz überwiesen werden könnten, gegen welche aber viel erhebliche Vermutungen stritten", . . . „für's Militär eingezogen und sofort an eines der nächsten Regimenter abgeliefert werden" sollten. Das werde „sicher den stärksten Eindruck machen und mancher würde in dieser Schule noch zu einem nützlichen Menschen erzogen werden"[239]).

Besonders in der Grafschaft Mark wurde über das preußische Militärwesen viel hin und her gestritten. Man ging dabei meist von ganz provinziellen Gesichtspunkten aus. Denn in der Mark herrschten in dieser Beziehung besondere Verhältnisse, da der industrielle Süden von der Aushebung gänzlich befreit war. In einem Aufsatze des Anzeigers[240]) wurde nun diese Einteilung der Provinz in „werbepflichtige und werbefreie Distrikte" verworfen. In jenen Distrikten seien alle, die „infolge körperlicher Untauglichkeit oder Exemtion" nicht zu dienen brauchten, gänzlich frei und brauchten auch kein Werbegeld an die Kriegskasse zu zahlen. Dort ruhe die Dienstpflicht, die größte aller Staatslasten, ganz allein „auf der untersten Volksklasse, die gar kein Interesse an der Existenz des Staates habe und für die Einsetzung ihres einzigen Gutes, des Lebens, elend bezahlt werde." Wir würden erwarten, daß der Verfasser daraus nun die Folgerungen ziehen und den Grundsatz aufstellen werde, daß zur Verteidigung des Vaterlandes alle, und in erster Linie die Besitzenden berufen seien, die ja auch an seiner Erhaltung das größere Interesse besäßen. Aber dieser Gedanke kommt ihm nicht im entferntesten. Er zeigt sich vielmehr mit der Praxis der Regierung völlig einverstanden und wünscht nur, daß sie noch konsequenter durchgeführt werde. Denn auch in den werbefreien Distrikten, sagt er, sei „eine große Zahl starker Menschen, die kein bestimmtes Gewerbe trieben und den Kommunen zur Last fielen, da sie besitz- und beschäftigungslos seien, aus diesem Grunde aber auch keine Geldzahlung leisten könnten." Diese würden dem Staate „als Soldaten nützlich werden". In den werbefreien Distrikten sei „die Furcht vor dem blauen Rock" ein mächtiger Antrieb, „sich zu den Fabriken zu begeben, in den werbefreien falle das weg". „Nirgend gebe es mehr Taugenichtse und Tagediebe als hier". Er kommt zu der Schlußforderung: „Man hebe den Unterschied zwischen den werbepflich-

---

239) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1799, S. 1526.

240) Jahrgang 1798, S. 54—58, 69—72: „Die Verbesserung des Kantonswesens mit Rücksicht auf die Beförderung der Industrie betreffend."

tigen und den werbefreien Distrikten auf, lege die Werbefreiheit auf alle nützliche und mit dem Militärdienst unverträgliche Gewerbe, den Ackerbau als das erste und nützlichste von allen nicht ausgeschlossen." Um aber diejenigen, die dann allein noch Soldat werden müßten, d. h. doch den Auswurf des Volkes, enger an den Staat zu ketten, macht er zuletzt noch den Vorschlag, daß auch der Sold erhöht, und ein „höchstens fünfzehnjähriger Zeitdienst" eingeführt werden solle.

Der Widerspruch blieb natürlich nicht aus. Wo findet man im Märkischen größeren Wohlstand, schrieb Peter Harkort[241]), als im Schwelm- und Hagenschen? Sollte dieser durch Tagedieberei und Faulheit errungen sein? . . . . Friedrich der Einzige erreichte seine weisen Absichten vollkommen, wie er Werbefreiheit uns gab. Seitdem haben unsere Fabriken, die einer Erweiterung fähig waren, sich vervielfacht. . . . Ausländer siedelten sich hier an, die die Werbung sonst zurückgeschreckt hätte. Nicht allein die bisher befreiten Distrikte, meinte Harkort, müßten dies bleiben, sondern noch dazu die andern Fabrikgegenden, die jetzt noch der Kantonspflicht unterlägen, ebenfalls frei werden. Dadurch werde „der Flor des Ganzen" sich noch gewaltig steigern. Denn auch die Volksmenge in der Nachbarschaft werde sich dann vermehren, und auf diese Weise auch der Kanton des Regiments vergrößert. Man stellte statistisch fest, daß tatsächlich z. B. im Kirchspiel Voerde, dessen eine Hälfte werbepflichtig, dessen andere werbefrei war, der befreite Teil die doppelte Einwohnerzahl besaß, wie der andere. Also, erklärte man, sei völlige Kantonsfreiheit aller Fabrikbezirke zu erstreben[242]).

Die gewöhnlichsten Vorwürfe, die man sonst gegen das preußische Heerwesen erhob, betrafen die Länge der Dienstzeit und die harte Behandlung der gemeinen Soldaten. „Höchstens acht bis zehn Jahre" wollte Mallinkrodt die Ausgehobenen bei der Fahne behalten wissen. Auch werde „durch Ehre und Liebe" mehr bewirkt, als „durch den Stock", „gänzlich verdorbene Menschen ausgenommen"[243]). Dabei übersah Mallinkrodt dann freilich, daß mit den Elementen, aus denen sich bis dahin die Armee zusammensetzte, ohne den Stock eben nicht auszukommen war.

Bei aller Routine, die die preußische Verwaltung besaß, zeigte sie doch wieder eine Schwerfälligkeit, die sie einer außerordentlichen Lage gegenüber fast hilflos machte. Ganz unerwartet wurden die Bewohner der Mark im Sommer des Jahres 1799 durch eine Reihe von Untaten aufgeschreckt, die seit Menschengedenken sich nicht mehr ereignet hatten[244]).

[241]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1798, S. 310—315: „Etwas über die Verbesserung des Kantonswesens; und über die in Nr. 4 und 5 des W. A. den werbefreien Distrikten gemachten Vorwürfe."

[242]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1800, S. 625 ff.

[243]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1802, S. 1031.

[244]) Ueber das Räuberunwesen im Reiche, vergl. Häusser II 377.

Schon 1798 waren die Wege Westfalens eine geraume Zeit recht unsicher gewesen. Man hörte von zahlreichen Diebstählen, einem Mord in Bochum, einem Ueberfall im Ardeygebirge. Als dann ein größeres Aufgebot die Berge durchsucht hatte, war es wieder ruhig geworden[245]). Jetzt überfiel plötzlich eine große Räuberbande den Pfarrer Klemp zu Eiklinghofen in seinem Hause. Der Pfarrer wurde mit Frau und Kindern gebunden und mißhandelt. Alles Hausgerät wurde kurz und klein geschlagen, Geld und Wertgegenstände geraubt. Kurz darauf plünderte ein Räuberhaufe in derselben Weise „bei klingendem Spiel" ein Haus in der Nähe von Hattingen[246]). „Kehren wir zurück in die Zeiten des Mittelalters, schrieb der Anzeiger[247]), wo Raub und Faustrecht Hand in Hand gingen? Und dieses geschieht in den preußischen Staaten, deren Bewohner das Ausland, und mit Recht, zu den Glücklichsten rechnet! Wahrlich, das muß jeden preußischen Patrioten schmerzen, und alle Einwohner der Grafschaft Mark fordern laut die Behörden auf, ihnen Sicherheit und Schutz gegen Raub und Mißhandlung zu verschaffen. Jedermann fragt: Wo findet sich der Grund solcher Unsicherheit? und gleich beantwortet jeder die Frage: In der Duldung so vielen Gesindels, in der Nachsicht und Leidigkeit gegen bekannte Räuber und Diebe, in der sorglosen Verwahrung der gefänglich Eingesetzten. . . . Anderwärts säubern Landhusaren die Gegend von unnützem und landstreichendem Gesindel und schützen die Landbewohner vor nächtlichen Ueberfällen[248]) Das Militär in Preußen würde leicht ein Gleiches können!"

Aber die Behörden versagten gänzlich, und das war schlimm für die Westfalen, denn man hatte es verlernt, sich selbst zu helfen. Wäre es nicht den Gemeinden, den Städten möglich gewesen, durch Bürgergarden einen Sicherheitsdienst zu organisieren, das Land absuchen zu lassen. In ähnlicher Weise hatten sich die französischen Städte bei der Auflösung der staatlichen Ordnung im Jahre 1789 geholfen[249]). Aber daran dachte keiner. Im Jahre 1800 hörten die Einbrüche und Ueberfälle nicht auf. In Nordkirchen brachen noch im Dezember 1799 bewaffnete Räuber ins Pfarrhaus, mißhandelten seine Bewohner und raubten, was sie mitschleppen konnten. In der Nacht vom 4. auf den 5. Januar 1800 wurde ein einsames Wirtshaus an der Landstraße zwischen Hamm und Lünen von einem Trupp vermummter Männer überfallen. Auch hier verband sich Plünderung mit Mißhandlung. Kurz darauf fand ein Raubanfall auf einen Gärtner aus Iserlohn statt, der

[245]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1798, S. 135—137.

[246]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1794, S. 1524 ff.

[247]) Ebd.

[248]) z. B. im Vest Recklinghausen. Siehe den Westf. Anzeiger, Jahrgang 1799, S. 40. — Märkische Landtagsakten Nr. 353 (betr. die Bildung eines Sicherheitskorps in der Grafschaft Mark) erwähnen ebenfalls das „Landjägerkorps" im Vest Recklinghausen.

[249]) Sybel a. a. O. I 97.

von Sümmer nach Altendorf unterwegs war. So ging es das ganze Jahr weiter. In der Herrschaft Hardenberg (im Herzogtum Berg), berichtete der Anzeiger, habe sich ein förmlicher „Klub" von Banditen festgesetzt, die mit „unerhörter Frechheit zu Werke gingen". In Gemarke sei ein mitschuldiger Bauer festgenommen worden, aber wieder entsprungen, da man ihm „schwache, schlechte Leute zu Wärtern gegeben und, um die Kosten für den Büttel zu sparen, ihn seine Ketten selbst habe schließen lassen"[250]). So recht ein Bild aus der guten alten Zeit. Kein Wunder, daß „auf dem platten Lande alles bebte", daß die Leute „sich nicht zu raten noch zu helfen wußten". Aus allen Teilen Westfalens und der Nachbargebiete kamen die Schreckensnachrichten. Im Münsterlande plünderte eine Bande, wie wie hören, „fast überall die Kirchen"[251]). Ebenso wurden das Herzogtum Berg, Limburg und das Essener Ländchen schwer heimgesucht[252]).

In ihrer Not wandten sich die Märker unmittelbar an die höchste Stelle selbst, um Hilfe zu erlangen. Dem Westfälischen Anzeiger schrieb man im Januar 1800[253]), daß in Berlin ein „sehr achtungswürdiger Mann" den Anzeiger lese. „Möchte doch dieser Mann der Grafschaft Mark den größten Dienst erweisen, den er ihr jetzt erweisen könnte, und (er kann es) entweder den besten Monarchen oder seinen ehrwürdigen Minister von Heinitz auf den Inhalt des Aufsatzes im W. A. Nr. 103 v. J. aufmerksam machen! . . . Von ihm hängt die gefährdete öffentliche Sicherheit einer ganzen Provinz, hängt Gut und Leben einiger Tausend Menchsen ab. Wenn Friedrich Wilhelm III., der Gerechte, der uns unaussprechlich Teure, wenn sein verdienstvoller Minister nicht unsere Hülfe sind, von wem soll uns dann Hülfe kommen?" . . . . „Woher kommts, so wurde gefragt, wenn Diebstähle, Räubereien und Mordtaten überhand nehmen?" Und abermals lautete die Antwort: „Wenn der Bosheit nicht gleich im Anfang auf eine nachdrückliche Art Einhalt getan wird . . . Wenn sich der Bösewicht wenig oder garnicht vor der Strafe zu fürchten braucht . . . Wenn alles durch überhand genommene Bosheit dergestalt in Furcht gesetzt wird, daß sich fast keiner mehr getraut, Anzeige zu tun . . . Wenn Maßregeln, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe ergriffen sind, nicht gehörig ausgeführt und befolgt werden . . . Wenn nicht schleunige und strenge Justiz verwaltet wird oder werden kann. Daß oft ein Jahr damit hingehet, oder auch Jahre, ehe man wegen zugefügter Ungerechtigkeiten oder Bosheiten Recht erhält, oder ehe man erfährt, was einem Bösewicht für Strafe zuerkannt ist." Vielleicht seien auch die gesetzlichen Be-

---

[250]) Bericht im Westfälischen Anzeiger, Jahrgang 1800, S. 40 ff, 49 ff, 65 ff, 204 ff, 459 ff.
[251]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1799, S. 40.
[252]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1800, S. 204 ff, 1326 ff.
[253]) .S 41 ff.

stimmungen nicht scharf genug, meinte die Zeitung, denn seitdem das Allgemeine Landrecht Geltung habe, sei noch keine Hinrichtung erfolgt[254]).

Die Berliner Regierung kam jetzt doch zu der Ueberzeugung, daß etwas außerordentliches geschehen müsse. So gab denn der König den, angesichts der Lage sehr naiven, Befehl, daß die Diebe in Zukunft sofort nach Wesel zu schaffen seien, wo „nach dem strengsten Inhalt der Strafgesetze" mit ihnen verfahren werden solle. Zur schnellen Erledigung seien dem Kriminalrichter zu Wesel „so viel Referendare beizuordnen, als er verlange"[255]). Man hatte dem Könige die Nummer des Anzeigers zugeschickt, in der von dem Ueberfall auf den Pfarrer Klemp berichtet wurde. Mit jener Verordnung glaubte die Regierung nun offenbar, zunächst genug getan zu haben. Aber bekanntlich werden immer nur die Diebe gehangen, die man hat, und da man keine Maßregeln traf, der Verbrecher habhaft zu werden, so blieb natürlich alles beim alten. Es war Pfarrer Möller von Elsey, der in einem Aufsatze[256]) über „Raubtiere und deren Vertilgung" mit beißender Ironie die Lage nochmals beleuchtete. Nicht die Behörden klagt Möller an, sondern den Geist einer Zeit, die das Ideal der Humanität zu einem Zerrbild gemacht hatte, indem sie aus falsch angebrachter Menschenliebe den Verbrecher nicht mehr als Verbrecher behandelte[257]). Wo sind

---

[254]) Vergl. E. v. Meier a. a. O. II 92: „Das Strafrecht des A. L. R. stellt . . . das Ergebnis der reformerischen Bewegung dar, die seit Mitte des 18ten Jahrhunderts in Wissenschaft und Praxis sich Bahn gebrochen hatte . . . Die Strafen (waren doch) milder als vorher. . . . Immerhin war das Strafrecht der schwächste Teil der Kodifikation, der sehr bald Novellen notwendig machte . . ." Ebenso wird 149 berichtet, daß Friedrich der Große „bei Vorlegung der dritten Abteilung vom 10. April 1786 die übermäßige Milde der Strafgesetze getadelt hat."

[255]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1800, S. 92 ff: „Eine Korrespondenznachricht."

[256]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1800, S. 241 ff.

[257]) Sehr spaßhaft verspottete der Anzeiger den Zeitgeist in dieser Hinsicht durch folgendes Geschichtchen: „Die Exekution in Hellburg. Zu Hellburg im Herzogtum Oberklugheim wurde ein Räuber gefangen, welcher seit fünf Jahren wenigstens 100 Diebstählen beigewohnt, an vielen Mordtaten teilgenommen und mehr als 1000 Menschen . . . hatte unglücklich machen helfen. Sein gutes Glück führte ihn in die Hände der Hellburger, die es für das non plus ultra aller Aufklärung hielten, ihren Feinden zu vergeben Gern hätten sie den mitleidswürdigen Verbrecher in Freiheit gesetzt und ihm noch überdies Geld dazu auf den Weg gegeben, wenn sie sich nicht vor dem mageren Satyrikus gefürchtet hätten, der damals eine hellburgische Tageskritik herausgab. Sie mußten also aus Not dekretieren: Der Malefikant empfängt 100 Rutenschläge und wird Landes verwiesen, und das von Rechtswegen. Bei der Exekution wurden häufige Tränen vergossen, besonders da der Gestäupte einmal laut aufschrie; und da der ganze Aktus vorüber war, drängten die guten Hellburger sich einander bald tot, um zu dem Gestraften zu kommen und ihm ein Stück Geld für seine vielen Schläge in die Hand drücken zu können usw. Jahrgang 1800, S. 379 ff.

unter uns, schrieb er, die Züchtlinge und die Baugefangenen, die, wenn sie ihre Strafe ausgestanden hatten, als bessere Menschen zurückkamen?" Solche Leute, erklärte er, müsse man „für die Gesellschaft unschädlich" machen. Jetzt sei das Leben des Verbrechers „häufig eine stets abwechselnde Hin- und Herreise zwischen seiner Heimat und dem Zuchthause. Unablässig bleibe die öffentliche Sicherheit in Gefahr. Möller schilderte das plötzliche Auftreten der Verbrecherbanden unter dem Bilde eines Einbruchs von einem Rudel Wölfe. Früher habe man diese mit allen Mitteln ausgerottet. Inzwischen seien aber „die Stubengelehrten gekommen und hätten gemeint, man habe doch wohl früher „den armen Wölfen Unrecht getan". Wer wußte, ob alle, die man für Wölfe ausgegeben, wirklich Wölfe gewesen wären? Es könne wohl mancher ehrliche Spitz darunter gewesen sein . . . Es gehöre unter die Barbareien der Vorzeit, daß man die Wölfe aufgehangen hätte. Die Wölfe wären von Natur so böse nicht, eine schlechte Erziehung habe sie nur verdorben. Man solle sie nur eine Zeitlang einsperren und erziehen, dann würden sie schon nützliche Haustiere werden." Als dann, erzählt er, in einem kalten Winter ein Haufe „alter, abgefeimter, grimmiger, hungriger Wölfe" über den zugefrorenen Rhein kam, Reisende auf den Landstraßen anfiel, in die Häuser eindrang, da war guter Rat teuer. Nach der Weise der Alten mit ihnen zu verfahren, das würde „nicht nach dem Geschmacke des Zeitalters" gewesen sein. „Man studierte also flugs aus Büchern die Naturgeschichte des Wolfes und die Vorschläge zur Besserung und Veredelung seiner Art. Alle möglichen Versuche wurden mit einer Geduld ohnegleichen angestellt." Erst wie alles nichts helfen wollte, wandte man sich in seiner Not an den Fürsten, der sofort dekretierte, „die Maßregeln der alten Jägerei", seien wieder zu ergreifen. „Was geschah? Kaum war ein Wolf aufgehangen, so waren alle übrigen weg und über die Grenze. Solange seines Gebeins dort hing, war keiner zu spüren?" „Zum deutlichsten Vorwurfe, schloß Möller, daß die Wölfe das Hängen ärger hassen, als unsere Banditen die Warnungsanzeigen im Duisburger Intelligenzzettel. Jene fliehen, diese bleiben."

Fast zwei Jahre gingen noch darüber hin, bis die Regierung diesen unerträglichen Zuständen ein Ende machte. Die märkischen Landstände schlugen im Dezember 1800 vor[258]), man solle nach dem Vorbild Recklinghausens ein Landjägerkorps bilden, dem man gleichzeitig auch die Geschäfte der polizeilichen Unterbedienten, wie Kreisreiter, Armenjäger, Flurschützen, übertragen könne. Damit verbunden sei eine verschärfte Aufsicht über die Reisenden einzuführen. Bisher, hören wir, ließ man

---

[258]) St. A. M. Märkische Landtagsakten Nr. 353, betr. die Bildung eines Sicherheitskorps in der Grafschaft Mark.

aufgegriffene Vagabunden, weil man die Transportkosten nach Wesel scheute, vielfach wieder laufen. Das sollte nun aufhören.

Aber erst am 9. November des folgenden Jahres lief endlich von Berlin die entscheidende Verfügung ein. Danach errichtete man zu Bochum eine „Immediats-Sicherheit-Kommission“, der die Polizei und Kriminaljustiz überwiesen und eine Abteilung Ansbach-Bayreuth'scher Jäger zur Verfügung gestellt wurde. Das half endlich[259]).

Wenn die Regierung in diesem Falle noch ziemlich gelinde in der Publizistik davongekommen war, so lag die Schuld gewiß zum Teil daran, daß das absolute Regime der öffentlichen Meinungsäußerung eine stärkere Zurückhaltung aufzwang. Andererseits war aber die Achtung, die die Oeffentlichkeit den Regierenden und in erster Linie dem Haupte des Staates entgegenbrachte, noch immer aufrichtig und tief. Wie zu einem Vater sahen die Preußen Westfalens zu ihrem Könige empor. Da war kein unehrerbietiges Wort möglich. Mit Begeisterung erwartete man im Jahre 1799 König Friedrich Wilhelms III. Besuch, den man schon als Kronprinzen kennen und lieben gelernt hatte. „Bei der letzten Reise des Königs (Friedrich Wilhelm II.), schrieb der Westfälische Anzeiger[260]), stellten sich die Bewohner des Amtes Altena, . . . in langen Reihen geordnet, mit ihren Kindern und Gattinnen an den Weg, den der Monarch nahm. Alle sahen ihn, freuten sich Sein und riefen ihm zu, was ihr Herz für ihn empfand. Er sah sein blühendes, gesundes, frohes, glückliches Volk, ein Anblick, der ihm und seinem ihn begleitenden Sohne unaussprechliche Freude machte. . . . Er wird sie wieder finden, diese schönen Züge seines Volkes, wenn sein Volk ihn mit unnennbarer Freude wiedersiehet.“

Was sie dem Hause Hohenzollern alles verdankten, das sahen die Märker so recht ein, wenn sie ihre Zustände mit denen ihrer Nachbarn verglichen. Mit welcher Leidenschaft betrieben nicht die Fürsten jener Zeit z. B. die Jagd[261])? Sie galt geradezu als das vornehmste aller fürstlichen Vergnügungen. Vor allen andern huldigte ihr der König von Frankreich, für den sie ohne Uebertreibung die wichtigste Beschäftigung bildete, mit der er buchstäblich den dritten Teil seiner Zeit hinbrachte[262]). Das Beispiel Frankreichs war aber immer noch, auch für die deutschen Fürsten, tonangebend. In dem Forste des Schlosses Bensberg im Herzogtum Berg wurden von dem Kurfürsten 8000 Hirsche gehegt, vor denen die Bauern ihre Felder kaum zu schützen wußten. Denn wehe dem, der sich unterfing, einen Hirsch wegzuschießen. Die Förster durften jeden, den sie dabei ertappten, auf der Stelle töten[263]).

---

[259]) Berger, Der alte Harkort, 82.
[260]) Am 1. März 1799, S. 285 ff.
[261]) Heigel a. a. O. II 263.
[262]) Taine a. a. O. I 110.
[263]) Berger a. a. O. 48 ff.

Es gab eine Zeit, in der es auch in der Grafschaft Mark nicht anders gewesen war. Erst Friedrich Wilhelm I. hatte dem ein Ende gemacht, indem er seine Wildbahnen in der Mark verpachtete. Durch diese Maßregel, schrieb das Magazin für Westfalen[264]), sei der König ein „großer Wohltäter" der Grafschaft geworden, deren Bewohner ihm dafür „ein immerwährendes, danbares Angedenken bewahrten". Seinem Beispiel seien auch die folgenden Könige gefolgt. Deshalb „segne sie der Bauernstand". „Als vor einigen Jahren, heißt es weiter, der König beider Sizilien, wie die Heroen der Vorwelt, in Deutschland umherzog und, wie sie, die Wälder von wilden Tieren reinigte, . . . als damals diesem fremden Könige hin und wieder Jagdfeste gegeben wurden, wobei das große Wild zu Hunderten und das kleine zu Tausenden erlegt ward, da dachte man in der Grafschaft Mark mit heißer Dankbarkeit an Gott und an die preußischen Könige! Man erzählte einander, leidenschaftliche Jagdliebe sei seit Jahrhunderten des Hauses Bourbon Familiencharakter, Ordnungsliebe, nützliche Tätigkeit und weise Sparsamkeit sei des Hauses Hohenzollern Familiencharakter. Man wünschte: Gott erhalte dem Hause Hohenzollern seinen Familiencharakter und gebe dem preußischen Throne nie einen König, der ein leidenschaftlicher Jäger ist." Der Gedanke wurde laut, wenn König Friedrich Wilhelm III. Westfalen besuche, bei Hamm, wo der König den märkischen Boden betreten müsse, ein Denkmal zu errichten, „das den Fürsten des Hauses Brandenburg, die vorzügliche Wohltäter der Grafschaft Mark waren, gewidmet wäre[265]).

Die beiden letzten Könige Preußens waren Aristokraten gewesen. Friedrich Wilhelm III. war und fühlte sich als Bürgerkönig. Was den Stolz des deutschen Bürgers dieser Zeit ausmachte, das waren auch Friedrich Wilhelms Tugenden, dieselben, die man überhaupt an dem Hause Hohenzollern rühmte, „Ordnungsliebe, nützliche Tätigkeit, weise Sparsamkeit". Man hörte, daß der König sich „schon von Warschau aus" „alle Feierlichkeiten in Berlin bei seiner Ankunft verbeten habe", da es ihm „weit angenehmer" sein werde, wenn die zu seinem Einzug bereits gesammelten Gelder „zu irgend einem gemeinnützigen Zweck" verwandt würden. Die Huldigung habe dann am 6. Juli stattgefunden, „mehr mit herzlicher Liebe auf beiden Seiten, als mit königlichem Pompe". „Nur wenige Deputierte von der Ritterschaft und von den Städten"

[264]) Jahrgang 1798, S. 214 ff.

[265]) Daran sollte sich noch eine Reihe weiterer Denkmäler anschließen. Eins bei Unna, das der Landwirtschaft der Grafschaft Mark geweiht wäre, auf Hohensyburg ein Monument „Der Natur und Vorwelt" des Landes, im Volmetal „dem Andenken der heimischen Industrie". Ein Mal beim Eintritt in das Amt Altena sollte die Aufschrift tragen: „Der Vorfahren Friedrich Wilhems III. ältestes Erbteil." Doch man vergaß auch nicht „die Wünsche des Volkes an Friedrich Wilhelm III." Sie sollte ein Erinnerungsstein bei Bochum verewigen. Westf. Anzeiger, Jahrgang 1799, S. 286 ff. Ein etwas sonderbarer Plan!

seien zur Teilnahme befohlen worden, um die Kosten nach Möglichkeit zu vermindern[266]. An dieser Stelle mag ein Volkslied zum Preise des königlichen Paares auf Preußens Thron Platz finden, das wir in Weddigens „Westfälischem Jahrbuch" im Jahre 1804 lesen[267]:

„Einen seltnen König preise,
Preis ihn hoch, o Festgesang.
Schon als Jüngling brav und weise
Gab sein Herz ihm Königsrang.
In der Laufbahn rascher Jugend,
Die er festen Schritts betrat,
War der früh am Scheidepfad
Der Gefährte strenger Tugend.

(Refrain)

Nicht dem Purpur, nicht der Krone
Räumt er eitlen Vorzug ein.
Er ist Bürger auf dem Throne
Und Sein Stolz ist, Mensch zu sein[268].
Zu dem Flehn bedrängter Brüder
Neigt er liebreich gern sein Ohr,
Wer die Hoffnung schon verlor,
O, dem gibt Sein Blick sie wieder.

Er zerriß der Selbstsucht Netze
Auf das Wohl des Volks bedacht,
Er verehret die Gesetze
Auch als Schranken eigner Macht[269].
Er entfernt der Heuchler Scharen
Und verachtet Schmeicheleien,
Denn er winkt zu seinem Thron
Nur dem biedern Mann, dem Wahren[270].

---

[266]) Westf. Anzeiger, Jahrgang 1798 d. 17. Juli, S. 68. — Vergl. auch Heigel a. a. O. II 257.

[267]) S. 299. Als Verfasser wird K. Harkorts genannt.

[268]) Vergl. M. Lehmann, Ein Regierungsprogramm Friedrich Wilhelms III. Historische Zeitschrift N. F. 25. Bd. S. 441: Die „Gedanken über die Regierungskunst" (Friedr. Wilh. III.) „lesen sich wie die wohlmeinenden Wünsche eines tüchtigen, in bescheidenen bürgerlichen Verhältnissen geborenen, später reich gewordenen Mannes, der von Geburtsvorrechten nichts wissen, und sich der Versuchungen des Reichtums und der Macht erwehren will."

[269]) Daß der Dichter dies hervorhebt, beweist einerseits, daß es damals doch noch nicht gerade als selbstverständlich erschien, daß der König unter den Gesetzen stehe, andererseits aber auch, daß die öffentliche Meinung ein solches Verhältnis als gerecht und billig ansah.

[270]) Offenbar eine Spitze gegen Friedrich Wilhelm II. und die Rosenkreuzer.

Er gehorcht nicht frommem Wahne
Nicht empörter Leidenschaft,
Seine Taten, seine Plane
Sind Geburten deutscher Kraft
In der Wissenschaft Gebiete
Durch das Leuchten Seiner Gunst
Treiben deutscher Fleiß und Kunst
Neue Früchte deutscher Blüte.

Diesen edlen König preise,
Preis ihn hoch, o Festgesang!
Hier in treuer Freundschaft Kreise
Singt ihm, Freunde, lauten Dank!
Für des besten Königs Leben,
Für die edle Königin
Für dies Paar von deutschem Sinne,
Trinkt das Blut der deutschen Reben!
Erhalt es uns Gott!
Vereint durch ewiges Band,
Zum Heil für Volk und Staat,
Für Thron und Vaterland!"

Achtes Kapitel.

Gegenseitige Abneigung zwischen dem geistlichen und dem preußischen Westfalen.

Welches Ansehen genoß aber dieser mächtige, einheitlich organisierte, intensiv verwaltete preußische Staat, die Vormacht und der Schützer Norddeutschlands, in den andern Gebieten Westfalens, die seiner Hoheit nicht unterworfen waren? Sollte man nicht erwarten, der Ruhm der preußischen Regierung, das einstimmige Lob ihrer Untertanen, habe in den Nachbarn das Gefühl der Bewunderung und des Neides erregt? Ist es doch ein erhebendes Gefühl, Bürger einer Großmacht zu sein, deren Stimme im Rate der Völker gehört wird! Aber das deutsche Volk in seiner Mehrheit besaß diesen Ehrgeiz damals nicht mehr, oder noch nicht wieder. Der Deutsche, der irgendwoher aus dem „Reiche" auf einer Reise in preußische Provinzen kam, der staunte über den Geist, von dem dort das Volk beseelt war. „Patriotismus, schrieb Gruner, ist die ausschließliche Tugend jedes Preußen . . . Was könnte Deutschland sein, wenn alle einzelnen Staaten von diesem Gemeingeist beseelt wür-

den"[271])? Dieser Preußenstolz war anderen Deutschen meist unverständlich, ja sie fühlten sich oft dadurch abgestoßen. Was war denn dieser preußische Staat? Eine Vereinigung von allen möglichen Stämmen und Stammessplittern in der Hand eines Fürstenhauses, erworben bald durch Erbschaft, bald durch Kauf, bald durch Eroberung[272]). Und doch herrschte in diesem Volk ein starkes Einheitsbewußtsein, ein Selbstgefühl, wie man es sonst höchstens an Ausländern, Engländern oder Holländern z. B., kannte. „Unter Vaterland, erklärte der Westfälische Anzeiger seinen Lesern, verstehet der Preuße den Boden seines Staates, dessen Verfassung und Güter, alle Individuen der Staatsbürger vom Monarchen herab"[273]). Eigentümlich und gesucht! Die Vorstellung, daß das Vaterland auch ein Staat sein könne, war offenbar sehr ungewohnt. Denn sonst dachten die Leute bei dem Wort Vaterland nur an ihren Heimatskanton, an den aber vielfach verschiedene Staaten Anteil hatten. Ebenso war der Begriff eines deutschen Vaterlandes unbekannt. Keine Empfindung besaß man dafür, daß dieses Deutschland einen Machtfaktor bilden könne oder müsse. Man war froh, wenn man mit den großen Welthändeln nichts zu tun hatte. Ueberall hegte man seinen lokalen Patriotismus. Die Menschen waren zufrieden, wenn sie niedrige Abgaben zu zahlen hatten, wenn sie ungestört ihren alten Sitten und Gewohnheiten nachleben konnten, überhaupt, wenn der Staat möglichst wenige Anforderungen an den Einzelnen stellte. Der Betriff des Staates als der Gemeinschaft der Staatsbürger war dem Volke fremd. Immer noch sah man, wie schon zu Luthers Zeiten, in dem Staate nur die Obrigkeit. Wie hätten die Münsterländer z. B. ihren Zustand gegen den der Bewohner Preußens vertauschen mögen? Sie lebten unter einer milden, väterlich sorgenden Regierung, bezahlten mäßige Steuern, sie brauchten nicht Soldat zu werden. Von preußischen Vorzügen wollten sie nichts hören. Stand ihr Land doch auch nach außen seit Fürstenbergs Verwaltung in gutem Ansehen. Seine Kreditfähigkeit jedenfalls hatte die Probe im letzten Kriege glänzend bestanden[274]), und auch seine Truppen hatten sich brav geschlagen[275]). Der münsterländische Stolz war damals sprichwörtlich in Westfalen. Mit seinen eigenen Zuständen war man zufrieden und vom Nachbarn wußte man wenig[276]). „Es ist unbegreiflich", schrieb Stein, als er im Jahre 1802 nach Münster kam, um dort die neue preußische Verwaltung zu organisieren, „daß in einem Lande, welches zwischen den preußischen Provinzen eingeschlossen, in diesem überall Be-

[271]) Gruner I 150.
[272]) So drückte sich Stein einmal aus. Siehe Pertz I 330.
[273]) Jahrgang 1799, S. 1262.
[274]) Meyer zu Stieghorst. 65.
[275]) Lepping a. a. O. S. 8, 9. — Stolberg (bei Janssen II 241) nennt die Münsterschen Reiter „eines der schönsten Korps", sie hätten sich auch „den Franzosen furchtbar gemacht".
[276]) Pertz I 235. — Vergl. auch C. W. von Dohm I 318.

weise einer energievollen, milden, gesetzlichen, kenntnisreichen Verwaltung findet, solche rohe Begriffe über diese Verwaltung herrschen"[277]).

Es war nicht nur Gleichgültigkeit, die der Münsterländer Preußen entgegenbrachte. Alle Aeußerungen der Volksmeinung, die wir vernehmen, atmen Abneigung, ja Haß. Und doch war Preußen seit dem Baseler Frieden der Beschützer und Wohltäter dieser Lande. „Die Demarkationslinie, erzählt der Emigrant Abbé Beston, der in Coesfeld eine Zuflucht gefunden hatte, wurde von allen kriegführenden Mächten so gut respektiert, daß der Brand, der so viele Länder entzündete, sich niemals uns näherte. Nur aus den Zeitungen erfuhren wir seine Schrecken und konnten all unsere Tränen dem Unglück der anderen weihen, nicht gezwungen, sie für uns zu vergießen. Sieben Jahre genossen wir eines tiefen Friedens, Dank der Politik einer Regierung, die viele von denen, die sich gleich mir des Guten erfreuten, das sie allen verschaffte, mit einer Strenge beurteilten, die an Undanbarkeit grenzte. „Sie verrät das deutsche Reich", sagten unsere Münsterländer. „Wenn sie unser Land erhält, so tut sie es für sich selbst. Man wird es ihr zur Entschädigung für das klevische Land geben, das ein Bestandteil der französischen Republik geworden ist. Was haben wir dabei gewonnen"[278])? Vergeblich ist Bastons Bemühen, seinen Gastfreunden eine andere Auffassung beizubringen. Vergeblich erinnert er sie daran, daß sie doch auch dafür von allem Unheil verschont blieben, das der König über die Nachbarländer ausgoß, daß sie nicht „die Ehre ihrer Frauen und Töchter zu beweinen brauchten", „ihre Behörden nicht als Geiseln fortgeschleppt" sähen, daß ihre Speicher noch gefüllt sind. „Das wenige Gold, das ihr habt, sagt er zu ihnen, ist euch nicht genommen worden. Es bleiben euch Pferde und Arme, euere Aecker zu bauen. Ihr habt noch Vieh und Futter, um es zu erhalten, nicht einer eurer Bäume ist gefällt worden, die Geißel der Kontributionen, die den Wohlstand so vieler Völker vernichtete, hat euch nicht getroffen". Und vollends, „eure Religion, diese Religion, die ihr so sehr liebt, hat nichts zu leiden gehabt. Ihre Diener sind bei euch und ihr seid noch beständig ihre Sorgen. Ziemt es euch da, unzufrieden zu sein? Eine unsichere Zukunft erregt heute euer Murren. Ihr meint, daß etwaige frivole Pläne euch von der Dankbarkeit entbinden für die Wohltaten der Gegenwart! Ich werde euch nicht folgen. Ich werde dankbar sein für das Gute, das ich erfahre, und ich will nicht durch Wühlen die Quelle trüben, aus der es fließt"[279]).

Grell tritt die politische Unreife des Volkes in den Mitteilungen zu Tage, die uns Gruner über die Unzufriedenheit macht, mit der weite Volkskreise Westfalens dem jahrelangen Verweilen der preußischen Demarkationsarmee in ihren Grenzen zusahen. Die Opfer, die die einzelnen

[277]) Pertz I 234.
[278]) Baston II 230.
[279]) Baston II 230/31.

kleinen Staaten dafür bringen mußten, waren freilich nicht gering. Allein die Grafschaft Lippe hatte mit der Zeit an 100 000 Taler Kosten davon[280]). Aber dafür genossen sie auch eine völlige Sicherheit. Doch das Bewußtsein, daß das Wohl der Gesamtheit unter Umständen auch die Pflicht zu außerordentlichen Anstrengungen auferlege, für das hohe Gut des Friedens, den eine fremde Macht gewährte, auch einen Entgelt bieten zu müssen, war den Menschen abhanden gekommen. Die Deutschen waren in ihrer Mehrzahl ein Volk von Kleinstädtern und Bürgern von Kleinstaaten, deren politischer Gesichtskreis stets nur beschränkt ist. Gruner[281]) erzählt, daß er im Gasthofe zu Detmold mit einigen jungen Leuten zusammentraf, die kühn die Behauptung aufstellten, „daß Westfalen die Demarkationsarmee durchaus nicht nötig und keinen wenigeren Schaden davon gehabt hätte, als durch eine etwaige französische Invasion". Dieser Satz, sagt Gruner ausdrücklich, der „kaum eine Widerlegung verdiene", so klar streite er „gegen die Geschichte und traurige Erfahrung", sei ihm trotzdem „so oft und hartnäckig vorgehalten worden, daß „an seinem Eingang in die öffentliche Meinung" kein Zweifel bestehen könne. Gibt es eigentlich ein beschämenderes Zeugnis für den Mangel an nationalem Sinn und Stolz jener Tage? Man bedauerte es, vor dem Feinde geschützt worden zu sein, weil, wie man meinte, dieser Schutz mehr gekostet hätte, als eine Invasion[282]). „Die Demarkationsarmee, erklärt Gruner[283]), war obendrein so gering als möglich! Zur ernsthaften Verteidigung kaum für den ersten Angriff hinreichend. Ja der König erhielt sie selbst. Nur den Kriegsetat mußten die westfälischen Stände bezahlen. Und darüber sollten wir klagen und murren? Wahrlich, das wäre der Torheit und des Undankes zu viel! Dennoch ist es häufig und laut geschehen. O, ruft er aus, ich möchte diese unzufriedenen Kläger in das von der Natur so reich gesegnete Schwaben führen, um die Wunden zu sehen, die ihm französische Invasionen schlugen, und an denen dies dreifach fruchtbare Land noch lange schmerzlich bluten wird, — von denen das unkultiviertere ärmere Westfalen vielleicht erst nach Jahrhunderten sich erholt hätte, indes es jetzt mit geringen Aufopferungen ruhig und sicher fortblüht." Zwar, als im Februar 1795 die Franzosen von Holland aus schon bis ins Münsterland und Bentheim vorgedrungen waren, in diesem Augenblicke der Not war ganz Westfalen für die Aufstellung der Demarkationsarmee dem Könige von Preußen dankbar gewesen, und die Stände hatten gern ihre Beiträge zur Verpflegung der Truppen bewilligt. Sobald aber Sicherheit und Frieden wieder eingekehrt waren, „fing man an, die wahre Ursache derselben zu vergessen und statt die Ruhe des Schutzes nur den ökonomischen Druck desselben zu fühlen". Man glaubte

---

280) Gruner I 122.
281) I 122 ff.
282) Vergl. auch oben S. 21.
283) I 122.

nun, die Demarkationsarmee sei unnötig und wünschte hie und da laut die Aufhebung derselben"[284]). Demgegenüber spricht Gruner es nachdrücklich aus[285]): „Die Demarkationsarmee allein hat Westfalen gerettet." „Oeftere versuchte Angriffe . . . von beiden kriegführenden Teilen bewiesen doch wohl hinreichend, wie gern man diese durchbrochen hätte! Nur Preußens nachdrucksvoller Ernst und die bereitstehende Armee rettete sie. Mit dem Zurückziehen derselben würde man den Demarkationsvertrag als aufgehoben angesehen haben, und Westfalen lag ungeschützt den französischen Truppen in Holland offen, die wenigstens unter dem Vorwande, Hannover zu besetzen, es gewiß durchzogen und gebrandschatzt hätten." „Ich habe auf meiner Reise, schließt Gruner, diese Gesinnungen stets geäußert. Ich habe oft und warm darüber gestritten. Meine Gründe haben manchen überzeugt . . . Die ruhigere Nachwelt, die einst unsere Zeitbegebenheiten richten wird, soll, wenn sie diese Blätter liest, wissen, daß nicht alle Söhne Westfalens ihres Vaterlandes wahres Glück verkannt und seinem Geber mit Undank gelohnt haben."

Einzelne Ausschreitungen preußischer Truppen gegen die Bewohner der westfälischen Gebiete, die sie besetzt hielten, kamen ja wohl vor. Gruner erzählt einen derartigen Vorfall[286]), fühlt sich aber gerade dadurch gedrungen, den Preußen „das wahre und laute Zeugnis" auszustellen, daß er in ganz Westfalen von keinem ähnlichen Falle gehört, daß vielmehr die Demarkationsarmee sich in der pünklichsten Ordnung und Manneszucht überall ausgezeichnet habe[287]).

Indes, wenn sie auch nicht den geringsten Anlaß zu Klagen geboten hätten, so würden die Preußen doch die Stimmung des Volkes in den westfälischen Stiftern nicht zu ihren Gunsten haben wandlen können. Dazu waren die inneren Gegensätze zu tief. Alte, überlieferte Vorurteile religiöser Natur schieden den Katholiken vom Protestanten, die politischen Ziele und Kämpfe des letzten Jahrhunderts den österreichisch gesinnten Untertan eines österreichischen Prinzen von dem Preußen, dem Untertan eines fürstlichen Geschlechts, das erst in jüngerer Zeit und im Gegensatze zu dem alten Erzhause mächtig geworden war, in dem jener nur einen Emporkömmling erblickte . Baston wunderte sich über die Geringschätzung, mit der die Münsterländer sich ausdrückten, wenn sie von Adligen sprachen, die ihren Titel dem Könige von Preußen verdankten. Das ist „nur ein preußischer Graf", sagten sie dann mitleidig lächelnd, „nur ein preußischer Baron, eine preußische Hoheit". Allerdings meint Baston, wenn man die in Deutschland herrschenden Begriffe über den

[284]) Gruner I 120 ff.
[285]) Ebd.
[286]) II 20 ff.
[287]) II 25.

Adel in Betracht ziehe, so sei es wohl verständlich,, daß ein Adelstitel, den der König von Preußen verliehen habe, nicht so hoch im Werte stände, wie eine vom Kaiser erteilte Notilitierung[288]). Denn von dem Kaiser rühre ja auch die Würde des Königs von Preußen her. Aber auch dieser wurde nicht so angesehen, wie etwa ein König von England oder Frankreich. Man tat immer noch so, als betrachte man ihn eigentlich nur als Kurfürsten von Brandenburg. Man denkt vielleicht, sagt Baston, zu sehr daran, was dieses Haus einst war. Denn es sei noch nicht sehr lange her, daß es durch das Eisen und einige gekrönte Genies seine gegenwärtige Machthöhe erreicht habe. Da man es nun nicht in Wirklichkeit erniedrigen könne, räche man sich, indem man ihm den Respekt versage[289]).

Was noch hinzukam, war die Furcht, bei dem allgemeinen Friedensschluß mit Frankreich preußisch zu werden und damit auch das preußische Militär- und Steuersystem ins Land zu bekommen. Gewöhnt an das milde Regiment der geistlichen Regierung zitterte man bei dem Gedanken, sie gegen die preußische vertauschen zu müssen, bei der, das wußte man, „jeder Nerv gespannt war". Die Mütter, hören wir, fürchteten nichts so sehr, wie die preußische Konskription. Denn dann, so sagten sie, würden sie nur noch „Soldaten und Mädchen in die Welt setzen, d. h. Mädchen, die sich nicht verheiraten könnten."

Was aber stets den Ausschlag gab, sagt auch Baston ausdrücklich, das war die Religionsverschiedenheit. Denn die Münsterländer waren eifrige Katholiken, und die preußische Regierung war protestantisch"[290]).

Wenn man in den geistlichen Staaten die Preußen mit Haß und Verachtung betrachtete, wenn man sich nicht genug darin tun konnte, sie als minderwertig hinzustellen, so vergalten die Preußen und preußisch Gesinnten jenen das in reichem Maße. „Die ganze Brut in diesem Pfaffenlande taugt nicht", schrieb der damalige Generalmajor von Blücher, als er im Jahre 1796 sein Hauptquartier in Münster hatte. Und im nächsten Jahre: „Wann werde ich einmal aus diesem Lande der Heiligen erlöst werden, wo die Menschen weit ärmer an Verstand als an Gütern sind, wo 42 übermütige Domherren den Schweiß der Armut unverdient verprassen. Wollte Gott, daß die Zeit nahte, daß diese mit Blindheit am kaiserlichen Hofe hängende Rotte einmal etwas Demütigung erführe! Ich muß mit diesem Volk viel ausstehen und mit Freuden wollte ich hier die schwarzen Adler aufhängen." Allerdings befand sich Blücher im Irrtum, wenn er meinte: „Der mittlere und geringere Stand würde uns segnen, aber die vornehmen Tagediebe uns fluchen"[291]). Man stellte nur zu gern die geistlichen Staaten als das Eldorado betrügerischer

---

[288]) Vergl. hierzu E. v. Meier, Französische Einflüsse . . II 62.
[289]) Baston II 252 ff.
[290]) Ebd.
[291]) W. v. Unger, Blücher I 235/36.

Pfaffen und Mönche hin, denen das dummgläubige Volk jeden Schwindel glaube, wo es jeden Pfenig zur Kirche bringe, wenn es gleich darüber selbst verarme. Alle Einrichtungen zur öffentlichen Wohlfahrt, jede Aufklärung und höhere geistige Kultur vermisse man dort, dafür aber wimmle es von Bettlern weltlichen und geistlichen Standes, der dritte Teil des Jahres bestehe aus Feiertagen, an denen das Volk faullenze. Man gehe lieber wallfahrten, als arbeiten[292]. „Der Himmel mag wissen, ruft Gruner aus, woher das Sprichwort: Unter dem Krummstab ist gut wohnen, entstanden ist." „Nur die Bigotterie der Vorzeit oder die Frömmigkeit damaliger geistlicher Regenten", meint er, könne der Grund sein. Wer wisse, wie es „in den meisten Bistümern gegenwärtig aussehe", der könne ihr Los nur bedauernswert nennen. Ihre Herren sähen sie meistens als eine Börse an, aus denen sie sich und ihre Umgebung nach Herzenslust bereichern könnten. Was kümmere sie es, daß der Beutel allmählich leer werde, solange nur noch etwas darin zu finden sei. Ganz anders, sagt Gruner, ist es mit weltlichen Fürstentümern, die ein erbliches Eigentum ihrer Regenten sind, bei denen daher weise Fürsorge und fleißige Industrie durch die gegenseitige Idee von Vater- und Kindespflichten entstehen[293]. Ebenso wenig will Gruner etwas wissen, von der größeren Freiheit, die in den geistlichen Staaten noch zu finden sei, in denen nicht der Fürst, sondern die Stände die wahren Herren seien. „Jedermann wisse, erklärte er dagegen, daß es in den meisten Fällen nur aristokratische Willkür und Eigennutz seien", die für die Wirksamkeit jener Landstände den Ausschlag gebe, „der in diesen Ländern zu widerstehen der Fürst nicht Gewalt und Interesse genug habe." So käme es, daß die geistlichen Staaten die rückständigsten der Welt seien. „Erst wenn der zwingende Geist der Zeit sich nicht mehr aufhalten lasse", lege man dort die Hand an zu wohltätigen Verbesserungen, wie sie andern deutschen Provinzen und europäischen Reichen „unter weiser Leitung" zu Teil würden[294].

---

[292]) Vergl. auch Gruner II 76 ff: Politisch-religiöser Klub.
[293]) Gruner I 104.
[294]) Gruner II 158 ff.



Lebenslauf.

Ich, Theophil Heinrich Lampmann, reformierten Bekenntnisses, wurde geboren am 16. September 1887 zu Elberfeld in der Rheinprovinz, als Sohn des Kaufmanns Heinrich Lampmann und seiner Gemahlin Amalie geb. Grohé. Ich besuchte das Gymnasium zu Elberfeld und später zu Göttingen. Hier erhielt ich am 1. März 1907 das Reifezeugnis. Danach studierte ich fünf Semester in Göttingen und fünf Semester in Münster Geschichte und klassische Philologie. Vorlesungen hörte ich in Göttingen bei den Herren Dozenten Brandi, Busolt, Körte, Lehmann, Leo, Mollwo, Pohlenz, Schwartz, Stein, Viertel, Willrich, Wendland; in Münster bei den Herren Cauer, Erler, Geyser, Hoffmann, Kroll, Philippi, Plaßmann, Seeck, Sonnenburg, Spannagel, Spicker. Ferner nahm ich teil an den seminaristischen Uebungen der Herren Brandi, Busolt, Erler, Leo, Münscher, Pohlenz und Stein. In Münster bestand ich am 11. Juli 1913 die mündliche Doktorprüfung. Allen meinen verehrten Lehrern möchte ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Das wärmste Angedenken werde ich besonders dem am 30. Juni 1913 verstorbenen Geh. Regierungsrat Professor Dr. Georg Erler immer bewahren, von dem ich zu der vorliegenden Arbeit die Anregung empfing, dem ich für das rege Interesse, das er mir stets bewies, für seine vielseitige Förderung den größten Dank schuldig bin. Weiter danke ich Herrn Geh. Archivrat Professor Dr. Philippi, sowie Herrn Archivrat Dr. Krumbholtz für das liebenswürdige Entgegenkommen, mit dem sie mir das Aktenmateril des Staatsarchivs zu Münster zur Verfügung stellten, desgleichen Herrn Professor Dr. Spannagel, der nach dem Tode des Herrn Geheimrats Erler die mündliche Prüfung übernahm.



